

8. Sitzung

Mittwoch, 8. Juli 2015

Inhalt

1. Entschuldigungen von der Haussitzung
2. Angelobung eines Mitgliedes des Landtages
- 2 a. Bestellung eines Schriftführers
3. Anzeige über Änderungen in Landtagsklubs
4. Wahl von Mitgliedern der Ausschüsse
5. Genehmigung des stenographischen Protokolls der 7. Sitzung der 3. Session der 15. Gesetzgebungsperiode
6. Einlauf
- 6.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
- 6.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über Auskunftspflicht, Dokumentenweiterverwendung, Datenschutz, Landesstatistik und Geodateninfrastruktur geändert wird.
(Nr. 984 der Beilagen)
- 6.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz zur Erlassung eines Salzburger Bautechnikgesetzes 2015 und eines Salzburger Hebeanlagengesetzes sowie zur Änderung des Bebauungsgrundlagengesetzes, des Baupolizeigesetzes 1997 und der Salzburger Feuerpolizeiordnung 1973
(Nr. 995 der Beilagen)
- 6.1.3 Bericht der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Subventionsberichtes des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2014
(Nr. 985 der Beilagen)
- 6.1.4 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Schulorganisations-Ausführungsgesetz 1995 und das Salzburger Schulzeit-Ausführungsgesetz 1995 geändert werden
(Nr. 1067 der Beilagen)
- 6.1.5 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem ein Gesetz über die Ausübung der Diensthöhe über die in einem Dienstverhältnis zum Land Salzburg stehenden Landeslehrpersonen und Landesvertragslehrpersonen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen sowie an konfessionellen Privatschulen erlassen wird (Salzburger Landeslehrpersonen-Diensthöhegesetz 2015 – LDHG 2015)
(Nr. 1068 der Beilagen)
- 6.1.6 Vorlage der Landesregierung betreffend eine Verordnung der Salzburger Landesregierung, mit der die Salzburger Finanzgeschäfte-Verordnung geändert wird
(Nr. 1069 der Beilagen)

- 6.1.7 Bericht der Landesregierung über den Salzburger Gesundheitsfonds (SAGES) gemäß § 26 SAGES-G betreffend das Jahr 2014
(Nr. 1071 der Beilagen)
- 6.1.8 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Bezugesetz 1998 und das Gemeindeorgane-Entschädigungsgesetz geändert werden
(Nr. 1072 der Beilagen)
- 6.2 Anträge
- 6.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler betreffend Gehaltserhöhungen von KindergartenpädagogInnen
(Nr. 1091 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz)
- 6.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend den Aufnahmestopp von Asylwerbern und Flüchtlingen
(Nr. 1092 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Wiedermann)
- 6.2.3 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Klubvorsitzenden Steidl, Klubobmann Schwaighofer und Klubobmann Naderer betreffend ein Gesetz betreffend raum- und baurechtliche Sonderbestimmungen für die Unterbringung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden
(Nr. 1093 der Beilagen – Berichterstatter: Klubobmann Abg. Schwaighofer)
- 6.2.4 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Klubobmann Schwaighofer und Klubobmann Naderer betreffend eine Änderung des Salzburger Grundverkehrsgesetzes 2001
(Nr. 1094 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)
- 6.2.5 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Mag. Scharfetter betreffend eine Änderung der Gewerbeordnung
(Nr. 1095 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 6.2.6 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Mag. Scharfetter und Mag. Mayer betreffend eine Änderung des Mietrechtsgesetzes
(Nr. 1096 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)
- 6.2.7 Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an die Salzburger Landesregierung betreffend logopädische Versorgung von Kindern im Bundesland Salzburg
(Nr. 1097 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 6.2.8 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend den Wohnungsleerstand in der Stadt Salzburg
(Nr. 1098 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Wiedermann)
- 6.2.9 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die neuerliche rechtliche Beurteilung der Europaerweiterung
(Nr. 1099 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)
- 6.3 schriftliche Anfragen
- 6.3.1 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ. Rössler betreffend die Ausweisung von Natura-2000-Gebieten
(Nr. 983 der Beilagen)

- 6.3.2 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung betreffend Regionaler Strukturplan Gesundheit
(Nr. 986 der Beilagen)
- 6.3.3 Anfrage der Abg. Riezler und Dr.ⁱⁿ. Solarz an die Landesregierung betreffend Maßnahmen von arbeitsfähigen, aber nicht beschäftigungsfähigen Menschen
(Nr. 987 der Beilagen)
- 6.3.4 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Kinderbetreuung
(Nr. 988 der Beilagen)
- 6.3.5 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung betreffend Krankenhaus Tamsweg
(Nr. 989 der Beilagen)
- 6.3.6 Anfrage der Abg. Schneglberger und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Verbrennungsanlagen und Entstehung von Umweltgiften
(Nr. 990 der Beilagen)
- 6.3.7 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl und Rothenwänder an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend das Regionalprogramm Oberpinzgau
(Nr. 991 der Beilagen)
- 6.3.8 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl und Rothenwänder an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Kündigung eines Heimvertrages durch die Lebenshilfe
(Nr. 992 der Beilagen)
- 6.3.9 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Dienstfreistellung des Leiters der Personalabteilung
(Nr. 993 der Beilagen)
- 6.3.10 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung betreffend Rohbau und Deponie des Zoos Salzburg in einem „geschützten Landschaftsteil“
(Nr. 994 der Beilagen)
- 6.3.11 Dringliche Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Verlängerung der Lokalbahn
(Nr. 1-ANF der Beilagen)
- 6.3.12 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Bartel und Jöbstl an die Landesregierung betreffend Aufklärung über Gefahren im Internet
(Nr. 2-ANF der Beilagen)
- 6.3.13 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Mag. Mayer und Obermoser an die Landesregierung betreffend Zweitwohnsitze
(Nr. 3-ANF der Beilagen)
- 6.3.14 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Ing. Sampl an die Landesregierung betreffend Schonvermögen
(Nr. 4-ANF der Beilagen)

- 6.3.15 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA an die Landesregierung betreffend Konjunkturpaket der Landesregierung (Nr. 5-ANF der Beilagen)
- 6.3.16 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Reinigungs- und Servicepersonal in den SALK (Nr. 6-ANF der Beilagen)
- 6.3.17 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Krankenhaus Tamsweg „Essen auf Rädern“ (Nr. 7-ANF der Beilagen)
- 6.3.18 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung betreffend Elektromobilität im Bereich des landeseigenen Fuhrparks (Nr. 8-ANF der Beilagen)
- 6.3.19 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2015 (Nr. 9-ANF der Beilagen)
- 6.3.20 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Strafverfahren wegen Geschwindigkeitsübertretungen (Nr. 10-ANF der Beilagen)
- 6.3.21 Anfrage der Abg. Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung betreffend die Förderung und Subventionierung von Bundesagenden durch das Land am Beispiel von Arbeitsmarkt-, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen (Nr. 11-ANF der Beilagen)
- 6.3.22 Anfrage der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Werbung an Schulen (Nr. 12-ANF der Beilagen)
- 6.3.23 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Bestellung eines Breitband- und Digitalisierungsbeauftragten (Nr. 13-ANF der Beilagen)
- 6.3.24 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Umfahrung Straßwalchen (Nr. 14-ANF der Beilagen)
- 6.3.25 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend die Ausstattung von Beschneigungsteichen mit Photovoltaikanlagen (Nr. 15-ANF der Beilagen)
- 6.3.26 Anfrage der Abg. Fuchs und Hofbauer an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend biologischer Landbau an Landwirtschaftlichen Schulen im Bundesland Salzburg (Nr. 16-ANF der Beilagen)
- 6.3.27 Anfrage der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Werbung für Glyphosat in der Wochenzeitung der Landwirtschaftskammer Salzburg (Nr. 17-ANF der Beilagen)

- 6.3.28 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Scheinselbständige im Land Salzburg (Nr. 18-ANF der Beilagen)
- 6.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft
- 6.4.1 Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Rechnungsabschluss 2014 des Landes Salzburg
- 6.4.2 Bericht des Rechnungshofes betreffend Stadtgemeinde Vöcklabruck und Gemeinde Wals-Siezenheim mit Schwerpunkt Wasser-, Abwasser- und Müllabgaben; Reihe Salzburg 2015/3
7. Aktuelle Stunde
"Die Zukunft der Gesundheitsversorgung im Bundesland Salzburg" (ÖVP)
8. Mündliche Anfragen (Fragestunde)
- 8.1 Mündliche Anfrage der Abg. Hirschbichler MBA an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Salzburgs Zukunft bei Wirtschaft ohne Wachstum
- 8.2 Mündliche Anfrage der Abg. DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend den Radverkehr im Bundesland Salzburg
- 8.3 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend zusätzliches Personal wegen steigender Asylwerberzahlen
- 8.4 Mündliche Anfrage der Abg. Bartel an Landesrat Mayr betreffend eine vereinfachte Regelung für Aufsichtsorgane von Sondertransporten
- 8.5 Mündliche Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend das geplante Flüchtlingsquartier in der Alpenstraße
- 8.6 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Kinderreha
- 8.7 Mündliche Anfrage des Abg. Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das Krankenhaus Hallein
- 8.8 Mündliche Anfrage des Abg. Essl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Übernahme des Krankenhauses Hallein
- 8.9 Mündliche Anfrage der Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend die Situation von weggewiesenen Männern
- 8.10 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Energiesparmaßnahmen
- 8.11 Mündliche Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Online-MitarbeiterInnenbefragung
- 8.12 Mündliche Anfrage der Zweiten Landtagspräsidentin Mosler-Törnström an Landesrat Schellhorn betreffend Gratiseintritt für junge Menschen in Museen

9. Dringliche Anfragen
- 9.1 Dringliche Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Verlängerung der Lokalbahn (Nr. 001-ANF der Beilagen)
10. Berichte und Anträge der Ausschüsse
- 10.1. Bericht des Finanz- und Finanzüberwachungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2014 (Nr. 996 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 10.2. Bericht des Finanz- und Finanzüberwachungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen der Gebarung 2014 (Nr. 997 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 10.3 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem ein Interessentenbeiträgegesetz 2015 erlassen und das Anliegerleistungsgesetz geändert wird (Nr. 998 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 10.4 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landarbeiterkammergesetz 2000 geändert wird (Nr. 999 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Schnitzhofer)
- 10.5 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Nr. 1000 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)
- 10.6 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Beamtenengesetz 1987 und das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000 geändert werden (Nr. 1001 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)
- 10.7 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Beamtenengesetz 1987 und das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000 geändert werden (Nr. 1002 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)
- 10.8. Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Klubvorsitzenden Steidl, Klubobmann Schwaighofer, Klubobmann Dr. Schnell und Klubobmann Naderer betreffend eine Novelle zum Salzburger Parteienförderungsgesetz (Nr. 1003 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)
- 10.9 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Vermögensstand und die Gebarung des Salzburger Brandverhütungsfonds für das Jahr 2014 (Nr. 1004 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Obermoser)

- 10.10 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Stand und die Gebarung des Fonds zur Erhaltung des ländlichen Straßennetzes im Lande Salzburg (Ländlicher Straßenerhaltungsfonds) im Jahr 2014 (Nr. 1005 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Schnitzhofer)
- 10.11 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Nationalpark Hohe Tauern für das Jahr 2014, insbesondere über die Gebarung des Salzburger Nationalparkfonds (Nr. 1006 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 10.12 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler betreffend freiwillige Zahlung von Pensionsbeiträgen (Nr. 1007 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)
- 10.13 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Brand betreffend die Interne Notaufnahme in den SALK (Nr. 1008 der Beilagen – Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 10.14 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. DIⁱⁿ Lindner und Scheinast betreffend ein Konzept für Park-and-Ride-Parkplätze im Bundesland Salzburg (Nr. 1009 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. DIⁱⁿ Lindner)
- 10.15 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die zeitliche Beschränkung der Funktionsperiode des Landesamtsdirektors (Nr. 1010 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Blattl)
- 10.16 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die Transparenz bei den Geschwindigkeitsreduktionen auf A1 und A10 nach IGL (Nr. 1011 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)
- 10.17 Bericht des Petitionsausschusses zur Petition betreffend die Bahnhaltestelle Seekirchen Süd als regionaler Umsteigeknoten (Nr. 1012 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)
- 10.18 Bericht des Rechnungshofes betreffend die Tätigkeit des Rechnungshofes, Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren 2013 und Internationales (Nr. 1013 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)
- 10.19 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Präsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Ing. Sampl und Obermoser (Nr. 489 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Novellierung des Ehrungsgesetzes für das Land Salzburg und seine Gemeinden (Nr. 1014 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Sampl)
- 10.20 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Mag. Scharfetter und Obermoser (Nr. 492 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Abschaffung der Abgabe auf den Eigenverbrauch von Strom aus Photovoltaikanlagen (Nr. 1015 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

- 10.21 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Mag.^a Gutschi (Nr. 493 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) bezüglich einer Neugestaltung der Turnusarztausbildung (Nr. 1016 der Beilagen – Berichterstatte(r)in: Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi)
- 10.22. Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch, Klubobmann Schwaighofer und Klubobmann Naderer (Nr. 741 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend eine Neuregelung der Unterstützungserklärungen im Zusammenhang mit Volksbefragungen in Salzburg (Nr. 1017 der Beilagen – Berichterstatte(r)in: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)
- 10.23 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Mag. Scharfetter, Obermoser und Ing. Schnitzhofer betreffend die Schulungsmaßnahmen und Vermittlungsaktivitäten durch das Arbeitsmarktsservice (Nr. 1018 der Beilagen – Berichterstatte(r): Abg. Obermoser)
- 10.24 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Riezler und Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (Nr. 96 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Koppelung von Wirtschafts- und Tourismusförderungen des Landes Salzburgs an Qualitätsmerkmale am Arbeitsplatz und betriebliche Frauenförderung (Nr. 1019 der Beilagen – Berichterstatte(r)in: Abg. Riezler)
- 10.25 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Antrag der Abg. Riezler und Klubvorsitzender Steidl (Nr. 260 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend LEADER-Projekte in der neuen Förderperiode 2014 – 2020 (Nr. 1020 der Beilagen – Berichterstatte(r)in: Abg. Riezler)
- 10.26 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler und Dr.ⁱⁿ Solarz (Nr. 262 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Umsetzung des „Salzburger Masterplan gegen Häusliche Gewalt“ (Nr. 1021 der Beilagen – Berichterstatte(r)in: Abg. Riezler)
- 10.27 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Mag. Schmidlechner (Nr. 169 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Beschaffung von gerecht gehandelten Produkten und das Verbot von Produkten aus Kinderarbeit im Land Salzburg (Nr. 1022 der Beilagen – Berichterstatte(r)in: Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz)
- 10.28 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl, Mag. Schmidlechner und Riezler (Nr. 93 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend ein Modellprojekt "Zentrum für Integrativbetreuung und Übergangsvorsorgung" (Nr. 1023 der Beilagen – Berichterstatte(r): Abg. Klubvorsitzender Steidl)
- 10.29 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Schneglberger Ebola-Schutzstandorte in Österreich (Nr. 1024 der Beilagen – Berichterstatte(r): Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 10.30 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Wiedereinführung des Arbeitslosengeldes für Nebenerwerbslandwirte (Nr. 1025 der Beilagen – Berichterstatte(r): Abg. Rothenwänder)

- 10.31 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend den Erhalt der Tourismusschule Bischofshofen im vollem Umfang (Nr. 1026 der Beilagen – Berichterstatte(r)in: Abg. Blattl)
- 10.32 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth betreffend Barrierefreiheit in der Landtagskommunikation – Gebärdensprache (Nr. 1027 der Beilagen – Berichterstatte(r)in: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 10.33 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA (Nr. 178 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend Überprüfung der technischen Möglichkeiten zum Schutz der Rehkitze im Zuge der Frühjahrsmahd (Nr. 1028 der Beilagen – Berichterstatte(r)in: Abg. Fürhapter)
- 10.34 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA (Nr. 269 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend Rückforderung der Saalforste von Bayern entsprechend der Salinenkonvention von 1829/1957 (Nr. 1029 der Beilagen – Berichterstatte(r): Abg. Klubobmann Naderer)
- 10.35 Bericht des Finanzüberwachungs- und Finanzausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Subventionsberichtes des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2014 (Nr. 1100 der Beilagen - Berichterstatte(r): Abg. Mag. Scharfetter)
- 10.36 Bericht des Finanzüberwachungs- und Finanzausschusses zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend den Rechnungsabschluss 2014 (Nr. 1101 der Beilagen - Berichterstatte(r): Abg. Mag. Scharfetter)
- 10.37 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler betreffend Gehaltserhöhungen von KindergartenpädagogInnen (Nr. 1102 der Beilagen – Berichterstatte(r)in: Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz)
- 10.38 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend den Aufnahmestopp von Asylwerbern und Flüchtlingen (Nr. 1103 der Beilagen – Berichterstatte(r)in: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)
- 10.39 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Klubvorsitzenden Steidl, Klubobmann Schwaighofer und Klubobmann Naderer betreffend ein Gesetz betreffend raum- und baurechtliche Sonderbestimmungen für die Unterbringung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden (Nr. 1104 der Beilagen – Berichterstatte(r): Klubobmann Abg. Schwaighofer)
- 10.40 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Klubobmann Schwaighofer und Klubobmann Naderer betreffend eine Änderung des Salzburger Grundverkehrsgesetzes 2001 (Nr. 1105 der Beilagen – Berichterstatte(r)in: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

- 10.41 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Schulorganisations-Ausführungsgesetz 1995 und das Salzburger Schulzeit-Ausführungsgesetz 1995 geändert werden
(Nr. 1106 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutsch)
- 10.42 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem ein Gesetz über die Ausübung der Diensthoheit über die in einem Dienstverhältnis zum Land Salzburg stehenden Landeslehrpersonen und Landesvertragslehrpersonen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen sowie an konfessionellen Privatschulen erlassen wird (Salzburger Landeslehrpersonen-Diensthoheitsgesetz 2015 – LDHG 2015)
(Nr. 1107 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutsch)
- 10.43 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Bezügegesetz 1998 und das Gemeindeorgane-Entschädigungsgesetz geändert werden
(Nr. 1108 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Sampl)
- 10.44 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend eine Verordnung der Salzburger Landesregierung, mit der die Salzburger Finanzgeschäfte-Verordnung geändert wird
(Nr. 1109 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 10.45 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über Auskunftspflicht, Dokumentenweiterverwendung, Datenschutz, Landesstatistik und Geodateninfrastruktur geändert wird
(Nr. 1110 der Beilagen – Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)
11. Beantwortung schriftlicher Anfragen
- 11.1 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 834 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Auswirkungen der neuen ESVG Berechnungsregeln auf Salzburg
(Nr. 1030 der Beilagen)
- 11.2 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 835 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Förderungen an türkische Verbände in Salzburg
(Nr. 1031 der Beilagen)
- 11.3 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an die Landesregierung (Nr. 831 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Unternehmen für Familien
(Nr. 1032 der Beilagen)
- 11.4 Anfrage der Abg. Hofbauer und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 839 der Beilagen) betreffend Abmeldungen vom Religionsunterricht
(Nr. 1033 der Beilagen)

- 11.5 Anfrage der Abg. Hofbauer und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 838 der Beilagen) betreffend Schulversuche in Salzburg (Nr. 1034 der Beilagen)
- 11.6 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Hofbauer an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 840 der Beilagen) betreffend die schulische Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) im Bundesland Salzburg (Nr. 1035 der Beilagen)
- 11.7 Anfrage der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 832 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Besteuerung illegaler Glücksspielautomaten (Nr. 1036 der Beilagen)
- 11.8 Anfrage der Abg. Brand und Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 863 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend finanzielle Unterstützung der Gemeinden (Nr. 1037 der Beilagen)
- 11.9 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 862 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Verkehr (Nr. 1038 der Beilagen)
- 11.10 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr.841 der Beilagen) betreffend die Reinigung von Kaminen (Nr. 1039 der Beilagen)
- 11.11 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler an die Landesregierung (Nr. 788 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend Glücksspiele und Wettbüros (Nr. 1040 der Beilagen)
- 11.12 Anfrage der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 832 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend die Besteuerung illegaler Glücksspielautomaten (Nr. 1041 der Beilagen)
- 11.13 Anfrage der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 833 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend Betriebsschließungen nach dem Glücksspielgesetz (Nr. 1042 der Beilagen)
- 11.14 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 842 der Beilagen) betreffend Klimaschutz- und Luftreinhalteaktivitäten (Nr. 1043 der Beilagen)
- 11.15 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 966 der Beilagen) betreffend die Auswirkungen der Einführung der Umweltplakette in Oberösterreich (Nr. 1044 der Beilagen)

- 11.16 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 680 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Finanzgeschäfte mit der Hypo Salzburg (Nr. 1045 der Beilagen)
- 11.17 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 834 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend die Auswirkungen der neuen ESVG Berechnungsregeln auf Salzburg (Nr. 1046 der Beilagen)
- 11.18 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 720 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend anonyme Bewerbungen (Nr. 1047 der Beilagen)
- 11.19 Anfrage der Abg. Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 844 der Beilagen) betreffend Gehaltsvereinbarungen für die Vorstände der Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation (Nr. 1048 der Beilagen)
- 11.20. Anfrage der Abg. Brand und Meisl an die Landesregierung (Nr. 863 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend finanzielle Unterstützung der Gemeinden (Nr. 1049 der Beilagen)
- 11.21 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 865 der Beilagen) betreffend KH Tamsweg Essen auf Rädern (Nr. 1050 der Beilagen)
- 11.22 Anfrage der Abg. Dr. Schöchli, Bartel und Neuhofer an die Landesregierung (Nr. 956 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend weggeworfene Lebensmittel im Bundesland Salzburg (Nr. 1051 der Beilagen)
- 11.23 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 864 der Beilagen) betreffend die Notaufnahmen in den SALK (Nr. 1052 der Beilagen)
- 11.24 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Dr.in Solarz und Riezler an die Landesregierung (Nr. 831 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Unternehmen für Familien (Nr. 1053 der Beilagen)
- 11.25 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 835 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Förderungen an türkische Verbände in Salzburg (Nr. 1054 der Beilagen)
- 11.26 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 845 der Beilagen) betreffen das Europäische Jahr für Entwicklung 2015 (Nr. 1055 der Beilagen)

- 11.27 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 846 der Beilagen) betreffend 15a-Vereinbarung über die sprachliche Frühförderung in Kinderbetreuungseinrichtungen (Nr. 1056 der Beilagen)
- 11.28 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 847 der Beilagen) betreffend Verteilerzentrum Salzburg/Kobenzl (Nr. 1057 der Beilagen)
- 11.29 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an die Landesregierung (Nr. 831 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Unternehmen für Familien (Nr. 1058 der Beilagen)
- 11.30 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 720 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend anonyme Bewerbungen (Nr. 1059 der Beilagen)
- 11.31 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler an die Landesregierung (Nr. 788 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend Glücksspiele und Wettbüros (Nr. 1060 der Beilagen)
- 11.32 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 835 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend Förderungen an türkische Verbände in Salzburg (Nr. 1061 der Beilagen)
- 11.33 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 848 der Beilagen) betreffend die Tagesbetreuung von Senioren (Nr. 1062 der Beilagen)
- 11.34 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Ing. Sampl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 849 der Beilagen) betreffend den Sozialbericht des Landes Salzburg (Nr. 1063 der Beilagen)
- 11.35 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 850 der Beilagen) betreffend die Gewährung des Heizkostenzuschusses (Nr. 1064 der Beilagen)
- 11.36 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 960 der Beilagen) betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Mai 2015 (Nr. 1073 der Beilagen)

- 11.37 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Drⁱⁿ. Rössler (Nr. 983 der Beilagen) betreffend die Ausweisung von Natura-2000-Gebieten (Nr. 1074 der Beilagen)
- 11.38 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 959 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend das Messezentrum Salzburg (Nr. 1075 der Beilagen)
- 11.39 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 961 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend die Außenstände durch die Behandlung von ausländischen Patienten (Nr. 1076 der Beilagen)
- 11.40 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 969 der Beilagen) betreffend das neue Sparpaket für das Land Salzburg (Nr. 1077 der Beilagen)
- 11.41 Anfrage der Abg. Riezler und Brand an Landesrat Mayr (Nr. 860 der Beilagen) betreffend Sicherheit der Verkehrsteilnehmer auf der B 159 zwischen Werfen und Tenneck (Nr. 1078 der Beilagen)
- 11.42 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 861 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend die Kosten für Versorgung von Fremden (Nr. 1079 der Beilagen)
- 11.43 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 862 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Verkehr (Nr. 1080 der Beilagen)
- 11.44 Anfrage der Abg. Brand und Meisl an die Landesregierung (Nr. 863 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend finanzielle Unterstützung der Gemeinden (Nr. 1081 der Beilagen)
- 11.45 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 917 der Beilagen) betreffend Ausschreibungen SVG (Nr. 1082 der Beilagen)
- 11.46 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 918 der Beilagen) betreffend Stand der Abrechnungen zwischen SVG und den Verkehrsunternehmen (Nr. 1083 der Beilagen)
- 11.47 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 919 der Beilagen) betreffend weitere Details zum Einsatz von Niederflurwaggons (Nr. 1084 der Beilagen)

- 11.48 Anfrage der Abg. Brand und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr 863 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag^a Berthold MBA - betreffend finanzielle Unterstützung der Gemeinden (Nr. 1085 der Beilagen)
- 11.49 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 861 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag^a Berthold - betreffend die Kosten für Versorgung von Fremden (Nr. 1086 der Beilagen)
- 11.50 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 862 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schwai-ger - betreffend Verkehr (Nr. 1087 der Beilagen)
- 11.51 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 861 der Beilagen) – ressortzuständige Beant-wortung durch Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Kosten für Versorgung von Fremden (Nr. 1088 der Beilagen)
- 11.52 Anfrage der Abg. Brand und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 863 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - be-treffend finanzielle Unterstützung der Gemeinden (Nr. 1089 der Beilagen)
- 11.53 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 978 der Beilagen) betreffend die Hilfe in besonderen Lebenslagen im Jahr 2014 (Nr. 1090 der Beilagen)
12. Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat
- 12.1 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 2. Juli 2014 betreffend Open Government Data (OGD) und zum Antrag der Abg. Dr.ⁱⁿ So-larz und Mag. Schmidlechner (Nr. 13 der Beilagen d.1.S.d.15.GP) betreffend die Einführung des Open Government Data im Land Salzburg (Nr. 1065 der Beilagen)
- 12.2. Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 17. Dezember 2014 betreffend Salzburger Investitionsprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft (Nr. 1066 der Beilagen)
- 12.3 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 4.Juni 2014 (Nr.687 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend Krankenhaus der Barmherzi-gen Brüder; Schaffung eines onkologischen Schwerpunktkrankenhauses (Nr. 1070 der Beilagen)
13. Beschluss über das Ende der 3. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

- -

(Beginn der Sitzung: 09:07 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wünsche zuallererst einen schönen guten Morgen. Ich begrüße Sie zur letzten Sitzung vor der Sommerpause. Ich begrüße zuerst unsere Gäste. Zu uns gekommen sind zwei Schulklassen. Die zweijährige Wirtschaftsfachschule vom Ausbildungszentrum St. Josef mit Frau Dr. Renate Taxacher und Mag. Bodmer-Wimmer sowie das Sport- und Musische Realgymnasium Akademiestraße mit Frau Mag. Rosa Hofbauer. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie uns im Landtag besuchen. (Allgemeiner Beifall)

Besonders begrüßen möchte ich unseren jetzt dann anzugelobenden neuen Kollegen Herrn Markus Steiner mit seiner Familie. Schön, dass Sie hier auch als Familie bei diesem Angelobungsakt dabei sind. Herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall)

Ich eröffne nunmehr die 8. Sitzung der 3. Session der 15. Gesetzgebungsperiode und rufe auf

Punkt 1: Entschuldigungen von der Haussitzung

Für heute entschuldigt sind Abgeordnete Jöbstl ganztags, Abgeordneter Fuchs von 9:00 bis 13:00 Uhr, Landeshauptmann Dr. Haslauer ab 18:00 Uhr, Landesrat Mayr von 14:45 bis 16:00 Uhr und Herr Abgeordneter Mag. Mayer ab 18:00 Uhr.

Ich rufe nunmehr auf

Punkt 2: Angelobung eines Mitgliedes des Landtages

Frau Abgeordnete Rosemarie Blattl hat der Landeswahlbehörde mitgeteilt, dass Sie mit Ablauf des 7. Juli 2015 ihr Landtagsmandat zurücklegt.

Ich möchte von dieser Stelle aus Rosemarie Blattl ganz herzlich für ihre langjährige Tätigkeit im Salzburger Landtag danken. Es tut mir sehr leid, dass sie heute nicht hier sein kann, weil sie zu einem Begräbnis muss.

Frau Rosemarie Blattl ist 1994 erstmals in den Landtag eingezogen und sie war dreimal Altersvorsitzende. Wir werden sicherlich noch Gelegenheit finden, uns auch persönlich von ihr zu verabschieden.

Die Landeswahlbehörde hat auf das frei gewordene Mandat im Wahlkreis Zell am See Herrn Markus Steiner berufen. Der Wahlschein liegt mir vor. Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Steiner, in unseren Reihen herzlich willkommen heißen und bitte um eine gute Zusammenarbeit zum Wohle unseres Bundeslandes. Bevor Sie Ihre Arbeit als Abgeordneter im Salzburger Landtag jetzt auch dann offiziell aufnehmen werden, ersuche ich Sie jetzt zur Angelobung herauszukommen. Der Herr Landesamtsdirektor wird Ihnen die Gelöbnisformel vorlesen und dann bitte ich Sie, in meine Hand das Versprechen mit „Ich gelobe“ zu leisten.

Bitte Herr Landesamtsdirektor! Ich bitte die Kollegen sich zu erheben.

Landesamtsdirektor Hofrat Dr. Marckhgott (verliest die Gelöbnisformel):

Abg. Steiner BA MA: Ich gelobe! (Allgemeiner Beifall)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Nunmehr ist der Salzburger Landtag wieder komplett. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Schnell. Bitte!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Hohe Regierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Liebe Familie von Markus Steiner! Lieber Markus!

Leider ist uns heute die Möglichkeit nicht gegeben, unsere langgediente Abgeordnete Rosemarie Blattl zum Salzburger Landtag zu verabschieden, weil sie bei einer Beerdigung dabei sein muss, weil ein Familienmitglied verstorben ist. Ich glaube wir alle hätten sie gerne gebührend verabschiedet. Es wäre, und es tut mir auch sehr leid, eine, glaube ich, gebührende Position gewesen für Rosemarie Blattl, das Amt der Zweiten Landtagspräsidentin einzunehmen und damit ihre Karriere, ihre politische Karriere zu beenden. Wir wissen alle, dass Rosemarie Blattl eigentlich geplant hat, in dieser Periode auszu dienen.

Ich hoffe aber, dass nichtsdestotrotz uns vielleicht noch einmal die Gelegenheit gegeben wird, im Herbst nach der Sommerpause diese Verabschiedung nachzuholen. Ich darf aber in diesem Sinne jetzt unserem Markus Steiner, zur Angelobung zum jüngsten Abgeordneten zum Salzburger Landtag herzlich gratulieren.

Lieber Markus, ich bitte Dich, dass Du es im Sinne dessen, was Rosemarie Blattl hier im Landtag an politischer Arbeit geleistet hat, auch das fortzuführen. Du hast heute einen Eid abgeleistet und diesen Eid haben wir einzuhalten. Wir sind als Abgeordnete und Politiker nur einem verpflichtet, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, nicht dem Machtstreben und der Eitelkeit einer Einzelperson. Das hat leider auch Rosemarie Blattl zu spüren bekommen. Dankbarkeit ist keine Kategorie in der Politik. Das tut mir für sie und für unsere Partei sehr leid, was hier in letzter Zeit passiert ist. Aber ich möchte Dich bitten, dieses Credo der Rosemarie Blattl seriös, integer, Politik zwar hart in der Sache wenn wir überzeugt sind, dass es gut für das Land und für die Bevölkerung dieses Landes ist, auch durchzuführen, aber immer so, dass wir uns noch in die Augen schauen können und es immer ein demokratisches Miteinander gibt. Darum bitte ich Dich. Danke. (Beifall der ÖVP-, SPÖ-, Grünen- und FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals Herr Klubobmann. Unser neuer Kollege Steiner ist sehr jung. Er ist nicht der Jüngste, Martina Jöbstl ist nach wie vor jünger, aber das macht nichts. Er ist dann der Zweitjüngste in unseren Reihen und das wir auch noch Folgen haben.

Ich komme nunmehr zu Punkt

2 a.: Bestellung eines Schriftführers

Herr Abgeordneter Steiner! Sie sind an Jahren das zweitjüngste Mitglied des Salzburger Landtages, deshalb bestelle ich Sie gemäß § 12 unserer Geschäftsordnung zum Schriftführer. Herrn Abgeordneten Hofbauer danke ich für seine zweijährige Tätigkeit als Schriftführer. Er wird heute noch hier heroben Platz nehmen, weil Frau Abgeordnete Jöbstl für heute entschuldigt ist. Er wird in der Folge bei den nächsten Sitzungen in den Abgeordnetenreihen seinen Platz einnehmen. Bitte, Herr Abgeordneter Steiner, ich darf Sie zu mir herauf bitten und Platz zu nehmen.

Ich rufe nunmehr auf

Punkt 3: Anzeige über Änderungen in Landtagsklubs

Herr Klubobmann Dr. Karl Schnell hat am 15. Juni 2015 mitgeteilt, dass Frau Abgeordnete Steiner-Wieser nicht mehr dem FPÖ Landtagsklub angehört, Abgeordneter Wiedermann jedoch ab sofort wiederum dem FPÖ Landtagsklub angehört.

Ich rufe jetzt auf

Punkt 4: Wahl von Mitgliedern der Ausschüsse

Durch das Ausscheiden von Frau Abgeordneter Blattl sind auch Nachwahlen in den Ausschüssen erforderlich. Die Verzichtserklärung des ausscheidenden Ausschussmitgliedes und die Zustimmungserklärung für die Wahl liegen mir vor. In der Präsidialkonferenz haben wir vereinbart, offen abzustimmen. Ich bringe nunmehr den Wahlvorschlag, der vom FPÖ Landtagsklub eingebracht wurde, zur Verlesung.

Im Finanzausschuss Markus Steiner für Rosemarie Blattl. Im Finanzüberwachungsausschuss Lukas Essl für Rosemarie Blattl. Im Ausschuss für Europa, Integration und regionale Außenpolitik Markus Steiner für Ernst Rothenwänder.

Sie haben diese Wahlvorschläge gehört. Ich bitte jetzt um ein Zeichen mit der Hand wer für diese Wahlvorschläge stimmt. Bitte! Gegenstimmen? Danke. Damit sind diese Wahlvorschläge angenommen.

Ich komme nunmehr zu

Punkt 5: Genehmigung des stenographischen Protokolls der 7. Sitzung der 3. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Das Protokoll ist wiederum allen Parteien rechtzeitig übermittelt worden. Es sind keine Einwände dagegen in der Landtagsdirektion eingelangt. Wer mit der Genehmigung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit stelle ich die einstimmige Genehmigung fest.

Ich rufe auf nunmehr auf

Punkt 6: Einlauf

6.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung

Im Einlauf befinden sich sechs Vorlagen und zwei Berichte der Landesregierung.

6.1.1 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über Auskunftspflicht, Dokumentenweiterverwendung, Datenschutz, Landesstatistik und Geodateninfrastruktur geändert wird.

(Nr. 984 der Beilagen)

6.1.2 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz zur Erlassung eines Salzburger Bautechnikgesetzes 2015 und eines Salzburger Hebeanlagengesetzes sowie zur Änderung des Bebauungsgrundlagengesetzes, des Baupolizeigesetzes 1997 und der Salzburger Feuerpolizeiordnung 1973

(Nr. 995 der Beilagen)

6.1.3 **Bericht** der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Subventionsberichtes des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2014

(Nr. 985 der Beilagen)

6.1.4 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Schulkorganisations-Ausführungsgesetz 1995 und das Salzburger Schulzeit-Ausführungsgesetz 1995 geändert werden

(Nr. 1067 der Beilagen)

6.1.5 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem ein Gesetz über die Ausübung der Diensthoheit über die in einem Dienstverhältnis zum Land Salzburg stehenden Landeslehrpersonen und Landesvertragslehrpersonen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen sowie an konfessionellen Privatschulen erlassen wird (Salzburger Landeslehrpersonen-Diensthoheitsgesetz 2015 – LDHG 2015)

(Nr. 1068 der Beilagen)

6.1.6 **Vorlage** der Landesregierung betreffend eine Verordnung der Salzburger Landesregierung, mit der die Salzburger Finanzgeschäfte-Verordnung geändert wird

(Nr. 1069 der Beilagen)

6.1.7 **Bericht** der Landesregierung über den Salzburger Gesundheitsfonds (SAGES) gemäß § 26 SAGES-G betreffend das Jahr 2014

(Nr. 1071 der Beilagen)

6.1.8 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Bezügegesetz 1998 und das Gemeindeorgane-Entschädigungsgesetz geändert werden

(Nr. 1072 der Beilagen)

Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Gegenstimmen? Danke. Damit sind diese Geschäftsstücke zugewiesen.

6.2 Anträge

Im Einlauf befindet sich ein

6.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler betreffend Gehaltserhöhungen von KindergartenpädagogInnen

(Nr. 1091 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz)

Ich ersuche den Abgeordneten Hofbauer um Verlesung des dringlichen Antrages. Bitte!

Abg. Hofbauer (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Für die Antragsteller Kollegin Solarz. Ich darf wieder darauf hinweisen, dass wir pro Redner fünf Minuten haben. Ich werde wie üblich nach vier Minuten anläuten und bei fünf Minuten abläuten. Danke vielmals für die Einhaltung der Redezeit im Voraus. Bitte!

Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Regierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Man kann das Thema dieses Antrages zusammenfassen: Was lange währt, wird endlich gut. Zehn lange Jahre hat es Gehaltsverhandlungen gegeben bezüglich der Kindergartenpädagoginnen der Salzburger Landgemeinden. Zwei ÖVP-Landesrätinnen sind kläglich daran gescheitert. Jetzt gibt es endlich ein Ergebnis, und das ist auch gut so.

Ab 1. Jänner 2016 bekommen die Kindergartenpädagoginnen der Salzburger Landgemeinden deutliche Gehaltsverbesserungen. Nicht gut ist allerdings, dass eine sehr große Gruppe dabei ausgelassen wurde, nämlich die Pädagoginnen der privaten Einrichtungen. Wir reden hier nicht von einer kleinen Gruppe. Wir reden von rund 1.500 Frauen und Männern, hauptsächlich natürlich Frauen, die für die gleiche Arbeit wesentlich weniger Lohn bekommen. Wir reden hier auch nicht von einem kleinen Betrag. Wir haben uns das durchgerechnet. In der Lebensverdienstsumme heißt es knapp €200.000,-- weniger für eine Arbeit, die genau die gleiche ist.

Ist das gerecht? Nein. Umso verwunderter, aber natürlich auch erfreuter waren wir, als wir gestern gelesen haben, dass es jetzt plötzlich €400.000,-- mehr für diese Pädagoginnen

gibt. In diesem Zusammenhang stellen sich sehr viele Fragen für uns, und zwar seit wann wurde das ausverhandelt? Warum wurde der Landtag nicht informiert darüber? Wir haben bis dato nichts davon gewusst. Heißt das, dass es diese € 400.000,-- zusätzlich zu den 3,5 Mio. Euro gibt oder sind die darin schon inkludiert? Und wenn ich die logischen Regeln der Mathematik anwende, für 900 Pädagoginnen der Salzburger Landgemeinden gibt es 3,5 Mio. Euro mehr, für 1.500 Pädagoginnen gibt es rund € 400.000,-- mehr. Also irgendetwas kann sich da nicht ganz ausgehen.

Ich ersuche Dich um Aufklärung. Wir bleiben trotzdem dabei, dass wir Dich heute auffordern, eine gerechte Lösung für die privaten Kindergartenpädagoginnen zu finden. Es kann sich einfach nicht ausgehen, wenn diese eine Gruppe nur € 400.000,-- mehr bekommt und die andere 3,5 Mio. Euro mehr. Den Rest dazu können wir im Ausschuss diskutieren und die Dringlichkeit ergibt sich aus den aktuellen Gehaltsverhandlungen. Dankeschön. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Cyriak Schwaighofer, Klubobmann der Grünen. Bitte!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebes Hohes Haus!

Als Erstes eine Entschuldigung. Ich möchte mich entschuldigen, dass meine Garderobe nicht ganz Hohes Haus adäquat ist, aber ich bin dafür, dass wir Männer endlich einmal diesen Nachteil ausgleichen, dass die Frauen leichtest gekleidet hier sein können und wir uns da quälen müssen. Ich glaube das gehört dringend geändert. (Allgemeiner Beifall)

Ich bedanke mich bei Niki Solarz dafür, dass sie anerkannt hat, dass nach zehn mühevollen Jahren, wo offensichtlich die Gehaltsverbesserungen für die Kindergartenpädagoginnen gescheitert sind, woran sie gescheitert sind jeweils, das können wir hier nicht mehr nachvollziehen, jedenfalls ist das, was jetzt gelungen ist in Zusammenarbeit mit dem Gemeindeverband, ein Meilenstein, ein wichtiger Meilenstein, der endlich auch diesen Beruf der Kindergartenpädagogin, der zunehmend zu einem Mangelberuf wird, aufwertet. Das wird meiner Meinung nach noch nicht das Ende der Fahnenstange sein, wir werden hier noch zusätzliche Maßnahmen brauchen, sonst werden wir für diesen ganz wichtigen Bereich der Vorschulpädagogik nicht mehr ausreichend qualifizierte Mitarbeiterinnen bekommen.

Der dringliche Antrag der SPÖ übersieht aus meiner Sicht eine ganz entscheidende Frage, nämlich es ist nicht Regelungskompetenz des Landes, die Tarife in den privaten Kindergärten festzulegen. Das passiert woanders. Hier haben wir keine Regelungskompetenz, daher

geht der Antrag auch etwas ins Leere, dass wir hier ein Konzept vorlegen sollen. Das würde nämlich heißen wir schreiben den privaten Kindergartenbetreiberinnen vor, welches Gehalt sie zu bezahlen hätten. Wir wissen aber, dass es unterschiedliche Herangehensweisen gibt bei den privaten und bei den nicht von Gemeinden geführten Kindergärten. Es gibt einerseits einen Mindestlohntarif für Arbeitnehmerinnen in privaten Kinderbetreuungseinrichtungen. Das ist eine Verordnung des Sozialministeriums, nach der bezahlt werden kann. Es gibt auch den BAGS-Kollektivvertrag für Sozial- und Gesundheitsberufe, auch danach zahlen einige Träger. Es gibt das Schema, das die Gemeinden anwenden, das wird zum Beispiel auch von kirchlichen Trägern angewendet.

Aus unserer Sicht ist es natürlich notwendig, auch schon allein aus dem vorhin Gesagten. Wir brauchen Kindergartenpädagoginnen, die diesen Beruf ergreifen und auch möglichst lange ausüben, dass wir hier versuchen, auch denen in den privaten Kindergärten die gleichen Gehaltschancen zu bieten. Ich habe jetzt nicht die Zeit darauf einzugehen, wie groß jetzt die Unterschiede wirklich sind, aber klar ist natürlich, dass hier gleicher Lohn für gleiche Arbeit gegeben werden soll. Allerdings sage ich auch dazu man wird sich auch anschauen müssen was sind denn die Ausgangsbedingungen und die Kalkulationsgrundlagen bei den diversen städtischen oder auch privaten Kindergärten, um sagen zu können ok diese Träger haben einen Bedarf, einen Mehrbedarf in dieser oder jener Höhe, um auch entsprechend abdecken zu können jene Mehrsummen, die sie brauchen für die Kindergartenpädagoginnen.

Ein Betrag, er wurde erwähnt von Niki Solarz, es ist ein Betrag vorgesehen, der kann aber nicht, und das würde ja unsere Kompetenz deutlich überschreiten, er kann aber nicht sozusagen von Landesseite zugeordnet werden in Form einer Gehaltserhöhung für Kindergartenpädagoginnen, sondern das ist nach wie vor Aufgabe der Trägereinrichtungen festzulegen, wofür wenden sie wie viel Geld auf. Das Land kann höchstens die Zuschüsse entsprechend erhöhen und wie gesagt da muss man sich anschauen, das ist glaube ich wirklich an der Zeit, und das hat auch der Unterausschuss gezeigt, indem ja die beiden Antragstellerinnen als Mitglieder dabei waren, das hat der Unterausschuss auch gezeigt, man muss sich hier wirklich die Grundlagen anschauen, nach denen die Tarife in den Kindergarteneinrichtungen, in den Tagesbetreuungseinrichtungen erstellt werden.

Das Ziel eint uns. Der Weg dorthin muss ein anderer sein und Ziel kann nicht sein, dass das Land verordnet, die privaten Träger hätten diese oder jene Gehälter zu zahlen, sondern es kann nur sein, dass man appelliert an den privaten Träger, hier nicht zurückzubleiben. Es stimmt ja auch das Argument im Antrag, dass man sonst für die privaten Trägerinnen und Träger keine Kindergartenpädagoginnen mehr bekommen würde.

Wir stimmen der Dringlichkeit zu und werden im Ausschuss sicher eine gedeihliche Lösung für die Kindergartenpädagoginnen und privaten Einrichtungen finden. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Als Nächste zu Wort gemeldet Frau Klubobfrau Daniela Gutschi von der ÖVP.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf den Zuschauerreihen! Lieber Cyriak!

Ich habe ganz bewusst den Blazer aus Solidarität zu den Männern heute noch angelassen, aber es kann durchaus sein, dass auch ich im Laufe des Vormittages mir noch eine Marscherleichterung selber gebe.

Liebe Niki Solarz, vielen Dank für diesen dringlichen Antrag. Wir stimmen diesem dringlichen Antrag natürlich zu. Der Cyriak hat schon sehr viel gesagt. Auch ich bin sehr froh, dass wir jetzt endlich eine Einigung erzielen konnten für die Pädagoginnen und Pädagogen in den Gemeinden, die von der öffentlichen Hand bezahlt werden. Ja, es hat eine sehr lange Zeit gedauert. Jetzt haben wir alle zusammengeholfen und da hat auch ein ÖVP-Finanzreferent ganz wesentlich mitgeholfen, das möchte ich schon auch dazu sagen, weil man immer betont, dass die ÖVP-Landesrätinnen das nicht geschafft haben. Also man sieht mit vereinten Kräften geht es dann doch.

Die Privateinrichtungen sind ein ganz wesentliches Element in der Landschaft der Kinderbetreuungseinrichtungen und mir ist es persönlich ein sehr großes Anliegen, dass wir sie auch weiter so mit finanziellen Mitteln ausstatten, dass sie überlebensfähig sind und dass sie konkurrenzfähig sind zu den Einrichtungen, die von der öffentlichen Hand geführt werden. Jetzt ist es aber schon so, dass jede Privateinrichtung selbst gestalten kann, wie sie ihre Kindergartenpädagoginnen entlohnt. Cyriak Schwaighofer hat es schon gesagt, da gibt es die Variante des Mindestlohntarifes auf der einen Seite, da gibt es den BAGS-Kollektivvertrag auf der anderen Seite, aber ich gebe schon zu, wenn wir die privaten Einrichtungen mit mehr Geld ausstatten, würden vielleicht die Verhandlungen auf Arbeitgeberseite, gerade bei den BAGS-Kollektivvertragsverhandlungen auch anders ausschauen. Man könnte vielleicht da auch durchaus auch in Zugzwang stehen, schauen, dass die Kindergartenpädagoginnen in eine andere Gehaltsgruppe kommen. Das wäre natürlich zu begrüßen.

Was wir als Land leider nicht können, ist, dass wir zweckgebunden für das Personal hier Mittel freimachen. Dass die Landesrätin jetzt diese € 400.000,-- vorgesehen hat für private

Einrichtungen, ist sehr zu begrüßen, weil es ja auch ein Faktum ist, dass private Einrichtungen anders als öffentliche Einrichtungen Mieten zu bezahlen haben, die, wie wir wissen, in Salzburg nicht immer gerade die billigsten sind, aber wir können ihnen nicht vorschreiben was sie mit diesem Geld jetzt tatsächlich machen. Das ist die Krux an dieser ganzen Sache. Daher befürchte auch ich, dass dieser Antrag leider in dieser Hinsicht ins Leere geht, ich bin aber froh, dass hier eine Bewusstseinsbildung passiert, dass es dadurch auch eine Ungleichberechtigung gibt.

Einen Punkt möchte ich schon auch noch betonen. Wir diskutieren jetzt ja schon seit einem halben Jahr im Unterausschuss zum neuen Kinderbetreuungsgesetz auch diese Themen. Es war ein sehr großer Konsens bis jetzt, dass wir in Richtung Gruppenförderung gehen bei der Ausstattung der Förderungen der Kinderbetreuungseinrichtungen. Wenn wir jetzt wieder diesen Fokus auf das Gehalt legen, dann müssten wir wahrscheinlich wieder auf diese komplizierte Art der Personalförderung zurückgehen, und das ist etwas, was ich mir nicht wünsche. So gesehen müssen wir hier wahrscheinlich sehr scharf nachdenken und wir haben uns ja eh selbst eine Verlängerung gegeben was den Unterausschuss betrifft. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Fürhapter vom Team Stronach Salzburg. Bitte!

Abg. Fürhapter: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Werte Kollegen! Sehr geehrte Besucherinnen und Besucher!

Ich stimme meinen Vorrednern Daniela Gutschi und Cyriak Schwaighofer in vielen, vielen Punkten zu. Wir brauchen eine gerechte Entlohnung für Pädagoginnen, die beim Land arbeiten, bei der Stadt arbeiten als auch bei den privaten Trägern. Ich glaube es wurde eine ganz gute Einigung gefunden mit diesen € 400.000,--, die die privaten Kindergärten zusätzlich bekommen ab 2016 pro Jahr. Wir sind aber auch der Meinung, dass die Landesregierung da kein Konzept erstellen kann und den Kindergärten vorschreibt, wie sie mit diesem Geld dann zu verfahren haben oder irgendwelche Auflagen erteilt.

Wir stimmen natürlich dieser Dringlichkeit zu und sind auch gespannt, ob es von Seiten der Logistik da noch irgendwelche Argumente oder Einwände gibt und zu diesem Konzept, das gefordert ist von der Landesregierung, und wir sind gespannt auf die Argumentation am Nachmittag und werden uns da rege beteiligen. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Lukas Essl vom FPÖ Landtagsklub. Bitte!

Abg. Essl: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Gäste!

Die zwei ÖVP-Landesräte haben es nicht zustande gebracht. Man kann natürlich die Ereignisse, die Wahrheit schon sehr verzerren. Cyriak, meine Person, zehn Jahre, elf Jahre sind wir in diesem Haus gegen Mauern gelaufen. Keinen Millimeter Spielraum für ein gerechtes Dienstrecht, Gehaltsschema für die Pädagoginnen in der Kinderbetreuung. Zwei verschiedene Dienstrechte, eine Verzerrung, diese Wettbewerbsverzerrung hat es immer gegeben, Stadt, Land, Private. Jetzt ist das der große Erfolg, alle waren es.

Waren es eigentlich die Vorgänger, die 2008 beschlossen haben, wenn ein neues Kinderbetreuungsgesetz kommt, muss auch zuerst die Frage des Dienstrechtes und des Gehaltsschemas dementsprechend ausverhandelt sein. Das ist jetzt passiert. Danke an den Gemeindeverband, dass er endlich die Versprechen, die Abmachungen eingehalten hat.

Jetzt kommen wir zu diesem dringlichen Antrag. Natürlich stimmen wir als Demokraten zu, dass man das verhandelt. Aber so fehl am Platz, wie dieser Antrag, haben wir schon lange keinen mehr in der Dringlichkeitsdebatte gehabt. Wir haben einen Unterausschuss, wo wir seit einem Jahr fast alle 14 Tage intensiv verhandeln, kein Wort. Es war wieder der Lukas Essl, der bei der letzten Sitzung die Anfrage gestartet hat, wie schaut es jetzt aus mit diesem Gehaltsschema. Kein Wort von der Sozialdemokratie. Kein Wort von den privaten Trägern. Wir haben jetzt die Gelegenheit, im Oktober über die Finanzierung zu sprechen und da gehört das hin und da sollten sich auch die privaten Träger zu Wort melden und dementsprechend auch die Landesregierung erklären, wie sie gewisse Probleme auch lösen möchte. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Darum haben wir ihn jetzt eingebracht!)

... Das wollen wir. Aber der dringliche Antrag, Kollege Steidl, ist nicht so.

Jetzt noch etwas. Wenn es da heißt die Landesregierung zahlt, zahlen tun die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, das Land stellt die finanziellen Mittel bereit. Ich sage Euch bitte gehen wir wieder zurück zu den Verhandlungen, wo sie hingehören, als wie da, ich sage das unter Anführungszeichen, da „Schaum zu schlagen“ und sich da groß hinstellen wie toll und klass wir sind, sondern wir haben da noch sehr viel auszuverhandeln, zu regeln und das gehört in den Ausschuss. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die SPÖ noch einmal Kollegin Solarz.

Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Lukas Essl!

Ich darf Dich schon erinnern, dass wir gesagt haben, die Gehaltsverhandlungen sind im Unterausschuss ausgeschlossen. Ich darf Dich zusätzlich erinnern, dass letztens auch ein Experte der privaten Träger im Unterausschuss ganz klar gesagt hat, wenn die privaten Träger nicht mitfinanziert werden, was die Gehälter betrifft, dann hat er 10 % Mehrkosten und kann zusperren. Also es ist sehr wohl angesprochen worden im letzten Unterausschuss. Soweit ich weiß, warst Du auch da.

Uns ist völlig bewusst, dass wir nicht in den Mindestlohntarif eingreifen können. Das wissen wir auch. Wir wissen auch, dass wir den Privaten nicht verordnen können, an ihre Kindergartenpädagoginnen mehr Gehälter auszubezahlen, aber man kann durchaus steuern, und zwar durch Erhöhungen der Zuschüsse. Es muss einfach geregelt sein, dass die finanzielle Ausstattung der Trägerinnen und Träger passt, damit sie auch ihren Pädagoginnen mehr Gehalt zahlen können. Ich bin mir sicher, dass die privaten Träger ihren Pädagoginnen mehr zahlen werden, und zwar aus dem ganz banalen Grund, weil sie einfach wettbewerbsfähig bleiben müssen. Weil, wenn ich mich als Pädagogin in einer privaten Einrichtung bewerbe und schon weiß, ich verdiene am Anfang € 300,-- weniger, dann werde ich natürlich schauen, dass ich mich nicht in einer privaten bewerbe, sondern in einer öffentlichen unterkomme.

Vor diesem Hintergrund stehen wir natürlich zu dem Antrag, finden ihn auch richtig und wollen, dass für diese Gruppe ein Konzept vorgelegt wird, sei es durch eine Erhöhung der Förderung, dass einfach diese Gruppe nicht wettbewerbsrechtlich benachteiligt wird, aber auch dass diese Frauen und Männer, hauptsächlich eben Frauen, nicht benachteiligt werden in den Einrichtungen. Dankeschön. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit sind die möglichen Wortmeldungen erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit ist die Dringlichkeit zuerkannt.

Im Einlauf befindet sich ein

6.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend den Aufnahmestopp von Asylwerbern und Flüchtlingen
(Nr. 1092 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

Ich ersuche nunmehr den Schriftführer Steiner um Verlesung des dringlichen Antrages. Bitte!

Abg. Steiner BA MA (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die Antragsteller zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Schnell. Bitte! Ich darf wiederum ersuchen, so wie vorher, die Zeitdisziplin einzuhalten. Ich läute an und ab. Danke.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Regierung! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Bei der letzten Haussitzung habe ich gewarnt davor es werden uns die Deutschlehrer ausgehen, es werden uns die Zelte ausgehen, es werden uns die Kasernen ausgehen, die Turnsäle in den Schulen und wir müssen endlich einmal beginnen, dieses große Problem an der Wurzel zu packen und dort versuchen zu lösen. Bis jetzt gibt es nur symptomatologische Behandlung. Vergleich als Arzt getätigt. Wenn ich einen schwerkranken oder schwerverletzten Patienten vor mir habe, muss ich ihm zuerst die Schmerzen nehmen, aber der zweite Schritt ist sofort zu erkennen warum hat der Patient Schmerzen und wie kann ich sein Leiden verbessern.

Einfach alles aufzunehmen, die Türen zu öffnen, und nur wenige Länder, wird uns vor ganz, ganz große Probleme stellen. Nicht nur dass die Flüchtlinge und die Asylwerber unzufrieden sind, wie man jetzt hört, über kaltes Essen sich beschweren, über schlechte Verpflegung, über unqualifiziertes Betreuungspersonal, sondern es wird ganz, ganz große Probleme für unsere zukünftigen Generationen geben.

Niemand hat, glaube ich, irgendwo eine Rechnung angestellt, wie werden wir in Zukunft auf die Jahre hinaus, wenn diese Flüchtlingsströme nicht abreißen, weiter hier das finanzieren und diese Leute versorgen. Niemand. Nur symptomatologische Arbeit. Selbst der Herr Landeshauptmann und der Herr Bürgermeister Schaden haben Aussagen getätigt, Hilfsbereitschaft bei Asyl nicht überdehnen, der Plafond ist erreicht. Selbst ein Landeshauptmann überlegt öffentlich schon einen Aufnahmestopp zu verfügen. Warum? Es werden weder wirklich Regelmechanismen im gesamten Europa eingeführt. Man sitzt zwar beisammen, G7-Gipfel, 360 Mio. Euro kostet das, meterhohe Zäune, dass man sich gegen die eigene Bevölkerung schützt und der einzige Sukkurs aus den 28-Stunden-Beratungen, die uns 360 Mio. Euro kosten, dass wir wieder mehr Sanktionen gegen Russland und gegen Putin erwirken. Der sitzt zu Hause und lacht sich krumm über Europa, über die täglichen Probleme von Griechenland bis über die Flüchtlingsströme, die wir haben.

Bis heute nicht hat es irgendein Gespräch zwischen Europa und Amerika gegeben, mit dem Herrn Obama, wo wir eigentlich sagen müssten wer hat diese Ursachen in Nordafrika her-

beigeführt? Wer hat diese Politik und diese auch militärisch geostrategische Politik begangen, dass wir hier die Flüchtlingsströme haben? Wer ist schuld daran? Die sollten ihre Kriegsschiffe umwandeln in Flüchtlingsboote und bereit sein, das Chaos, das sie in Syrien, in Libyen, im Irak verursacht haben, auch mitzubewältigen. Oder auch in etwa reiche arabische Staaten, die um Milliarden künstliche Inseln ins Meer bauen und um Millionen für Schwerreiche Hotels bauen. Da hört man nichts. Bevor Europa und unsere Politiker nicht in der Lage sind, auch wirklich hier Maßnahmen zu ergreifen, Gespräche zu führen, dass es, wenn es schon Quoten gibt, auch wirklich gerechte Quoten in Europa gibt, wenn es schon Quoten gibt, Amerika hier einzubinden und zur Verantwortung zu ziehen und auch die arabischen Staaten, die nicht betroffen sind, dann glaube ich können wir über alles reden.

Aber derzeit sehen wir uns einer Entwicklung gegenüber, die uns nur Probleme und vor allem unseren zukünftigen Generationen, und das ist unverantwortlich, hier mit großen Problemen verantworten wird, und das ist eine Politik, die wirklich nur als chaotisch und unverantwortlich bezeichnet werden kann. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen und zunächst auch einmal nicht nur symptomatologische, sondern therapeutische Maßnahmen in der Flüchtlingsfrage zu ergreifen. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich für die SPÖ Kollegin Riezler. Bitte!

Abg. Riezler: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Besucherinnen und Besucher!

Herr Landeshauptmann, heute in der Nacht sind zwei Zelte in der Zeltstadt fast weggeflogen durch den Sturm. Sie haben gesagt die Zelte sind nur ganz kurzfristig, nur für vier Tage. Sie stehen seit Wochen dort und teilweise sind auch die Betroffenen seit Wochen dort.

Unsere Landesrätin ist sehr, sehr bemüht, das gestehe ich ihr zu, aber angesichts dieser Zelte ist auch sie hilflos. Wir haben eine Innenministerin, bei der ich mir die Frage stelle: Verursacht sie dieses Chaos absichtlich oder kann sie es nicht besser? Wir haben einen Integrationsminister, der eigentlich überhaupt nichts in der Frage tut. Wir haben Landeshauptlinge, denen es mehr um ihre Macht geht als um eine gemeinsame Strategie Bund/Länder. Wir haben die ewige Debatte um die Nutzung der Kasernen. Wir haben eine Bundes-ÖVP, die das Chaos nutzt, das sie selbst herbeiführt, um eine Sozialstaatsdebatte zu führen. Vielleicht ist das ja auch der Sinn des Chaos. Genau diese Situation, die hilft der FPÖ. Die hilft ihr Stimmen zu bekommen und die ist auch die Ursache dafür, dass wir uns heute mit diesem Antrag befassen müssen.

Wir stimmen der Dringlichkeit dieses Antrages zu, weil es so Usus ist, aber natürlich den Inhalt lehnen wir selbstverständlich ab. Es ist unsinnig, die Grundversorgungsvereinbarung zu kündigen. Im Gegenteil. Sie muss verbessert werden. Stichwort unbegleitete Minderjährige. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Wer zahlt?)

...Die FPÖ EU-feindlich wie immer. Vollkommen klar. Wir hören es bei allen Reden, fordert, dass die EU tätig werden soll. Kompetenzen soll die EU aber keine dafür haben und genau das ist die Situation. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Nur mehr Fremdbestimmung!)

... Wir fordern natürlich selbstverständlich eine europaweite Regelung bezüglich der Verteilung der Asylwerber nach einer Erstabklärung in den Ankunftsändern, aber dafür ist die Zustimmung der Nationalstaaten notwendig und die geben sie einfach nicht. Der tschechische Ministerpräsident hat zu unserem Kanzler gesagt: „Die Verteilung in Europa ist eben genauso gerecht wie bei Euch in Niederösterreich.“ Da kann man leider nichts dagegen sagen. Das ist so.

Ich komme zurück zur Innenministerin. Es gibt keine Ablauforganisation, wie die Betroffenen in die Länder zugewiesen werden sollen. Sie ruft Landeshauptleute, Landesrätinnen kurzfristig an. Es wird angekündigt, dass eine bestimmte Zahl an Menschen kommt. Es kommt sicher eine ganz andere Zahl. Also es gibt überhaupt keine Systematik, keine Organisation.

Das Land Steiermark bietet 450 freie Plätze an, bekommt aber keine Zuweisung, weil die Quote ja erfüllt wäre. Also da passieren Dinge, die sind einfach unglaublich. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Weg mit den Quoten!)

... Land und Bund müssen endlich an einem Strang ziehen, denn Österreich ist fähig, ohne Chaos, ohne massive Verunsicherung der Bevölkerung, die Flüchtlinge aufzunehmen. Menschlichkeit muss einfach im Vordergrund stehen. Dazu ist einfach einmal dringend notwendig, vorausschauend Plätze zu planen und zu schaffen. Nicht mit den Zahlen des Vormonats, die schon am nächsten Tag nicht mehr gültig waren.

Dass heute noch zu beratende und hoffentlich beschließen werdende Flüchtlingsunterbringungsgesetz ist für mich ein wichtiger Schritt. Ich gehe nicht davon aus, dass die FPÖ dem zustimmen wird. Wir haben im letzten Plenum einen Antrag behandelt bezüglich anerkannte

Asylwerber. Es ging hauptsächlich auch um die Deutschkurse. Die Stadt Salzburg schickt derzeit ihre BMS-Bezieher verpflichtend in Deutschkurse. Warum passiert das eigentlich nicht landesweit? Wir müssen etwas für anerkannte Flüchtlinge tun, nicht gegen die Betroffenen hetzen, und das erwarte ich mir auch vom obersten Bürgermeister des Landes.

Die zuständigen Minister, die Landesregierung sind gefordert, menschliche Bedingungen für die Flüchtlinge zu schaffen. Weg mit den Zelten. Die SPÖ wird jede sinnvolle Maßnahme unterstützen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Mayer für die ÖVP! Bitte, Du hast das Wort!

Abg. Mag. Mayer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben uns bereits letzte Sitzung mit der Dringlichkeit befasst. Wir werden heute der Dringlichkeit zustimmen und es bedarf keines düsteren Nostradamus, um zu prophezeien, dass wir uns noch öfter mit dieser Problematik hier in diesem Haus auseinandersetzen werden.

Bitte erlauben Sie mir, auf vier Ebenen dieser Problematik einzugehen. Ich erspare mir bewusst jeden Kommentar zur Vorrednerin. Ich bin gerne für parteipolitische Polemik zu haben, heute und bei diesem Thema möchte ich darauf verzichten.

Erstens, die erste Ebene, die Metaebene. Wer durch Krieg oder Terrorismus um Leib und Leben fürchten muss, hat mit unserer Solidarität zu rechnen. Dazu bekennt sich Österreich. Dazu bekennt sich Salzburg, das ist unsere humanitäre und humanistische Verpflichtung. Ich glaube, dass es niemand in diesem Raum gibt, der diese Metaebene, diesen Grundkonsens in Frage stellt.

Die zweite Ebene ist eine Ebene der nackten Zahlen. Der Landeshauptmann hat in der letzten Sitzung die These aufgestellt wir seien mit einer regelrechten Völkerwanderung konfrontiert. Ich darf diese These mit aktuellen Zahlen aus dem Innenministerium belegen. Wir haben im Jahr 2014 626.000 Asylanträge in der EU gehabt. Das war der höchste jemals gemessene Wert. Für Österreich hat das 2014 bedeutet 28.000 Asylanträge, ein Plus von 60 % im Jahr 2014.

Wie schaut es 2015 aus? Mit Stichtag 1. Juli sind bereits die Zahlen von 2014 überschritten. Wir haben mit Stichtag 1. Juli 28.152 Asylwerber. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Plus

von 211 %. Daher ist die Herausforderung eine unglaubliche und ich komme zur dritten Ebene, zur technischen Ebene, wie machen wir das, wie schaffen wir das.

Leider, und da gebe ich Dir, lieber Herr Klubvorsitzender, Recht, leider reden wir nur über diese dritte Ebene, wie machen wir das, welche Quote, wer ist verantwortlich, wer schickt das Bummerl zu den Gemeinden, zu den Bezirken, zu den Ländern, zum Bund. Meine These: Nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Gemeinden, Land, Bezirk und auch der Bundesregierung und der Europäischen Union, darauf werde ich noch zurückkommen, ist das zu schaffen. Das Flüchtlingsunterkunftsgesetz, das wir heute behandeln werden, ist ein wichtiger Schritt. Das ist aber nicht Ideologie, das ist pures Management. Das ist eine Aufgabe, die zu erledigen ist. Ich möchte mich sehr bei der zuständigen Landesrätin bedanken für ihren Einsatz, bei der gesamten Landesregierung. Ich darf nur erwähnen, dass von der Kalenderwoche 26 bis Mitte August 431 Plätze in Salzburg geschaffen werden. Hut ab. Respekt. Das ist eine Kraftanstrengung, die Salzburg im Anstand erledigen wird. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Ich komme zur vierten Ebene, und das ist die Ebene, die der Herr Klubobmann ebenfalls angesprochen hat, das ist die Ebene der Perspektive. Wir haben die Zahlen gehört. Wir kennen die Prognosen und die Menschen fragen sich, welche Dimension hat dieser Flüchtlingsstrom. Gibt es Grenzen? Wo liegen diese? Wie können wir diese auch festmachen? Wie können wir die soziale Akzeptanz und die Willkommenskultur in Österreich aufrechterhalten? Österreich wird diese Herausforderungen nicht alleine bewältigen. Derzeit behandeln zehn EU-Mitgliedsstaaten 90 % aller Asylanträge und 10 % aller Asylanträge verteilen sich auf die restlichen 18 EU-Mitgliedsstaaten. Das wird so nicht weitergehen. Wir müssen den Menschen hier in Österreich eine Perspektive geben und wir müssen den Menschen, die zu uns kommen, eine ordentliche Perspektive geben.

Ich darf noch in zwei Worten auf das Antragsbegehren eingehen. Die Aufkündigung der 15a-Vereinbarung halten wir für nicht sinnvoll. Einen Aufnahmestopp erachte ich persönlich als rechtlich unmöglich. Traiskirchen ist nach Auskunft des Innenministeriums in Salzburg nicht geplant. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke sehr. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Otto Konrad vom Team Stronach Salzburg. Bitte, Du hast das Wort!

Abg. Konrad MBA: Geschätzte Präsidentin! Werte Regierungsmitglieder! Kollegen auf den Abgeordnetenbänken! Und natürlich die Besucher, die uns heute so zahlreich hier genau auf die Finger und auf den Mund sehen.

Jetzt haben meine Vorredner schon einiges zu diesem Thema gesagt und ich glaube es ist fast schon alles dazu gesagt. Ein exemplarisches Beispiel wie funktionieren die Banken. Wir haben heute am Nachmittag ein Thema, wo die Banken mehr oder weniger sagen liebe Herrschaften, liebe Gemeinden, wenn ihr einen Kredit von uns haben wollt, müssen wir uns jetzt absichern, weil wenn theoretisch ein Minuszinsgeschäft einmal auf uns zukommt, kann das nicht sein. Also wir müssen eine Verordnung oder ein Gesetz machen, dass die Gemeinden dem zustimmen können, dass die Banken vorab sagen zu welchen Konditionen höchsten hier Gelder fließen.

Warum sage ich das? Ob das jetzt das Thema Flüchtlinge ist, ob das jetzt Griechenland ist, ob das HETA ist, also wir hören das jeden Tag. Auf der einen Seite wird gesagt, dass politisches Kleingeld damit gemacht wird. Man wirft der FPÖ vor, hier populistisch Wahlkampf zu betreiben, auf der anderen Seite passiert ja nicht viel was anderes. Es wird die Ministerin beschuldigt, chaotisch vorzugehen. Das sind unsere Politiker, das sind die Maßnahmen, die, irgendwie ist man überrascht, dass jetzt auf einmal so viele Flüchtlinge kommen. Nein, das wird noch viel schlimmer werden. Es wird noch viel, viel schlimmer werden.

Jetzt komme ich zu dem Thema, was ich eigentlich vermitteln möchte. Es wird ein politisch ideologisches Thema werden, wenn man davon spricht Österreich ist Spendenweltmeister, ich glaube wir können stolz sein, Licht ins Dunkel, wir spenden, wir unterstützen wo es geht. Aber wo ist die Grenze? Wo ist dieser Flor? Dieser Flor, den die Banken zum Beispiel jetzt bei den Gemeinden einziehen möchten? Wer geht denn her und sagt Herrschaften mit 50.000, mit 70.000, mit 100.000, wir sind bereit, 120.000 zum Beispiel Flüchtlinge aufzunehmen, sind auch in der Lage sie zu integrieren. Es geht ja nicht nur alleine um die Aufnahme, sondern wir müssen die ja auch in unseren gesellschaftlichen Prozess integrieren. Das ist eine riesengroße Herausforderung und wann kommt die erste klare Aussage, nicht populistische, dass man sagt ok wir hier in Österreich sind aufgrund unserer gesellschaftlichen Situation, unserer wirtschaftlichen Situation in der Lage, eine konkrete Zahl an Flüchtlingen aufzunehmen. Wenn wir mehr übernehmen würden, dann besteht die Gefahr, dass wir hier in der Gesellschaft, und das mag vielleicht ein populistischer Zugang sein, einfach nicht mehr die große Wirtschaftskraft Europas oder ein Teil der großen Wirtschaftskraft in Europa sein werden können.

Wir stimmen natürlich dem Antrag zu. Wir wollen helfen. Wir wollen unterstützen, aber ich trete dafür ein, dass alle Parteien auch irgendwann einmal sagen müssen: Herrschaften, wir hier in Österreich sind in der Lage, diesen Menschen wirklich zu helfen. Nicht nur, dass sie nach Österreich kommen, sondern dass wir sie auch richtig integrieren, dass wir wirklich ihnen die Chance geben auf ein besseres Leben. Diskutieren wir am Nachmittag darüber weiter. Ich glaube, dass das nur die Spitze des Eisberges ist und ich hoffe, dass in den Län-

dern, dort, wo die großen Probleme entstanden sind, bald Ruhe einkehrt, aber so wie es jetzt momentan aussieht, glaube ich, werden wir noch einige Jahrzehnte mit diesem Thema zu kämpfen haben. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Sieberth von den Grünen!

Abg. Mag.^a Sieberth: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Liebe Zuschauer bei uns tatsächlich im Saal, aber auch im Internet!

Ein dringlicher Antrag zum Thema Asyl. Das Thema Asyl ist eines der fordernden Themen unserer Zeit. Wir haben Kriegsherde in verschiedenen Teilen der Welt. Viele Menschen sind auf der Flucht. Aber Österreich hat in der Vergangenheit auch schon bewiesen, dass es solidarisch ist, dass es hilfsbereit ist. Wir leben in einer Heimat der großen Herzen. Der Dringlichkeit stimmen wir also zu. Aber das Herz dieses Antrags der FPÖ, das schlägt anders. Es schlägt unmenschlich, es schlägt kalt und es schlägt achtlos.

Ich möchte auf die Punkte kurz eingehen und meine Vorredner ...

(Zwischenruf Abg. Essl: Frau Kollegin!)

... haben das zum Teil schon getan. Vielleicht zur Erklärung an die, die zuschauen. Die Grundversorgungsvereinbarung sagt, dass sich Land und Bund die Kosten teilen. Bund 60 %, Land 40 % und es gibt einen Koordinierungsrat, wo man koordiniert vorgeht. Das funktioniert nicht alles so super wie wir uns das wünschen, das ist klar, aber die Grundversorgungsvereinbarung zu kündigen, hieße keine Mitsprache, alle Kosten. Das will die FPÖ und das bringt uns keinen Schritt weiter.

Zweitens: Einen Aufnahmestopp zu verfügen, hieße die Genfer Flüchtlingskonvention zu brechen. Die ist österreichisches geltendes Recht. Das ist offener Rechtsbruch. Das wollen die Freiheitlichen.

Zum dritten Punkt des Wunsches, dass Traiskirchen in Salzburg nicht kommen soll, hat der Vorredner eh schon gesagt, das ist gar nicht geplant, aber an Traiskirchen sieht man etwas anders. Traiskirchen, warum ist Traiskirchen so überfüllt? Warum sind 900 Menschen gerade obdachlos in Traiskirchen? Weil auch durch die Freiheitlichen eine Verhinderungspolitik bei der Öffnung von Quartieren betrieben wird. Überall, wo ein Quartier geplant ist, springen, wenn sie vor Ort sind, die Freiheitlichen auf und schreien: Nicht bei uns, nicht bei uns, das ist

der Untergang. Das ist nicht der Untergang. Freiheitliche machen also mobil gegen neue Quartiere, anstatt einen konstruktiven Dialog mit der Bevölkerung einzugehen.

In Wien Erdberg, wo 300 Flüchtlinge untergebracht sind, stand die FPÖ ankommenden Flüchtlingen mit den Schildern entgegen: Nein zu Asylantenheimen, sprich wir wollen euch hier nicht. Das ist ein tolles Willkommen für Leute, die aus dem Krieg flüchten. Dann noch zu sagen die Flüchtlinge beklagen sich über die Situation, wenn ich bei 36° in der Hitze in den Zelten bin oder heute Nacht fürchten muss, dass mir das Zelt einfach vor den Augen weggeblasen wird, dann kann ich schon den Unmut äußern, dass das nicht ganz eine optimale Unterbringung ist. Deswegen verzichten diese Menschen nicht auf ihr Recht auf Asyl und sie wollen auch nicht zurück in den Krieg, dort, wo sie herkommen.

Also, ja wir stehen vor Entwicklungen in der Flüchtlingsbewegung, die muss man ernst nehmen und dafür brauchen wir auch Strategien und die Bürgerinnen und Bürger verlangen zu Recht Lösungen und Fortschritte in den verschiedenen Herausforderungen, die wir mit den Menschen haben, die dann hier sind und die wir auch bei uns aufnehmen wollen.

Zum Thema das Boot ist voll oder nicht voll. Zwei Drittel aller Gemeinden nehmen noch gar keine Flüchtlinge auf. Wie kann ich sagen das Boot ist voll, wenn zwei Drittel des Bootes eigentlich leer sind. Wir haben keine überbordenden Kosten. Es gibt einen Vergleich. Die Bundesregierung gibt aktuell für Inserate gleich viel aus wie für Flüchtlingsbetreuung, rund 150 Mio. Euro. Also da muss noch Spielraum sein, wenn für die Inserate gleich viel Geld zur Verfügung steht.

Wesentlich für gelingende Flüchtlingsquartiere, und das ist eine der tragenden Säulen, ist deren Betreuung. Hier sind mittlerweile ganz viele Hilfsorganisationen, sechs tragende und viele andere rundherum aktiv und leisten einen wertvollen Beitrag. Sie sind in Kontakt mit der rundumwohnenden Bevölkerung. Ich war selber bei Versammlungen. Da wird der Kontakt gesucht und da wird auch geschaut, dass Nachbarschaftskonflikte, so sie entstehen, auch gelöst werden. Sie kümmern sich aber auch um die Flüchtlinge und auch um deren Fragen. Das ist genauso wichtig.

Wesentlich ist auch eine aktive Zivilgesellschaft. Da muss ich sagen überall, wo ich hinkomme, sehe ich Hilfsbereitschaft. Das ist in Thalgau, die jetzt wirklich viele Menschen aufnehmen. Da kommen laufend Menschen zu den Quartieren und bieten ihre Angebote an. Sei es in Sachspenden, sei es Angebote, Deutschkurse zu machen, sei es in Freizeitaktivitäten. Wir haben letzten Sonntag im Volksgarten zu einem Art Picknick eingeladen, um mit Flüchtlingen, die auch im Zeltlager wohnen, in Kontakt zu kommen. 350 Menschen sind dieser Einladung gefolgt und haben versucht, in Kontakt zu kommen, haben Kontakte ausgetauscht.

Auch da gibt es eine breite, auch junge Menschen, eine Bevölkerungsschicht, die bereit ist, die Flüchtlinge kennenzulernen und da in den Austausch zu gehen, und auch das ist ein Säule, wie wir in Zukunft Menschen, die zu uns kommen, aufnehmen.

Österreich ist ein Ort der großen Herzen. Diesen Weg müssen wir weitergehen und es führt auch kein Weg daran vorbei. (Beifall der SPÖ-, ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke sehr. Für die FPÖ noch einmal Herr Klubobmann Schnell. Bitte!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Frau Kollegin Riezler, Solidarität, Solidarnosc funktioniert nur dann, wenn sie jeder lebt. Genau das zeichnet Europa aus. Die einen leben es, Österreich, Deutschland, Schweden, und die einen leben es nicht. Die Genfer Flüchtlingskonvention, Frau Kollegin Sieberth, die muss halt auch jeder einhalten. Wenn sie aber Berichte sehen, dass Österreich Beamte an die ungarische und serbische Grenze schickt mit Wärmebildkameras, um dort zu helfen und die Flüchtlingsströme aufzugreifen und zu skandalisieren und dann die festgehalten werden, am nächsten Tag wieder freigelassen werden, wir alle wissen, dass sie nach einem zweiten, dritten Versuch hier landen, dann ist das nicht die Genfer Flüchtlingskonvention und nicht die Solidarnosc, die hier gepflegt wird. Und so lange geht es nicht. Da muss man mit Vorbild vorangehen, Frau Sieberth. ...

(Zwischenruf Abg. Mag.^a Sieberth: Genau!)

... Als wir gesehen haben, Frau Kollegin, ich gebe Ihnen ein Beispiel, dass wir immer mehr Probleme wirtschaftlicher und finanzieller Natur haben, haben wir Freiheitliche sofort dafür gesorgt, dass es keine Politikerpension mehr gibt. Ich habe damals freiwillig auf meine Politikerpension verzichtet. Ich habe aber noch keinen Grünen gesehen, der einen Flüchtling aufgenommen hat, dass er vielleicht als Vorbild hier vorausmarschiert und sagt: Super, ich zeige es selber, ich mach etwas dafür. Groß reden und die ganze Verantwortung auf die zukünftigen Generationen abschieben, auf unsere Kinder und Enkelkinder. Dann rechnen Sie sich einmal aus, wenn Sie rechnen können, was uns das kosten wird in der Ausbildung, in der Wohnungsfrage, in der Ernährungsfrage usw. Wenn Sie mir das klären können, wie Sie als verantwortlicher Politiker dafür gesorgt haben, wie in der nächsten Zeit das Wohnungsproblem bei dem Flüchtlingsstrom bewältigt werden kann, auch bitte die Sozialleistungen bewältigt werden können, ohne vielleicht wirklich einen sozialen Unfrieden in das Land zu bringen, dann bitte reden wir gerne weiter.

Bis jetzt habe ich dato von Ihnen gar nichts darüber gehört. Auch nicht, dass man in Europa, Du bist in der EU mit Brüssel, ich nicht, ich fahre da nicht mehr hinauf, zweimal hat mir ge-

reicht, dann redet einmal dort mit den Verantwortlichen und sagt so geht es nicht weiter. Entweder wir alle lösen das Problem gemeinsam, aber nicht Einzelne. Das wird es nicht sein und verantwortlich gewählt bin ich immer noch von den Salzburgern.

Ich sehe genau wo das hinführt, welche Probleme das verursachen wird und eines muss ich schon auch sagen. Es gibt ein ungeschriebenes Gesetz in der Seefahrt. Wenn das Schiff untergeht, als Erstes kommen die Kinder, die Frauen, ältere Leute und kranke Leute auf das Rettungsboot und nicht nur junge Männer zwischen 18 und 35. ...

(Zwischenruf Abg. Mag.^a Sieberth: Ein billiges Argument!)

... Ich kenne Ihre Argumentation eh. Die Argumentation ist dann, dass einfach die Familien nachgeholt werden. So jetzt rechnen Sie sich aus. Sie haben ja nur die Zahlen von jenen Flüchtlingen und Asylwerbern, die registriert sind, die Illegalen wissen Sie ja gar nicht. Das ist noch einmal um vieles, vieles höher. Das wisst Ihr nicht, ignoriert Ihr auch. Und dann haben wir den Familienzugang. Die jungen Männer kommen deswegen, um den Familienzugang zu planen. Das heißt, das ist Eure Argumentation, das heißt jetzt rechnen wir uns aus wieviel ein junger Mensch vielleicht noch an Familienmitgliedern hat. Frau, Mutter, Vater vielleicht auch noch, vielleicht noch Kinder und vielleicht noch Großeltern und dann schauen wir uns an, was dann passiert, was das heißt. Wenn ich den Familiennachzug plane, dann plane ich nicht einen Aufenthalt, weil ich flüchten muss, weil mir dort der Tod droht oder die Verfolgung, sondern plane ich eine Überstellung der Familie in ein anderes Land und sonst gar nichts, liebe Freunde. Das heißt, dass wir das Problem in vielfacher Form noch vor uns haben werden, dass dieses Problem immer stärker werden wird und Ihr habt keine Lösung, wie wir es irgendwie in den Griff bekommen. ...

(Zwischenruf Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Die Männer kommen, weil sie keine Chance haben!)

... Ihr dafinanziert ja die Sozialleistungen für die wirklich Schwachen im eigenen Land ja nicht einmal mehr, also wie wollt Ihr dann den Flüchtlingen helfen. Das ist das große Problem, das wir haben, und wenn Ihr mit klaren Vorschlägen kommt, wie wir das finanzieren, wie wir die Probleme bewältigen, dann sind wir auch gerne dabei. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Damit ist die Rednerliste erschöpft. Wir kommen jetzt, die Frau Landesrätin hat sich zur tatsächlichen Berichtigung gemeldet. Bitte Frau Landesrätin!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Eine Information. Der Familiennachzug geht nicht für Erwachsene, also bereits volljährige Kinder, gilt nicht für Großeltern, sondern nur für die Kernfamilie. Also ich bitte in den Diskussionen schon bei den Fakten zu bleiben. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Die Gattin oder?)

... Die minderjährigen Kinder und die Frauen geht. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Die minderjährigen Kinder noch. Die anderen müssen daheim bleiben!)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Das war die tatsächliche Berichtigung. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Ich sehe keine. Damit ist die Dringlichkeit des Antrages zuerkannt.

Im Einlauf befinden sich neun Anträge. Der Vier-Parteien-Antrag betreffend eine Änderung des Salzburger Grundverkehrsgesetzes 2001 und der Drei-Parteien-Antrag betreffend ein Gesetz betreffend raum- und baurechtliche Sonderbestimmungen für die Unterbringung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden enthalten Gesetzestexte. Ich gehe davon aus, dass auf die Verlesung verzichtet wird. Danke.

Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit sind die Anträge zugewiesen.

6.2.3 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Klubvorsitzenden Steidl, Klubobmann Schwaighofer und Klubobmann Naderer betreffend ein Gesetz betreffend raum- und baurechtliche Sonderbestimmungen für die Unterbringung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden

(Nr. 1093 der Beilagen – Berichterstatter: Klubobmann Abg. Schwaighofer)

6.2.4 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Klubobmann Schwaighofer und Klubobmann Naderer betreffend eine Änderung des Salzburger Grundverkehrsgesetzes 2001

(Nr. 1094 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

6.2.5 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Mag. Scharfetter betreffend eine Änderung der Gewerbeordnung

(Nr. 1095 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

6.2.6 **Antrag** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutsch, Mag. Scharfetter und Mag. Mayer betreffend eine Änderung des Mietrechtsgesetzes

(Nr. 1096 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)

6.2.7 **Antrag** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an die Salzburger Landesregierung betreffend logopädische Versorgung von Kindern im Bundesland Salzburg

(Nr. 1097 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

6.2.8 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend den Wohnungsleerstand in der Stadt Salzburg

(Nr. 1098 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

6.2.9 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die neuerliche rechtliche Beurteilung der Europaerweiterung

(Nr. 1099 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)

6.3 schriftliche Anfragen

Außerdem sind insgesamt **28 schriftliche Anfragen** eingegangen.

6.3.1 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die Ausweisung von Natura-2000-Gebieten

(Nr. 983 der Beilagen)

6.3.2 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung betreffend Regionaler Strukturplan Gesundheit

(Nr. 986 der Beilagen)

6.3.3 **Anfrage** der Abg. Riezler und Dr.ⁱⁿ Solarz an die Landesregierung betreffend Maßnahmen von arbeitsfähigen, aber nicht beschäftigungsfähigen Menschen

(Nr. 987 der Beilagen)

6.3.4 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Kinderbetreuung

(Nr. 988 der Beilagen)

6.3.5 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an die Landesregierung betreffend Krankenhaus Tamsweg
(Nr. 989 der Beilagen)

6.3.6 **Anfrage** der Abg. Schneglberger und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Verbrennungsanlagen und Entstehung von Umweltgiften
(Nr. 990 der Beilagen)

6.3.7 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl und Rothenwänder an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend das Regionalprogramm Oberpinzgau
(Nr. 991 der Beilagen)

6.3.8 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl und Rothenwänder an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Kündigung eines Heimvertrages durch die Lebenshilfe
(Nr. 992 der Beilagen)

6.3.9 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Dienstfreistellung des Leiters der Personalabteilung
(Nr. 993 der Beilagen)

6.3.10 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung betreffend Rohbau und Deponie des Zoos Salzburg in einem „geschützten Landschaftsteil“
(Nr. 994 der Beilagen)

6.3.11 **Dringliche Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Verlängerung der Lokalbahn
(Nr. 1-ANF der Beilagen)

6.3.12 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Bartel und Jöbstl an die Landesregierung betreffend Aufklärung über Gefahren im Internet
(Nr. 2-ANF der Beilagen)

6.3.13 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Mag. Mayer und Obermoser an die Landesregierung betreffend Zweitwohnsitze
(Nr. 3-ANF der Beilagen)

6.3.14 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschl und Ing. Sampl an die Landesregierung betreffend Schonvermögen
(Nr. 4-ANF der Beilagen)

6.3.15 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA an die Landesregierung betreffend Konjunkturpaket der Landesregierung
(Nr. 5-ANF der Beilagen)

6.3.16 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Reinigungs- und Servicepersonal in den SALK
(Nr. 6-ANF der Beilagen)

6.3.17 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Krankenhaus Tamsweg „Essen auf Rädern“
(Nr. 7-ANF der Beilagen)

6.3.18 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung betreffend Elektromobilität im Bereich des landeseigenen Fuhrparks
(Nr. 8-ANF der Beilagen)

6.3.19 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. Juni 2015
(Nr. 9-ANF der Beilagen)

6.3.20 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Strafverfahren wegen Geschwindigkeitsübertretungen
(Nr. 10-ANF der Beilagen)

6.3.21 **Anfrage** der Abg. Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung betreffend die Förderung und Subventionierung von Bundesagenden durch das Land am Beispiel von Arbeitsmarkt-, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen
(Nr. 11-ANF der Beilagen)

6.3.22 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Werbung an Schulen
(Nr. 12-ANF der Beilagen)

6.3.23 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Bestellung eines Breitband- und Digitalisierungsbeauftragten
(Nr. 13-ANF der Beilagen)

6.3.24 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Umfahrung Straßwalchen
(Nr. 14-ANF der Beilagen)

6.3.25 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend die Ausstattung von Beschneigungsteichen mit Photovoltaikanlagen
(Nr. 15-ANF der Beilagen)

6.3.26 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Hofbauer an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend biologischer Landbau an Landwirtschaftlichen Schulen im Bundesland Salzburg
(Nr. 16-ANF der Beilagen)

6.3.27 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Werbung für Glyphosat in der Wochenzeitung der Landwirtschaftskammer Salzburg
(Nr. 17-ANF der Beilagen)

6.3.28 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Scheinselbständige im Land Salzburg
(Nr. 18-ANF der Beilagen)

6.4 **Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft**

Der Rechnungshof hat einen

6.4.2 **Bericht des Rechnungshofes** betreffend Stadtgemeinde Vöcklabruck und Gemeinde Wals-Siezenheim mit Schwerpunkt Wasser-, Abwasser- und Müllabgaben; Reihe Salzburg 2015/3

und der Landesrechnungshof einen

6.4.1 **Bericht des Landesrechnungshofes** betreffend Rechnungsabschluss 2014 des Landes Salzburg

übermittelt.

Damit haben wir den Einlauf erledigt und ich rufe auf

Punkt 7: Aktuelle Stunde

In der Präsidialkonferenz wurde der Themenvorschlag der ÖVP „Die Zukunft der Gesundheitsversorgung im Bundesland Salzburg“ als heutiges Thema festgelegt.

Es wurde vereinbart, dass nach dem Redner der ÖVP Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl zu Wort kommt. Danach werden die Redner in der Reihenfolge SPÖ, Grüne, FPÖ und Team Stronach Salzburg aufgerufen. Eine zweite Runde wird in der Reihenfolge ÖVP, SPÖ, Grüne, FPÖ und Team Stronach aufgerufen. Ich ersuche wiederum um Zeitdisziplin, damit auch zwei Runden an Wortmeldungen in der Zeit der einen Stunde abgeführt werden können. Die Wortmeldungen von Regierungsmitgliedern werden nach Bedarf aufgenommen und der jeweiligen Landtagspartei auf die Reihenfolge angerechnet.

Ich erteile nunmehr das Wort Frau Klubobfrau Gutschi für die ÖVP. Bitte sehr!

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Landesregierungsmitglieder! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Wichtigste ist wir sind gesund. Das hört man oft, wenn Menschen sich treffen, miteinander reden und sich so gegenseitig erzählen was so los ist oder los war in letzter Zeit. Sie greifen ganz selbstverständlich auf ein Gesundheitssystem in Österreich und in Salzburg zurück, das Gott sei Dank sehr gut ausgebaut ist, und das Gott sei Dank auch noch funktioniert. Dass es so bleibt, vor dieser Herausforderung stehen wir.

Die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung ist unser oberstes Prinzip. Das oberste Prinzip, diese medizinische Versorgung nicht nur in den Ballungszentren aufrechtzuerhalten, sondern vor allem auch in den ländlichen Bezirken. Das ist ein Ziel, das die Österreichische Volkspartei jetzt schon seit sehr vielen Jahren verfolgt.

Die Rahmenbedingungen werden immer schwieriger und auf einige dieser verschärften Rahmenbedingungen möchte ich dann in der Folge noch eingehen. Klar ist, jeder Salzburger, jede Salzburgerin hat das Recht auf eine adäquate medizinische Versorgung. Christian Stöckl, unser Gesundheitsreferent, hat längst fällige Reformen jetzt Gott sei Dank angegangen und angefangen und sorgt beispielsweise im Spitalsbereich dafür, dass Strukturen ge-

schaffen werden, die kleinere Krankenhausstandorte auch nachhaltig sichern. Denn es kann wohl nicht sein, dass die Bevölkerung im Lungau Angst haben muss, dass sie nicht mehr vor Ort adäquat medizinisch versorgt werden kann. Diese Reformen sind alternativlos. Schließungen von Spitalsstandorten kommen für uns nicht in Frage.

Krankenhäuser sind zweifellos ein ganz wichtiger Pfeiler in unserer Gesundheitsversorgung. Darüber hinaus ist aber auch ein ganz besonderer Fokus auf den niedergelassenen ärztlichen Bereich zu legen und hier ist ein Bereich von mir angesprochen, um den ich mir sehr große Sorgen mache, und zwar aus zweierlei Hinsicht. Auf der einen Seite hat sich ein Usus eingeschlichen in der Bevölkerung, dass Patienten als erste Anlaufstelle die Spitäler und Ambulanzen bevölkern. Der niedergelassene Bereich wird nicht mehr als Erstanlaufstelle gesehen, was den Effekt hat, dass immer weniger Ärzte auch bereit sind, diesen niedergelassenen Bereich auszufüllen und die wenigen, die es jetzt noch machen, stehen vor Rahmenbedingungen, zeitlichen Rahmenbedingungen, die fast nicht mehr zumutbar sind. Es ist daher für uns ein ganz wichtiger Punkt danach zu trachten, dass der niedergelassene Bereich gestärkt wird, dass auch die niedergelassenen Fachärzte entsprechend gestärkt werden und dass die Patientenströme hier auch umgeleitet werden.

Keine Gesundheitsreform, keine Gesundheitsversorgung funktioniert mit den wichtigsten Bausteinen in der Gesundheitsversorgung, in diesem Bereich, und das sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die eine Herausforderung habe ich schon genannt, wir müssen schauen, dass wir genügend Ärztinnen und Ärzte bekommen, die sich eben sowohl im Spital als auch im niedergelassenen Bereich praktisch engagieren. Wir müssen aber natürlich auch schauen, dass die Pflege entsprechend funktioniert, denn kein Spitalsbett nützt uns etwas, wenn beim Bett keine Pflegeperson steht, die dann auch die Pflege des Menschen übernimmt. Damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch weiterhin die Motivation haben, im Land Salzburg zu arbeiten, ist jetzt Gott sei Dank die entsprechende Anpassung der Gehälter passiert. Es ist passiert, dass wir die längst fällige Reform, was die Stundenarbeitszeit der Ärztinnen und Ärzte angeht, dass das umgesetzt wird und ich bin sehr froh darüber, dass Gesundheitsreferent Christian Stöckl hier wirklich auch diesen Schritt gegangen ist.

Noch ein Wort zum Pflegemangel, zum Pflegekräftemangel. Wir stehen vor großen Herausforderungen. Pensionierungswellen kommen auf uns zu. Wir haben eine immer älter werdende Gesellschaft, die wir zu versorgen haben, und wie gesagt das modernste Krankenbett hilft nichts, wenn niemand mehr an diesem Bett steht und pflegt. Die neue Entwicklung im Gesundheits- und Krankenpflegegesetz stellt uns ebenfalls vor große Herausforderungen und das gilt es gemeinsam anzugehen.

Einen wichtigen Aspekt möchte ich auch noch nennen, das sind die pflegenden Angehörigen. Die pflegenden Angehörigen werden in der Diskussion rund um die Gesundheitsreformen immer vergessen, wobei immer noch 80 % aller älteren Menschen zu Hause bei ihren Angehörigen und von ihren Angehörigen gepflegt werden.

Also zusammenfassend: Wir brauchen eine tatkräftige, reformfreudige und handelnde Politik, damit wir gemeinsam diese Gesundheitsversorgung im Land Salzburg auch sichern. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Du hast das Wort, Du hast zehn Minuten. Ich werde Dich nach acht Minuten erinnern, zum Schluss zu kommen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus der Regierung! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es sind im Wesentlichen drei Anforderungen oder drei Entwicklungen, die extreme Anforderungen an uns und Herausforderungen an unser Gesundheitssystem stellen. Es sind die gesetzlichen Grundlagen, die sich ständig verschärfen. Es ist die Entwicklung insgesamt in der Medizin und in der Pflege und es sind auch die Ansprüche an Qualität und Quantität, die schon jetzt in der Gegenwart, aber auch in der Zukunft alle unsere Kräfte fordern werden und unsere Zusammenarbeit, dass wir unser Gesundheitssystem, das ein sehr gutes ist, und die Umfragen zeigen das auch, dass die Bevölkerung sehr zufrieden ist damit, eben auch in Zukunft aufrechterhalten werden kann.

Ich sehe im Grunde genommen vier große Herausforderungen an unser Gesundheitssystem in den nächsten Jahren. Das ist erstens die Umsetzung des Paradigmenwechsels in der Gesundheitsversorgung. Wir lenken den Fokus auf die Vorsorge. Zweitens die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im intra- und extramuralen Bereich, auch in den peripheren Gebieten, also besonders auch in der Region nicht nur im Zentralraum. Drittens wir müssen unsere Spitäler zukunftsfit machen und viertens müssen wir aufgrund der Gesundheitsreform und der Bundesvorgaben den Kostendämpfungspfad einhalten, das ist auch in unserem eigenen Interesse.

Zum Ersten: Wir haben in der Zielsteuerungskommission und in der Gesundheitsplattform für die nächsten Jahre sechs Gesundheitsziele vereinbart und diese Gesundheitsziele sind im Grunde genommen alle gebündelt um das Thema Vorsorge. Die gesundheitsförderlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen, Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung stärken, die

Gesundheit von Kindern und Jugendlichen fördern bis hin zur psychosozialen Gesundheit. Das sind unsere Themen für die nächsten Jahre.

Die Umsetzung dieser Ziele wollen wir über vielerlei Projekte, über vielerlei Aufklärung und entsprechende Vorträge usw. auch unter die Bevölkerung bringen, damit sozusagen möglichst viele Menschen davon Gebrauch machen. In erster Linie ist es die gesunde Ernährung, sind es Sport und Bewegung, die uns gesund halten. Für diese Projekte geben wir im Jahr 2015 über € 600.000,- aus und in Zusammenarbeit mit vielen Anbietern, z.B. mit AVOS, gelingt es, diese Projekte auch sozusagen unter die Bevölkerung zu bringen. Wir arbeiten hier sehr eng auch mit den Kindergärten und Schulen zusammen und ich bedanke mich bei den Pädagoginnen und Pädagogen ganz herzlich, dass immer wieder in sehr viel ehrenamtlicher Tätigkeit Gesundheitsprojekte, Bewegungsprojekte in den Schulen, in den Kindergärten auch umgesetzt werden.

Zweitens: Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im intra- und extramuralen Bereich, und ich betone immer wieder auch in den peripheren Gebieten, da haben wir die Herausforderung, dass speziell das Korsett für die Spitäler immer enger wird. Wir haben eine Vielzahl von krankenhausrechtlichen Vorgaben durch den Bund zu erfüllen. Wir haben die Gesundheitsqualitätskriterien zu erfüllen. Wir haben den Strukturplan, den österreichischen Strukturplan Gesundheit und auch den regionalen Strukturplan Gesundheit umzusetzen und wir haben gerade durch den Ärztemangel und durch die neue Ärzteausbildungsordnung große Herausforderungen.

Wir bewegen uns in der Medizin, aber auch in der Pflege immer mehr zu Spezialistinnen und Spezialisten hin und immer weniger haben wir dann in den Abteilungen die Generalisten. Wir haben den Konsultationsmechanismus ausgelöst, weil die Ärzteausbildung z.B. vorhatte, in der Chirurgie nicht mehr den Generalisten auszubilden, sondern nur mehr Spezialisten. Da gibt es dann nur mehr z.B. einen, der für die Thorax-Chirurgie verantwortlich ist, der andere kennt sich nur mehr bei der Niere besonders gut aus, aber hat sozusagen nur mehr dieses Spezialfach.

Sie können sich vorstellen, wenn wir eine Chirurgie in einem kleinen Haus aufrechterhalten wollen, dann können wir das nur mit Generalisten machen und nicht nur durch diese Spezialfächer. Wie sollen wir da sieben Tage, 24 Stunden abdecken? Wir haben viel zu wenig Ärzte dazu und vor allem würde das unfinanzierbar werden. Gott sei Dank haben wir durch diese Auslösung des Konsultationsmechanismus erreicht wir Bundesländer, dass es auch in Zukunft den Generalisten in der Chirurgie gibt. Es zeigt sich bereits im Bundesland Salzburg, dass wir gerade in diesem Fach viel zu wenig Ärztinnen und Ärzte haben.

Die Ausdünnung des Marktes besonders in der Chirurgie, wie gesagt macht uns Schwierigkeiten und auch die Ausbildungserfordernisse sind für kleine Häuser schwer umzusetzen, wenn immer mehr Spezialausbildungen gefordert werden. Bei den Ausbildungen zum Psychiater, zur Psychiaterin sind wir besonders gefordert, weil das ist bereits ein Mangelfach und es fehlen uns da besonders auch die Ärztinnen und Ärzte. Da müssen wir uns sehr anstrengen.

Der Landtag hat eine Standortgarantie für alle Krankenhäuser unserer Regionen unseres Bundeslandes abgegeben und will absolut alle Krankenhäuser erhalten. Wir müssen aber damit wir das schaffen, ganz klar die Krankenhäuser zusammenführen. Wir müssen uns davon verabschieden, dass jedes Krankenhaus sozusagen nach dem Motto „Das Hemd ist mir näher als der Rock“ sozusagen nur für sich denkt und nur für sich das entwickelt, sondern wir müssen die Gesundheitsversorgung regional denken. Wir haben in den letzten Monaten und auch in den letzten Jahren sehr viel an Strukturänderungen und Reformen bereits eingeleitet und ich kann Ihnen/Euch versichern, es braucht sehr viel Kraft, sehr viel Energie, um Widerstände, Ängste, Sorgen, die damit verbunden sind, wenn Reformen durchgeführt werden, sind eben diese Ängste und Widerstände da. Es müssen Privilegien oft abgebaut werden, es müssen Gewohnheiten geändert werden, ja und das schafft natürlich Widerstände. Aber wir sind dabei, in vielen, vielen Verhandlungen, in vielen Gesprächen hier auf einen guten Weg zu kommen.

Drittens: Unsere Spitäler fit machen, das habe ich bereits jetzt angedeutet, in welche Richtung wir das machen wollen. Wir müssen die Spitäler so zusammenführen, dass wir eng kooperieren. Wir müssen die Leistungen abstimmen. Wir müssen Doppelgleisigkeiten abschaffen, damit wir auch in Zukunft unser gutes Gesundheitssystem entsprechend finanzieren können. Wir müssen die Investitionen klug einsetzen, nämlich zunächst die Spitäler, die vorhandenen, von der Kapazität her auslasten und erst dann, wenn es notwendig ist, neue Investitionen tätigen.

Wir haben in der Region Süd, im Pinzgau seit 1. Jänner das Projekt Tauernklinik. Wir haben die Krankenhäuser Mittersill und Zell am See unter ein Dach zusammengeführt, unter ein rechtliches Dach zusammengeführt, gesetzliches Dach. Zwei Häuser in einer GmbH, das heißt wir haben die Möglichkeit, jetzt z.B. ganz genau die Angebote abzustufen, die Angebote abzustimmen und wir können Abteilungen auch über die Häuser hinweg führen, weil es rechtlich ein Krankenhaus ist.

Wir sind dabei, das Krankenhaus Tamsweg und auch das Krankenhaus Hallein an die SALK anzugliedern, damit wir hier im Verbund des Größeren, im Verbund einer größeren Einheit auch das kleine Haus oder die kleinen Häuser entsprechend auslasten können und wir ha-

ben die Möglichkeit, andererseits auch die Landeskliniken zu entlasten, z.B. bei den Operationssälen. Wir können in Zukunft elektive Eingriffe, geplante Eingriffe in Hallein verstärkt machen. Wir können tagesklinische Angebote schaffen sowohl in Tamsweg als auch entsprechend in Mittersill bzw. entsprechend auch in Hallein. Durch diese Abstimmung im großen Verbund wird es möglich, dass wir unsere Krankenhäuser erhalten und die Basisversorgung in den Regionen auch sicherstellen.

Wir haben gerade in Hallein mehrere Projekte versucht, mehrere Kooperationsverträge gemacht, um das Haus auszulasten. Es war aber nicht möglich, weil hier gesetzliche Grundlagen einfach sehr schwierig sind, wenn verschiedene Rechtsträger vorhanden sind. Deshalb haben wir uns entschlossen, auch das Krankenhaus Hallein an die SALK ganz eng anzugliedern.

Die letzte Herausforderung die Einhaltung des Kostendämpfungspfades. Hier sind wir von den gesetzlichen Vorgaben sowieso angehalten das zu machen. Das wird aber eine gewaltige Herausforderung. In den letzten zehn Jahren sind die Patienten von der Anzahl her um 50.000 angestiegen. Das heißt hier mit dem Kostendämpfungspfad noch zurechtzukommen, das wird eine gewaltige Herausforderung.

Damit wir aber die Gesundheitsversorgung auch in Zukunft sicherstellen können, müssen wir all diese angedeuteten Projekte und Reformen umsetzen und ich bitte den Landtag um Unterstützung, dass uns das auch gemeinsam gelingt. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Das war jetzt eine Punktlandung. Bitte Herr Klubvorsitzender Steidl für die SPÖ. Du hast fünf Minuten.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn wir heute die Zukunft der Gesundheitsversorgung von Salzburg besprechen, dann ist es, glaube ich, auch angebracht jenen, die mit ihrer täglichen Arbeit, mit ihrer hohen Kompetenz und mit ihrem Rund-um-die-Uhr-Einsatz einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität in unserem Bundesland leisten, zu danken. Daher von dieser Stelle aus allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in all unseren Gesundheitseinrichtungen, von der Arztpraxis begonnen bis hin zum Spital und bis zur Praxis von unserem Karl Schnell, alle, die dort mitarbeiten, erfolgreich arbeiten, ein herzliches Dankeschön dafür. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Dieser Einsatz, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Einsatz verdient Anerkennung und höchsten Respekt und er verdient außerdem auch eine Politik, die dafür kämpft, dass die hohe medizinische und soziale Kompetenz in diesem Bundesland auch in der Zukunft erhalten bleibt. Dafür trete ich ein und was sind jetzt letztendlich die neuen Herausforderungen, meine Kollegin Klubvorsitzende Gutschi hat es Rahmenbedingungen genannt, ich nenne es Herausforderungen, auf die wir reagieren müssen. Der medizinisch-technische Fortschritt, die zunehmende oder auch abnehmende Häufigkeit von Krankheiten, die Zunahme von alten und hochaltrigen Menschen, eine immer öfter die psychischen Grenzen übersteigende Belastung in unserer Arbeitswelt, lange Wartezeiten, die auf Versorgungsmängel hinweisen, oder die finanzielle Situation öffentlicher Haushalte, das hat auch der Gesundheitsreferent angesprochen, das sind wichtige Ursachen, warum sich das Gesundheitswesen ändern muss.

Die Frage ist, wie die Gesundheitspolitik ganz konkret darauf reagiert, auch in Salzburg darauf reagiert. Wir stehen zu dem, was mit der Gesundheitsreform vereinbart worden ist. Natürlich müssen wir uns ordentlich bemühen, Leistungen in den niedergelassenen Bereich zu verlagern, weil der niedergelassene Bereich unser starkes Fundament der Gesundheitsversorgung der Zukunft sein muss und bilden muss, auf dem alles andere, auf dem alles andere letztendlich dann aufbaut.

Sprunghaft und selten durchschaubar ist jedoch die Methode, wie Du, lieber und geschätzter Gesundheitsreferent Christian Stöckl, die Gesundheitspolitik machst. Du hast jetzt einiges angeführt und ausgeführt in Deinem zehnminütigen Beitrag, der nicht konform geht mit dem, wie dann tatsächlich in der Praxis Politik gemacht wird. Die besteht nämlich überwiegend aus allgemeinen Ankündigungen, die auch Drohungen sein können, solange nicht klar ist was konkret dahintersteckt. Was meine ich damit? Dazu drei Beispiele.

In den vergangenen drei Wochen hast Du folgendes angekündigt. Erstens: Durch Strukturänderungen und durch Einsparungen in den Spitälern muss ein Teil des Aufwandes für die Gehaltserhöhungen der Ärzte in den SALK wieder hereingebracht werden.

Zweitens: Die Abläufe im Spital müssen wieder schlanker werden. Drittens: Der Dienstpostenplan in den SALK wird deutlich verringert, weil der Dienstpostenplan viel zu großzügig angelegt worden ist und im Spitalbetrieb nicht so viele Mitarbeiter benötigt werden. Ich bin der Meinung so geht das nicht. Warum nicht? Weil damit Verunsicherung und Angst verbreitet wird. Die betroffenen Patientinnen und die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fragen sich was das für sie bedeutet und sie bekommen letztendlich keine ausreichende Antwort.

Wozu unüberlegte Ankündigungen geführt haben, hat man in Hallein gesehen. Dass man für Hallein keinen Chirurgie-Primar gefunden hat, hängt sicherlich auch ganz sicher damit zusammen, dass über Nacht der Spitalslandesrat angekündigt hat, die Chirurgie Hallein werde Teil der SALK-Chirurgie und einige Tage später hat der Geschäftsführer der SALK gemeint, dass man die Chirurgie in Hallein überhaupt in Frage stellen muss. Was ist das für eine Strategie? Ich bin der Meinung so findet man keine guten Ärzte. Ein positives Beispiel ist Zell am See. Da haben sich für die Leitung der Chirurgie gleich fünf Ärzte beworben, weil hier Planung, weil hier Ziel und Entscheidung für alle klar formuliert und nachvollziehbar war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir verlangen eine sorgfältige Planung. Zuerst klare Ziele vorgeben und dann offen und gemeinsam beraten, wie man diese erreichen kann. Dazu habe ich Dir, geschätzter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Stöckl, am Beginn Deines Amtes auch die Unterstützung zugesagt. Diese Zusage ist uneingeschränkt aufrecht und es liegt letztendlich an Dir, wie konkret Du uns in die Überlegungen für ein Spitalkonzept der Zukunft für das Land Salzburg einbindest. Ich und die SPÖ sind bereit dazu. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die Grünen Frau Kollegin Kimbie Humer-Vogl. Bitte!

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Landesregierung! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrte Damen und Herren im Publikum!

Durch einen Sturz meiner Jüngsten ist letzten Donnerstag der langersehnte Freibadbesuch kurzfristig in Gefahr gewesen. Allerdings schon 30 Minuten später kam von den äußerst kompetenten und freundlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Halleiner Krankenhauses die Entwarnung. Nichts gebrochen, nur verstaucht, alles halb so schlimm. Wir haben also den Tag doch im Freibad ausklingen lassen können und meine Tochter hat denn resümiert: Mama, wenn man gut drauf ist, dann tut die Hand auch nicht mehr so weh. Auch wenn die Verletzung eine Lapalie war, es zeigt doch sehr deutlich, dass eine regionale Gesundheitsversorgung sehr wesentlich zur Lebensqualität der Bevölkerung in einer Region beitragen kann. Ich bin überzeugt davon, dass das der richtige Weg ist, der eingeschlagen wird, und möchte an dieser Stelle mich auch bedanken bzw. meinen Respekt äußern unserem Landesrat Christian Stöckl gegenüber, denn die Aufgaben und Herausforderungen, denen er sich annimmt, die sind wirklich nicht einfach zu bewältigen.

Wenn wir aber von Gesundheit sprechen, dann ist es mir natürlich besonders wichtig, dass wir auch über psychische Gesundheit sprechen. Psychische Gesundheit hat ja in den letzten Jahrzehnten oft ein eher stiefmütterliches Dasein geführt. Menschen mit psychischer Erkran-

kung werden häufig mit Nachteilen und mit Ausgrenzungen konfrontiert und brauchen würden sie eigentlich Solidarität und Unterstützung. Psychische Erkrankungen werden immer häufiger diagnostiziert, ob sie tatsächlich zunehmen, ist fraglich. Allerdings wissen wir, dass psychische Erkrankungen zuständig sind für sehr viele Berufsunfähigkeiten, für sinkende Lebensqualität und fehlende Lebensjahre. Man kann sich eben nicht aussuchen, ob man an einer psychischen Erkrankung, z.B. an Schizophrenie erkrankt oder ob man sich den Arm bricht.

Was die Regierung, was wir Politiker und Politikerinnen aber machen können, ist dafür zu sorgen oder zu versuchen im Sinne der Prävention, dass diese Erkrankungen vielleicht nicht auftreten. Beispiele: Das psychosoziale Beratungs- und Versorgungszentrum für Kinder und Jugendliche wird nächstes Jahr eröffnet werden. Es wird einen Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie geben und das Kinder- und Jugendhilfegesetz enthält auch sehr viele präventive Ansätze, die hoffentlich verhindern werden, dass es später einmal zu einer schweren Erkrankung kommt. Immer wird es uns nicht gelingen, mittels Prävention den Ausbruch von Erkrankungen zu verhindern. Da ist dann Solidarität gefragt.

Salzburg muss hier zusammenhalten. Es geht nicht an, dass wir anfangen, Prioritäten gegeneinander auszuspielen. Alle Menschen, die psychisch erkrankt sind, haben die bestmögliche Versorgung verdient. Da setzt sich seit 2014 der von Landesrat Schellhorn und Landesrat Stöckl installierte psychosoziale Beirat auseinander mit dieser Frage, da zerbrechen sich Expertinnen und auch Betroffene Kopf darüber, wie wir am besten zu dieser Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung kommen.

Auch wenn wir die beste Gesundheitsversorgung haben, wird es Menschen geben, wo eine Rehabilitation nicht mehr möglich ist. Auch hier ist es unsere Aufgabe, für eine möglichst hohe Lebensqualität zu sorgen. Da geht es um Inklusion. Da geht es um Selbstbestimmung im Sinne der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung. Wir versuchen das z.B., indem wir eine vielfältige Landschaft von Wohnangeboten, Arbeits- und Lebensmöglichkeiten zur Verfügung stellen, um allen Menschen die gleichen Chancen nach Möglichkeit zu geben.

Ich fasse zusammen. Ich glaube wir sind auf dem richtigen Weg. Wir haben noch sehr viel zu tun und ich werde, wir alle werden dafür sorgen, dass der Weg, der eingeschlagen worden ist, auch tatsächlich verfolgt wird und dass wir zu dem Ziel kommen, dass in der Gesundheit auch psychische Gesundheit eine ganz wesentliche Rolle spielt. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die FPÖ Herr Klubobmann Schnell. Bitte!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Wir haben jetzt sehr viel Theoretisches gehört. Jetzt werde ich Ihnen einiges aus der Praxis erzählen. Wir haben am Montag am Abend, diesen Montag eine Sitzung gehabt mit der Ärztekammer und mit der Gebietskasse und es wurde über den Nachtdienst der niedergelassenen Ärzte gesprochen, wie wir das regeln, weil z.B. in Saalbach – und Sie müssen wissen im Winter hat Saalbach ungefähr 35.000 Leute, ist eine kleinere Stadt, mit den Gästen, mit den Mitarbeitern, mit den Einheimischen, das heißt da ist einiges zu tun. Wir sind zwei Ärzte. Wir haben die Praxis, jeden Tag zirka zwischen 80 und 120 Patienten, jede zweite Nacht durchgehend 24-Stunden Notarztdienst und jedes zweite Wochenende. Der Vorschlag der hohen Herren und der Politik, und deswegen ist auch das Problem so groß warum der Christian Stöckl wirklich sich sehr schwer tut, das sind die Belastungen und die gesetzlichen Vorgaben von oben und die Bestimmungen, die er ja nicht ändern kann, und auch der Walter Steidl, als Vorgänger zuständig, auch nicht. Das ist das ganz große Problem und deswegen möchte ich vom Grunde her anfangen.

Wissen Sie was der Vorschlag war? Wir legen die Sprengel zusammen, dafür brauchen wir nicht jede zweite Nacht Dienst machen, sondern nur jede fünfte. Aber wissen Sie wie der Sprengel aussieht? Ich weiß nicht wer sich im Pinzgau auskennt. Der schaut aus Saalbach, Viehhofen, Maishofen, Zell am See, Piesendorf, Kaprun. Ich wünsche dem Kollegen von Piesendorf viel Glück, wenn der einmal nach Saalbach-Hinterglemm hineinfährt. Ich gebe ihm einen Kaffee und ein Essen, weil er kommt nie wieder nach Hause. Das Nächste ist, dass er einen Reservetank braucht, weil in der Nacht haben keine Tankstellen offen, weil da wird er nur mehr hin- und hergondeln und es wird ihm der Tank ausgehen. Das sind die Vorschläge von den Verantwortlichen der Ärztekammer und der Gebietskasse.

Meine lieben Damen und Herren! Ich bin nach einer Stunde aufgestanden und bin nach Hause gegangen und habe gesagt es ist schade um jede Minute, denn das ist etwas Unmögliches, was man den Ärzten hier auferlegt. Dann will man noch, dass damit junge Ärzte in die Praxis kommen. Wie wir früher angesucht haben um einen Turnusplatz im Spital, wir haben jahrelang dort gratis Dienst gemacht, damit wir eine Chance haben, dort als Jungarzt eine Ausbildungsstelle zu bekommen. Heute fahren in etwa junge Turnusärzte vom Krankenhaus Zell am See nach Wien, um dort auf der Universität bei Absolventen des Medizinstudiums zu werben für das wunderschöne Gebiet mit See und Schifahrsmöglichkeiten, alle Sportmöglichkeiten, um als Turnusarzt nach Zell am See zu kommen. Wir bekommen keine. Wir haben nur mehr, fast nur mehr Turnusärzte aus den ehemaligen Ostblockländern mit Sprachschwierigkeiten und dergleichen.

Worauf will ich hinaus? Wenn wir nicht die Grundprobleme der Gesundheitsversorgung lösen, dann werden wir auch das, was Christian Stöckl jetzt umsetzen muss, weil wir natürlich Finanzierungsprobleme haben, nicht lösen können. Da beginnt es schon beim Studium. Sie kennen alle die Bilder. Am Beginn des Medizinstudiums sind Messehallen, Turnsäle voll mit Tausenden, die die Prüfung machen müssen für das Studium. Dann kriegen sie ein Bild vorgesetzt mit Schlangen und andere Bilder und müssen sagen, ob das von oben, von unten, von links oder von rechts fotografiert ist. Das sind die Fragen, die einen jungen, zukünftigen Mediziner ausmachen. Anstatt dass man hergehen würde, diese jungen Menschen von mir aus ein halbes Jahr zum Roten Kreuz, ins Krankenhaus oder in ein Altersheim zu schicken, dort die Leibschüssel wegzutragen, die Urinflasche, den alten Menschen zu reinigen, die Medikamente einzugeben und zu helfen, die Nahrung einzunehmen, wenn er Parkinson hat oder sehr schwach ist. Das braucht keine Voraussetzungen, aber man weiß, ob die jungen Menschen geeignet sind für das Studium. Wir bräuchten weniger Pfleger, die wir nicht haben, und dann hätten wir auch weniger Studenten, die unsere Säle bevölkern und dann aber irgendwo hinwandern nur nicht in unsere Spitäler.

So müsste ich Ihnen jetzt ungefähr zwei Stunden konferieren und Ihnen sagen was sich wirklich abspielt, damit man ein Bild gewinnt, wie wir dieses Gesundheitswesen wieder aufrechterhalten könnten. Aber meine Zeit ist leider aus. Wie soll man so ein wichtiges Thema in zwei Minuten schaffen. Danke. (Beifall der ÖVP-, FPÖ- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für das Team Stronach Salzburg Otto Konrad. Bitte!

Abg. Konrad MBA: Frau Präsidentin!

Ich habe mir in der Vorbereitung Gedanken gemacht über das Thema Gesundheitsversorgung in Salzburg, was ist in den letzten Jahrzehnten geschehen, was ist in Österreich geschehen, welche Richtlinien, Maßnahmen, Vorschriften wurden teilweise auch sogar von der EU uns vorgegeben. Natürlich über den ÖSG, über RSG bis hin zur Zielsteuerung, zum Zielsteuerungsvertrag, den wir hier in Salzburg jetzt umsetzen müssen. Man kommt dann drauf, dass sehr viele Vorgaben, die im Zielsteuerungsvertrag drinnen sind, eigentlich relativ logische Vorgaben sind, wie z.B. nachhaltiges, bedarfsgerechtes und gesamtwirtschaftlich sinnvolles Planen und Handeln. Da frage ich mich, hat es das bis jetzt noch nicht gegeben im Gesundheitswesen? Orientierung an den Rahmen- und Gesundheitszielen. Ja, hat es die bisher noch nicht gegeben? Bekenntnis zur Qualität. Ja, hat es die bis jetzt nicht gegeben? Selbstbestimmung Bürger und Patientenorientierung. Ist das jetzt für die Zukunft? Hat es das bis jetzt nicht gegeben? Und Transparenz und Wirkungsorientierung. Das steht in dem Zielsteuerungsvertrag drinnen und unterschreiben wir wahrscheinlich alle.

Gleichzeitig, muss man jetzt ganz ehrlich sagen, in der Vergangenheit, in den letzten Jahrzehnten hat es zwei Themen in der Politik gegeben, wo man gut punkten hat können. Das eine war das Gesundheitswesen, das andere war die Pension, Pensionsreform schieben wir hinaus, schieben wir hinaus. Nicht viel anders ist es im Gesundheitswesen.

Mit der Umsetzung des Zielsteuerungsvertrages jetzt hier in Salzburg sind natürlich sehr, sehr viele neue Aufgaben auf unseren Landesrat und auf die zuständigen Mitarbeiter gekommen, die natürlich jetzt einige Dinge, ich will jetzt gar keine aufzählen, immer wieder fällt das Wort historisch gewachsen. Ja, das war immer so und warum sollte man das jetzt ändern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir viele Dinge nicht wegleugnen können und eines gehört sicherlich auch dazu, dass wir gewisse Leistungen, speziell im Gesundheitswesen, wir einfach einmal hinterfragen müssen, welche Qualität, wie sinnvoll ist es und vor allem was kostet es. Eines ist schon klar, dass auch aus Wien ganz klar die Vorgabe gekommen ist, dass man das natürlich auch kostengünstig machen sollte. In dem Moment, wo man kostengünstig einmal in den Mund nimmt im Gesundheitswesen, wird sofort darüber gesprochen kostengünstig ist gleich Ramsch. Die Leute glauben, das bedeutet wahrscheinlich, dass man nicht wieder gesund wird.

Punkt fünf: Im Bundeszielsteuerungskatalog steht drinnen: Die kurative Versorgung erfolgt nach dem gemeinsam festgelegten Best Point of Service. Genau dieser Best Point of Service stellt, wenn man das Best Point of Service ins Internet eingibt, im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen, kriegt man 2.500 Artikel, a von der Ärztekammer, von Politikern, und alle diskutieren eigentlich genau um diese Aussage was bedeutet, was ist jetzt tatsächlich der Best Point of Service. Der Best Point of Service für Salzburg ist ein ganz ein anderer, sage ich einmal, wie in Wien, weil das ist eine Großstadt, wir haben unglaublich große zusätzliche Herausforderungen aufgrund unserer Topografie. Und warum habe ich gesagt mit Gesundheitswesen kann man politisch schwer, politisches Kleingeld damit lukrieren? Weil, wie unser Landesrat bereits gesagt hat, der Gesundheitslandesrat, es auch zu sinnvollen Veränderungen, ich sage nicht Einschnitten, aber sinnvollen Veränderungen kommen muss, weil sonst können wir uns das Gesundheitswesen hier in Salzburg, in Österreich, in dieser Form nicht mehr weiter leisten.

Ich möchte mich recht herzlich bedanken für diese teilweise wahrscheinlich sehr unangenehmen Verhandlungen. Am Anfang habe ich mir gesagt soll ich da irgendwie in die Vergangenheit zurückgehen, was da alles versäumt ist worden. Nein, das ist ad acta gelegt. Die Verhandlungen mit Personal, sie wurden, ich glaube soweit einmal abgeschlossen, werden sicher nicht sehr angenehm gewesen sein. Ich glaube es kommen noch einige wichtige Fragen auf uns zu, die zu klären sind, heute Mittag haben wir wahrscheinlich schon wieder die nächste zum Thema der radiologischen Versorgung im Pinzgau, auch so ein Thema.

Meine Unterstützung, Herr Landesrat, haben Sie und ich glaube, dass wir gemeinsam sehr wohl in der Lage sind, hier den Best Point of Service für Salzburg zu finden. Dankeschön.
(Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Es gilt das Gleiche wie für den Karl Schnell. Es gibt noch eine Runde und es gibt noch eine Möglichkeit, alles Wesentliche zu sagen. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Danke sehr Frau Präsidentin.

Ich muss eine Berichtigung zu Dir, lieber Walter Steidl, sagen, und zwar Du hast einen Zeitungsartikel zitiert, wo Paul Sungler verkürzt dargestellt wurde und damit falsch. Er hat nie gesagt die Chirurgie in Hallein braucht es nicht und wird in Frage gestellt, sondern ganz im Gegenteil. Er hat gesagt es ist die Frage, ob sie in dieser Form weitergeführt werden muss. Die Chirurgie ist ein Schlüsselfach und muss selbstverständlich erhalten werden. Wir schaffen es nur, wenn wir das gemeinsam mit den Landeskliniken machen.

Beim Dienstposten der SALK war es so, dass es nicht um den Dienstpostenplan es sich handelt, sondern den Stellenplan. Das ist eine theoretische Sache. Der Stellenplan war mit über 400 Stellen weit überdimensioniert und da habe ich angekündigt, den auf ein realistisches Maß sozusagen zurückzufahren. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für die tatsächliche Berichtigung. Als Nächster zu Wort kommt unser Kollege Sampl für die ÖVP.

Abg. Ing. Sampl: Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann mit allen Mitgliedern der Regierung! Hohes Haus! Liebe Besucherinnen und Besucher!

Ich bin im Lungau zu Hause und durfte die letzten Monate, fast ein Jahr, eine sehr emotionale Diskussion mitverfolgen um die Veränderungen im Gesundheitsbereich. Ich bin dankbar und froh, dass Dr. Karl Schnell Mitglied des Hohen Hauses ist. Du sprichst mir aus der Seele, lieber Karl. Wenn wir im Lungau in einem kleinen Haus um Turnusärzte kämpfen, wo wir froh sind, dass der ärztliche Direktor gute Kontakte nach Ungarn, nach Tschechien hat, weil er nämlich selber gebürtiger Tscheche ist und damit die Turnusärzte halbwegs auffüllen kann und ich bin dankbar und froh, dass wir einen Spitalsreferenten im Land Salzburg haben, der früher Sprecher der Gemeindespitäler war. Christian Stöckl macht seine Aufgabe hervorragend. Wir bekommen so auch in Tamsweg 105 neue Betten, die auf dem besten

Qualitätsstandard sind, und es werden in ein weit abgelegenes kleines Krankenhaus in etwa 17 Mio. Euro an Geld hineingesteckt.

Mir hat es auch gut gefallen, wenn wir gehört haben, dass der erste und richtige Ansatz wohl der sein muss, Kimbie Humer-Vogl hat es gesagt, dass wir in die Prävention investieren und dass es uns allen am liebsten ist, wenn wir keinen Arzt brauchen, wenn wir uns gut ernähren, wenn wir in der Bewegung richtig unterwegs sind und auch die Untersuchungen, die notwendig sind, um Schlimmeres zu verhindern, regelmäßig besuchen.

Wenn wir einen Arzt brauchen, dann gilt es zusammen zu helfen und den Zugang niederschwellig zu ermöglichen. Da gibt es selbstverständlich Personal, das hervorragende Arbeit leistet, aber es gibt viele Partner, die zusammenhelfen. Ich denke an das Rote Kreuz. Ich denke an die Gemeinden, die mithelfen, auch z.B. Ärzterotation zu ermöglichen. Wir im Lungau gehen den Weg, dass der Regionalverband eine Wohnung zur Verfügung stellt, um genau jungen Ärzten aus anderen Ländern Wohnmöglichkeiten zu bieten oder für eine Rotation zwischen SALK und Krankenhaus Tamsweg, auch kurzfristig Plätze für ein oder zwei Nächte zur Verfügung zu stellen.

Die Gemeinden helfen mit im Bereich der Seniorenwohnheime und helfen wohl auch am besten den pflegenden Angehörigen zu Hause. Für uns ist es wichtig, dass die Räder an der richtigen Stelle ineinander greifen, dass von Tamsweg z.B. die Überstellung eines Patienten zur SALK zum richtigen Zeitpunkt erfolgt, dass das Pflegepersonal mit Reha und anderen Persönlichkeiten bzw. anderen Institutionen richtig kommuniziert, nicht nur dass unnötige Wartezeiten für Patienten vermieden werden, sondern vor allem auch um wirtschaftlich das anständig führen zu können.

Du hast es angesprochen, lieber Karl Schnell, dass die Ausbildung ganz stark in Bundeshand liegt und ich selber werde das Gefühl nicht los, dass man das teilweise bewusst macht, um auch Kosten zu sparen, um die medizinische Versorgung einzudämmen und damit verbunden sich Wartezeiten, die wir nicht wollen, und die ein Spitalreferent namens Christian Stöckl durch ausgezeichnete Organisation, durch manchmal auch schmerzhaft und persönlich sehr fordernde Einschnitte auch für einen politisch Verantwortlichen versucht auszugleichen. Ich finde gut, wenn es Transparenz gibt im Gesundheitsbereich. Der Patient soll wissen, welche Leistung er bekommen hat, er soll aber auch wissen, wieviel das gekostet hat, um auch das Bewusstsein zu bilden und mit der Gesundheit sorgsam umzugehen.

Wir alle können den Wind der Veränderung wohl nicht abstellen. Wir können nur die Segel richtig stellen. Ich glaube, dass das viele Bereiche gemeinsam machen. Spitalsreferenten der Vergangenheit haben das nach bestem Bemühen gemacht. Es macht jetzt Christian

Stöckl ebenso gut und wahrscheinlich noch besser und noch fordernder und ich wünsche Dir, lieber Christian, und uns allen, dass das weiterhin gut geht. (Beifall der ÖVP-, Grünen-, FPÖ- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die SPÖ Herr Kollege Brand. Bitte!

Abg. Brand: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Gäste! Werte Besucher der heutigen Sitzung!

Man könnte es sich jetzt leicht machen, die Gesundheit anhand von Statistiken feststellen und andere Statistiken vergleichen. Ich habe mir das ausgedruckt eine weltweite Vergleichsstudie von Spitalsbetten auf 10.000 Einwohner gerechnet. Wenn man sich das anschaut, ist an dritter Stelle Nordkorea mit 132 Betten, an fünfter Stelle Russland, an vierter Stelle Weißrussland. Das zeigt mir, dass gerade in der Gesundheitsversorgung eine Statistik über Krankenhausbetten eigentlich keine Aussage hat, denn es sagt uns nichts aus über die Qualität der Betten, die dort aufgestellt werden oder aufgestellt worden sind, weil es liegt der Verdacht nahe, dass in diesen Ländern oft auch Feldbetten als Spitalsbetten gerechnet werden.

Die Qualität in unserem Bundesland der Gesundheitsversorgung ist Gott sei Dank auf einem sehr hohen Niveau und ich glaube wir müssen auch dahinter sein und Reformen gehen, damit dass das weiterhin so bleibt. Die Anforderungen werden steigen. Das bringt alleine schon die Altersstruktur der Bevölkerung mit sich. Die Menschen werden immer älter. Vor 20 Jahren haben wir keinem 100-Jährigen gratuliert. Jetzt ist es schon fast an der Tagesordnung, dass wir als Bürgermeister 100-Jährigen gratulieren gehen müssen. ...

(Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Haslauer: Dürfen!)

... Dürfen, Entschuldigung, die Ehre haben, 100-Jährigen zu gratulieren. Aber auch der Freizeitsport wird immer gefährlicher, wird immer mehr – haben Sie gerade gestern oder heute in der Früh im Radio gehört, es hat leider wieder zwei Tote gegeben eben durch gefährliche Sportarten oder durch gefährliche Forschungen, und das ist natürlich auch für die Gesundheitsvorsorge oder –versorgung eine Herausforderung.

Aber auch die Gäste werden immer mehr in unserem Bundesland, was ja schön ist und für die Wirtschaft gut ist. Aber auch diese Gäste, gerade um die Weihnachtszeit, sind natürlich auch mitzuversorgen und wir haben im Land Salzburg über 200.000 Gästebetten. Also das heißt in Spitzenzeiten haben wir eine Bevölkerung zu versorgen von fast 800.000 Leuten in unserem schönen Bundesland.

Was ist im Lungau geschehen? Auf das möchte ich ein bisschen eingehen, weil der Lungau auch betroffen ist davon. Der Lungau hat 20.000 Einwohner, zurzeit haben wir es eigentlich nicht mehr, nur mehr 84 Spitalsbetten. Also bis vor kurzer Zeit haben wir 138 Spitalsbetten gehabt, aber der Lungau hat neben den 20.000 Einwohnern auch 10.000 Gästebetten und wir haben auch einen Einzugsbereich aus der Steiermark, wo ungefähr 10.000 Leute in unserem Bezirk sich orientieren und das als ihren Lebensmittelpunkt ansehen.

Am Anfang hat es geheißen wir machen im Krankenhaus Tamsweg 76 Betten. Dann ist ein gewisser Druck entstanden, dann waren wir plötzlich bei 84 Betten. Dann durch einen größeren öffentlichen Druck sind wir jetzt bei 105 Betten gelandet. Da frage ich Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Ihr wollt immer mehr Betten und jetzt sagst Du sind wir in Weißrussland!)

... Nein, das habe ich jetzt nicht gesagt. Jetzt sind wir bei 105 Betten und jetzt frage ich Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, hat es dazu erst den Druck aus der Bevölkerung gebraucht, dass man eine gewisse Bettenanzahl im Lungau erhalten kann und eine gewisse Bettenanzahl kriegen, die für den Bezirk vernünftig und ausreichend ist. Mir macht es den Anschein, dass dem so ist und darum fordere ich Sie auf oder bitte ich Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, dass Sie für die Zukunft Konzepte präsentieren, die auch für die Peripherie eine Bedeutung haben, die uns eine ausreichende Versorgung mit Krankenbetten gewährleisten und nicht nur auf den Zentralraum abgestimmt sind. Ich bitte sehr, investieren Sie in die Gesundheitsvorsorge, investieren Sie in die Gesundheitsversorgung, investieren Sie in das Personal in den Krankenhäusern. Das sind Investitionen für die Zukunft, die sich für uns doppelt und dreifach rechnen, denn durch eine gute Gesundenversorgung und – vorsorge bleiben wir länger gesund und auch vielleicht länger in der Arbeit. Vor allem sorgen Sie dafür, dass dafür ein flächendeckendes Konzept erstellt wird für das ganze Bundesland und nicht die Angst, die ich habe, durch die Zusammenführung der drei Häuser unter der SALK, dass irgendwann einmal die Peripherie auf der Strecke bleibt, da man durch den Ärztemangel die Ärzte im Zentralraum Salzburg braucht und dadurch auch die Bestandsgarantie für unseren kleinen Bezirk nicht mehr schlagend ist, weil man keine Ärzte mehr haben, die das Krankenhaus besetzen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zur tatsächlichen Berichtigung, Herr Klubvorsitzender Steidl. Bitte!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Zur tatsächlichen Berichtigung. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Du hast gemeint das Zitat vom Sungler wäre so nicht korrekt wiedergegeben.

Ich habe es vom 7. Februar aus den Salzburger Nachrichten. Sungler, SN-Interview: „Es ist nicht unbedingt notwendig, die Chirurgie in Hallein am Leben zu erhalten.“ ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Das ist das falsche Zitat!)

... Jetzt rede ich. Es ist so oft, dass jedes Zitat irgendwie falsch ist, was man hier in den Salzburger Zeitungen nachlesen kann. Der Hintergrund war die Geschichte mit dem Unfallkrankenhaus, wo gemeint wurde von Prof. Reschen man muss zuerst schauen, wie das mit den Kooperationen aussieht mit der SALK. In diesem Zusammenhang hat Sungler hier ein Zitat verwendet, dass man das gar nicht braucht. Das steht so in den Salzburger Nachrichten drinnen, aber vielleicht kann das der Herr Sungler ja auch aufklären. ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Das ist aber falsch. Falsch zitiert!)

... Was soll die Bevölkerung glauben, wenn sie solche Dinge liest. Das steht so drinnen. Ist auch für die Patientinnen und Patienten nachlesbar. Das schreib ja nicht ich.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit ist die tatsächliche Berichtigung erledigt. Danke vielmals. Das Wort hat Klubobmann Cyriak Schwaighofer von den Grünen.

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Vielen Dank. Wir werden wahrscheinlich in Zukunft einfach ein paar Redakteure der Medien bei uns haben müssen, um Nachweise antreten zu können oder so irgendwas.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Titel lautet „Die Zukunft der Gesundheitsversorgung im Bundesland Salzburg“. Ich möchte eingangs zitieren aus dem aktuellen SAGES-Bericht, der seit wenigen Tagen bei uns liegt, und wo der Obmann der Gebietskrankenkasse Andreas Huss auch im Vorwort dazu schreibt. Huss ist ja, soweit ich weiß, bekennender Sozialdemokrat auch, er schreibt etwas, was für uns in Salzburg zumindest nicht ganz schlecht ist und was die Dinge ein bisschen relativiert, die zum Teil gesagt worden sind. Er schreibt hier: Die Partner der Zielsteuerung Gesundheit, Land und Sozialversicherung beschreiten im Bundesland Salzburg nach diesem Leitprinzip der Gesundheitsreform neue Wege in der Gesundheitspolitik. Und weiter: Die neu geschaffenen Strukturen der Gesundheitsreform werden etwas Zeit brauchen, um sich zu etablieren. Die Leitlinien sind vielversprechend im Sinne einer besseren und zukunftssicheren Gesundheitspolitik. Festzuhalten ist, dass Salzburg bereits jetzt in der Gesundheitsversorgung eine positive Bilanz ziehen kann. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Zusammenarbeit zwischen Land, Sozialversicherung, Ärzteschaft und

anderen Gesundheitsberufen funktioniert. Das ist zumindest eine tröstliche Mitteilung des Obmannes der Salzburger Gebietskrankenkasse im Salzburger SAGES-Bericht.

Ich möchte gerne auf etwas anderes eingehen, weil ich das Gefühl habe immer wieder, wenn ich zu diesem Thema etwas sage, wir stehen da vor einer fast unlösbaren Aufgabe. Die Anforderungen der Patienten werden scheinbar immer größer. Der medizinische Fortschritt schreitet voran und das Ganze scheint sich explosionsartig fast auszuweiten und uns kostenmäßig irgendwann einmal völlig zu überfordern. Wir sehen ja auch, dass notwendige Einsparungsversuche immer wieder getätigt werden. Ich habe ein bisschen nachgeschaut bei meinen Unterlagen und habe eine Pressemeldung eines bekannten Salzburger Gesundheitsexperten, der selber Arzt ist, und das Europäische Forum für Gesundheit in Gastein gegründet und auch geleitet hat, und es ist einfach, glaube ich, für uns einmal gut einmal den Blick über das Land Salzburg hinauszurichten und uns wieder einmal zu überlegen, wo liegen wir vielleicht in Salzburg, in Österreich überhaupt ein bisschen daneben in unserer Gesamtentwicklung, wo müssen wir gegensteuern insgesamt.

Er sagt zum Beispiel: Österreich hat eine Überhospitalisierung im Gesundheitswesen, eine Überdiagnostik und eine Überbehandlung. Was meint er mit der Überhospitalisierung? Wir haben extrem viele Krankenhausbetten auf die Einwohnerzahl. Ein paar Vergleiche nur, wieder einmal ganz kurz, ich schließe beim Kollegen an. In Österreich gibt es 7,7 Betten auf 1.000 Einwohner, in Deutschland 8,2, in Schweden 2,8, in Norwegen 3,3. Die Frage mag nicht ganz unberechtigt sein: Gibt es dafür medizinische Gründe? Ist das in Norwegen und in Schweden völlig anders als bei uns? Gibt es dort bei den Bürgerinnen und Bürgern andere unterschiedliche Gesundheitszustände im Vergleich zu uns? Ich glaube nicht, im Großen und Ganzen glaube ich nicht. Man könnte höchstens noch den Tourismus bei uns anführen als eine Maßnahme. Aber das erklärt einfach nicht diesen hohen Überhang an Akut- und an Spitalsbetten.

Die Frage, die sich daraus ergeben könnte, könnte ja sein, wenn wir so viele Spitalsbetten haben, dann müssten wir eigentlich deutlich weniger Hausärzte brauchen. Aber auch das stimmt nicht, wie er in Zahlen nachweist. Wir haben nämlich in Österreich auch deutlich mehr Hausärzte, deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Das heißt wir haben hier mehrfach ein System, das deutlich über, würde ich einmal sagen, momentan überausgestattet ist.

Ich komme jetzt zu einem kurzen Schluss, weil es nicht länger geht. Ich finde Christian Stöckl hat einen - und auch andere - entscheidenden Punkt gesagt. Wir werden das System nicht in den Griff bekommen, wenn wir nicht ganz massiv in allen Bereichen die Lebensführung und Lebenshaltung der Menschen zu verändern versuchen durch Prävention in allen möglichen Bereichen, durch entsprechende Umweltschutzmaßnahmen, die ein gesünderes

Leben ermöglichen, durch Maßnahmen in den Betrieben, die die psychischen Belastungen reduzieren. Das heißt, wenn wir immer erst eine End of Pipe Behandlung machen, dort, wo die Kranken sozusagen dann herausgekommen, dann werden wir das Problem nicht lösen.

Ich glaube wir müssen ganz woanders auch ansetzen und daher ist es notwendig und richtig, ganz stark in die Prävention hineinzugehen und die Zielsteuerung Gesundheit, glaube ich, geht da einen guten Weg, wenn sie dafür entsprechende Mittel zur Verfügung stellt. Ich würde meinen, wir brauchen noch mehr davon und wir müssen vor allen in allen Richtungen schauen und auf allen Ebenen schauen, dass hier das Bewusstsein in der Bevölkerung verändert wird und sich damit auch das Verhalten ändert und wir dann dieses Problem, das sonst aus meiner Sicht nicht lösbar ist, in den Griff bekommen. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die FPÖ noch einmal Klubobmann Karl Schnell. Bitte!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus!

Cyriak, ich gehe jetzt auf Deine Statistik nicht ein, weil sonst verbrauche ich meine ganze Redezeit, um das irgendwo zu widerlegen.

Ich fange dort an, wo ich schon die Problembereiche gesagt habe. Wir haben Tausende Medizinstudenten und keine Turnusärzte. Warum? Fangen wir da einmal an beim Medizinstudium und wie können wir es lösen. Ich habe Euch Lösungsansätze hier hundertmal, immer dasselbe gesagt. Ein jeder von den anderen Fraktionen sagt ja, das wäre eigentlich gescheit was der Schnell sagt, aber es wird nicht gemacht. Ich frage mich warum. Wir haben Tausende deutsche Studenten, die alle dann gehen, und wir müssen jetzt schon froh sein, wie es der Kollege Sampl auch gesagt hat, dass wir aus Ungarn und Tschechien Turnusärzte bekommen.

Jetzt habe ich Euch das mit den Hausärzten gesagt, wie das gehen soll. Cyriak, wenn Du glaubst, dass wir zu wenig Hausärzte haben und zu wenig Betten in den Spitälern, dann komme bitte nur einmal zwei Tage zu mir und dann schaust Du Dir an, wie schwierig es ist, ein Bett im Spital zu bekommen, einen Facharzt zu bekommen, wo Du schon jahrelang warten musst auf die Termine, dann kann Deine Statistik nicht stimmen. Aber gehen wir weiter.

Ein Beispiel aus der Bürokratie. Warum sparen wir nicht bei denen ein, die ständig kontrollieren. Schauts einmal die Verwaltung in den Krankenhäusern kostet immer mehr und bei der Medizin spart man ein. Nur ein Beispiel, Cyriak. Ein Patient kommt von der SALK am Nach-

mittag zu mir, Onkologiepatient, Krebspatient. Er braucht am Abend dringend ein Medikament. Das musst du bewilligen lassen in der Gebietskasse. Du sagst deinem Mädchen im Vorzimmer bitte schicke ein Fax an die Gebietskasse er braucht das Medikament noch heute. Erste Faxantwort Absage. Zweites Fax, noch einmal ein Versuch mit dem Befund vom Krankenhaus, dass er das Medikament dringend braucht heute. Wieder eine Absage. Drittes Fax, noch einmal ein Schreiben von mir dazu, dass das bitte vom Facharzt verordnet ist, dass wir das heute Nachmittag brauchen nicht morgen. So und das vierte Fax dann: Wenden Sie sich in den Kernzeiten an die Gebietskrankenkasse. Was ist eine Kernzeit? Um zwei Uhr Nachmittag arbeiten die schon nicht mehr. Er braucht aber am Abend das Medikament und nicht am nächsten Tag.

Psychiater. Die Frau Kollegin Humer-Vogl hat völlig Recht. Ja krieg einmal einen Termin bei einem Facharzt in der Peripherie draußen. Gibt es keinen. Da rufst Du durch bitte. Aber Fachärzte, da seid Ihr Euch einig, haben wir viel zu wenig, praktische Ärzte, Spitalsbetten haben wir zu viele, was ich so herausgehört habe aus Eurer Diskussion und Eurem Beitrag.

Das ist es. Die Bürokratie erschlägt uns. Draußen hast du 50 Patienten warten. Keiner wartet gerne und du bist beschäftigt mit fünf Faxen, sechs Telefonaten, damit du ein Medikament bekommst, das der Mensch dringend, weil er schwer krank ist, am Nachmittag braucht. Da sind die Hebel anzusetzen. Schaffts diese Kontrolllore ab, die uns so viel kosten, weil der Facharzt im Krankenhaus, der Onkologe wird das nicht zum Spaß aufgeschrieben haben. Der hat ja das studiert genauso wie ich auch einem Psychiater glaube, wenn er mir einen Arztbrief schickt, einen Facharztbrief, und ich selbstverständlich dessen Anweisungen als Hausarzt befolge.

Das sind die großen Probleme. Wir bauen an Bürokratie auf und in der Medizin bauen wir ab. Immer mehr und immer mehr. Das ist das große Problem. Und das sehen wir draußen. Das spüren wir. Der Druck von den Patienten ist ja da. Die sind völlig verzweifelt. Du musst einen alten Menschen umherschicken, zum Internisten, zum Augenarzt. Überall kriegst du keine Termine. Der praktische Arzt ist verzweifelt da unten und dann soll er die Nachtdienste machen, die Nachtversorgung, die Wochenendversorgung, weil wir die Ambulanzen einsparen und zusperren und die Betten reduzieren. Genau das ist es. Wenn man da nicht endlich einmal und es ist richtig angesprochen worden, auch vom Kollegen Sampl, wir werden von oben dirigiert durch gesetzliche Bestimmungen, z.B. bei den Chirurgen die Fallzahlen. Jemand, der nicht fünf Blinddarme operiert hat in einer Woche, darf keinen mehr operieren. Darf ich jetzt plötzlich einen Morbus Parkinson, wenn ich schon zwei Wochen keinen Patienten mehr gehabt habe, nicht mehr behandeln oder wie schaut das aus. Wir kriegen lauter Vorgaben, die der Kollege Sampl völlig richtig erkannt hat, die deswegen gemacht werden, damit wir die Einsparungsmaßnahmen, die wir machen müssen, weil kein Geld mehr da ist,

aber leider zum Leid des Patienten und der Ärzte, die das ausbaden müssen, machen, das ist das große Problem.

Es sitzen halt die Theoretiker oben, die Praktiker werden nicht gehört und dann kommen solche Sachen heraus, die wieder dazu führen, dass wir mehr Ärzte kriegen noch dass der Patient dementsprechend gut versorgt wird. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für das Team Stronach Salzburg Herr Klubobmann Naderer.

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Salzburger Landesregierung! Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Liebe Jugendliche im Zuschauerraum! Liebe steuerzahlende Zuhörer und Zuschauer an den Monitoren!

Dass der Landeshauptmann bei der Bildung dieser Regierung für das Finanzressort nach dem Megaspekulationsskandal einen Marathonläufer gebraucht hat, das war mir klar. Dass man einen Marathonläufer aber auch für die Spitalspolitik und für die Gesundheitspolitik braucht, hat sich für mich dann erst herauskristallisiert, als ich sah, welche zwei große Baustellen hier vom Landeshauptmann-Stellvertreter Christian Stöckl übernommen worden sind.

Es ist angeführt worden, wir sind natürlich drauf und dran, gesellschaftliche Veränderungen hinnehmen zu müssen, die wir auch im Gesundheitssystem berücksichtigen müssen. Auch die Medizin schreitet voran. Ich glaube es gibt monatlich neue Erfindungen, wie man besser operieren und auch behandeln kann und auch die gesetzlichen Voraussetzungen sind zu ändern.

Aber, lieber Karl Schnell, ich glaube was Du sagst, das stimmt schon mit diesen Ausbildungen, nur ist der Salzburger Landtag wahrscheinlich nicht die richtige Institution, weil wir die Ausbildungsverordnung für Ärzte oder das Studium hier nicht bestimmen können, sondern das ist ein Bundesgesetz und deswegen ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Wir haben auch Nationalräte!)

... wäre es wichtig, dass da vielleicht im Nationalrat entsprechende Initiativen gesetzt werden.

Ganz wichtig ist auch der Paradigmenwechsel von der Reparaturmedizin zur Vorsorgemedizin. Da muss ich auch sagen, dass die Krankenkassen inzwischen so gescheit sind, dass sie etwa die Mundhygiene zahlen und nicht im Nachhinein Zahnersatz und sonstige Sachen

machen, sondern dass da wirklich jetzt ein Umdenken stattgefunden hat. Jahrzehntlang ist ja das offenbar nicht gegangen.

Die Ärzte im ländlichen Bereich, da muss ich schon sagen eine Ärztekammer sollte an sich Vertreter der Ärzte sein. Ich kann da ein Beispiel erzählen von der Mattseer Landesstraße zwischen Elixhausen und Kothäusl, da gibt es das BZI, die werden von der Ärztekammer verfolgt. Erstens einmal weil sie eine Werbung draußen hängen haben, das ist ein Hinweiszeichen, was immer. Wenn das die Sorgen der Ärztekammer sind, dass man da private Initiativen mit Wahlärzten sabotiert, das steht der Ärztekammer nicht an, glaube ich.

Zum anderen hat man vielleicht sogar den Eindruck, dass die Ärztekammer noch mehr Einfluss hat und noch mächtiger ist als die EU, denn die kann offenbar verhindern, dass deutsche Ärzte dort arbeiten und man nachher einen Arzt, der dort als Zahnarzt gearbeitet hat, wieder ausstellen muss, weil es der Ärztekammer nicht gepasst hat. Da ist vieles im Argen in dem Bereich was die Bürokratie betrifft und es ist wahrscheinlich im Ärztebereich, wie zuerst vom Praktiker geschildert, genauso wie bei der Polizei. Es zählt nur mehr die Bürokratie und die Statistik. Was wirklich vor Ort los ist, interessiert keinen Menschen. Es muss nur die Statistik stimmen und das ist der verkehrte Weg.

Zu dem Zusammenlegen von Tätigkeiten in den Spitälern muss ich sagen, das ist auch der richtige Weg, den da der Christian Stöckl eingeschlagen hat. Es kann nicht jedes Spital alles anbieten. Man muss halt einmal, wenn es um die eigene Gesundheit geht, auch ein paar Kilometer in Kauf nehmen und vielleicht in eine andere Stadt, in eine andere Ortschaft fahren. Wenn einer sich Turnschuhe kaufen will, fährt er auch von Innergebirg zum Europark oder wo immer. Dann wird er das bei der Gesundheit wahrscheinlich auch in Kauf nehmen müssen und die Akutmedizin ist, glaube ich, vor Ort so und so nicht in Gefahr.

Ich denke Gesundheit ist unser höchstes Gut. Ihre Erhaltung und Wiederherstellung war einer der Prämissen der Regierungsrundung und Christian Stöckl verfolgt dieses Ziel so, wie wir uns das vorgestellt haben und ich möchte mich von unserer Seite auch bei ihm ganz herzlich bedanken und ihm weiterhin viel Kraft und Energie für dieses wichtige Ressort wünschen. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Wir haben jetzt fast eine Punktlandung mit der Aktuellen Stunde hingelegt. Danke für die Disziplin bei den Wortmeldungen.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich eine Entschuldigung nachtragen. Unser Herr Landesrat Schellhorn ist ab 17:30 Uhr entschuldigt, weil er einen

Arzttermin dringend wahrnehmen muss. Ich ersuche jetzt die Zweite Präsidentin, bitte den Vorsitz zu übernehmen. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (hat den Vorsitz übernommen): Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir setzen fort mit dem

Punkt 8: Mündliche Anfragen

Es wurden insgesamt zwölf mündliche Anfragen eingereicht und nach der Fragestellung möchte ich darauf hinweisen, dass das befragte Mitglied der Landesregierung fünf Minuten Zeit hat, eine Antwort zu geben, der Anfrager noch zwei Minuten zu replizieren. Die erste

8.1 Mündliche Anfrage der Abg. Hirschbichler MBA an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Salzburgs Zukunft bei Wirtschaft ohne Wachstum

Du bist am Wort. Bitteschön!

Abg. Hirschbichler MBA: Danke Frau Präsidentin!

Die ÖVP-geführte Landesregierung will über eine Wirtschaft ohne Wachstum nachdenken. Gemäß Interview mit den Salzburger Nachrichten vom 21. April macht sich Frau Dr. Rössler keine Freunde, weil sie meint wir müssen uns Gedanken machen, wie Wirtschaft auch ohne Wachstum ausschauen kann. Frau Dr. Rössler wünscht sich, dass die Salzburger lernen, Wirtschaft auch ohne Wachstum zu denken. Diese Zeilen wurden auch in Chefetagen deutscher, für Salzburg nennenswerter Firmen, aufmerksam gelesen und lösten entsprechende Verwunderung aus. Ich konnte mich selber in einem Gespräch mit namhaften Proponenten von deutschen Firmen davon überzeugen.

Andererseits steht im Arbeitsübereinkommen Ihrer Landesregierung, Herr Landeshauptmann: Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit im Land Salzburg dient dem gemeinsamen Wohl der Bürgerinnen und Bürger in Salzburg. Salzburg muss auch weiterhin ein starker Wirtschaftsstandort bleiben und für qualitatives Wachstum stehen. Dritter Punkt: In einer Einladung zur Vollversammlung und zum Industrieempfang der Industriellenvereinigung am 30. Juni 2015 heißt es: Österreich verliert in internationalen Rankings weiter an Boden, die Wettbewerbsfähigkeit befindet sich seit Jahren im Sinkflug. Der Wirtschaftswissenschaftler

Christoph Braunschweig hielt hier einen Vortrag zu „Wirtschaftswachstum ohne Österreich? Warum wir Hayek und die Österreichische Schule brauchen.“

Angesichts dieses immensen Spagates, Herr Landeshauptmann, zu dem ich eigentlich aus dieser Sicht gratuliere, nämlich auf der einen Seite die Philosophie Wirtschaft ohne Wachstum und auf der anderen Seite die extrem neoliberale Doktrin von Friedrich August Hayek möchte ich Sie fragen:

Wie können Sie als Landeshauptmann und Wirtschaftsreferent des Landes Salzburg und Obmann der selbsternannten Wirtschaftspartei diese Aussagen Ihrer Koalitionspartnerin gegenüber den einheimischen und ausländischen Unternehmen vertreten?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landeshauptmann bitte!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Danke Frau Abgeordnete. Ich finde es hochinteressant, dass Sie sich auf die Seite der Österreichischen Schule der Nationalökonomie von Carl Menger, Eugen Böhm-Bawerk, Ludwig Mises und Friedrich August von Hayek schlagen. Das ist wirklich für mich ein bemerkenswerter Schritt, den man wahrscheinlich nur dann gehen möchte, wenn man krampfhaft versucht, irgendwem wirtschaftspolitisch ans Zeug zu flicken.

Diese Schule der Österreichischen Nationalökonomie, die gerade in den USA wieder eine Renaissance erfährt, geht ja von dem Grundsatz aus, dass das wichtigste Ziel der Politik die Freiheit ist, die gleichzeitig auch die Beschränkung der Politik ist und dass Wettbewerb ein Entdeckungsverfahren ist und wer Gewinne sozialisiert, Frau Abgeordnete, und den Wettbewerb behindert, der muss mit Dynamikverlust rechnen. Das in Kurzformel umschrieben. Hayek und Freunde, also Abkehr vom Defizitpendingkonzept des John Maynard Keynes. Interessant für mich. Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Ich bin grundsätzlich dagegen, dass es Nachdenkverbote gibt. Ich weiß nicht wie Sie das halten. Wir glauben, dass Nachdenken richtig ist. Wenn unser Koalitionspartner über ein Thema nachdenkt, dann ist das für mich absolut ok. Wir denken auch über vieles nach. Wir denken darüber nach, wie wir z.B. die Wirtschaft auch tatsächlich ankurbeln können, Konjunktur hineinbekommen können und, dass wir natürlich Wachstum brauchen, das ist ein wirtschaftspolitisches Grundverständnis der ÖVP. Wirtschaft ohne Wachstum kann es nicht geben, nämlich erfolgreiches Wirtschaften. Wir haben schon Zeiten erlebt, da hatten wir kein Wachstum, 2009, ganz im Gegenteil, eine rückläufige Volkswirtschaft mit allen Problemen, die damit verbunden sind.

Die Frage ist aber: Was ist Wachstum? Geht es sozusagen nur rein darum, irgendwelche Pluszahlen in irgendwelchen Bereichen zu erzielen oder ist das qualitative Wachstum auch mit dem quantitativen Wachstum kombinierbar. Das ist die große Aufgabe. Das ist die große Herausforderung. Es gibt natürlich Bereiche, da ist Wachstum unschädlich. Sie kennen ja auch die Hayeksche Ungleichgewichtstheorie, die, das möchte ich jetzt nicht näher ausführen, ja auch in diese Richtung hineinspielt. Wenn wir, und auf das spielen Sie an, bei den Verkaufsflächen der großen Einkaufszentren einen Zuwachs in einem Ausmaß haben, der einfach mit der Kaufkraftentwicklung nicht mehr standhält, wozu führt das. Letztlich dazu, dass es nur mehr einige wenige Oligopole am Ende des Tages gibt, also einige wenige große Anbieter, die sich dann selbst gnadenlos in den Wettbewerb hineinbegeben bis letztlich nur noch Monopole übrigbleiben. Das ist nicht unser Wachstumsbegriff. Daher bekenne ich mich auch ganz bewusst zu einer dahinterstehenden Fragestellung. Wie viel Ordnungspolitik verträgt die Wirtschaftspolitik eines Landes? Gibt es geradezu eine Verpflichtung, ordnend einzugreifen oder lässt man, so wie die Österreichische Schule der Nationalökonomie in einer sehr wirtschaftsliberalen Weise der wirtschaftlichen Entwicklung alle Freiheiten dieser Welt.

Ich bekenne mich, dass wir eine gewisse Ordnungsfunktion haben. Diese gewisse Ordnungsfunktion bedeutet, dass der Wettbewerb aufrechterhalten werden muss zwischen Groß und Klein, die Vielfalt aufrechterhalten werden muss, dass der Konsument die Möglichkeit haben muss, wählen zu können und dass trotzdem wirtschaftliche Entwicklung stattfindet. Auch das ist eine Form eines qualitativen Wachstums.

Wir haben ein Impulspaket geschaffen in der Landesregierung, das sehr, sehr gut angenommen wurde. Nehmen Sie das Beispiel der Investitionszuwachsprämie. Jeder, der mehr investiert als im Durchschnitt der letzten drei Jahre, kriegt eine Prämie von 10 %. Wir waren mit unseren Budgetmitteln für 15 und 16 innerhalb von acht Wochen ausverkauft, um das Wort ausverkauft hier zu verwenden. Das heißt, wir haben genau dort angesetzt, wo wir Wachstum haben wollen, nämlich bei jenen Betrieben, die in den letzten drei Jahren nichts oder wesentlich weniger investiert haben.

Wir haben eine Photovoltaikförderung aufgesetzt, die unser Ziel, im Klimawandel unser Land aktiver zu gestalten, was Klimaschutz betrifft, auch mit wirtschaftlichen Vorteilen kombiniert. Quantitatives und Qualitatives Wachstum. Sehr stark nachgefragt.

Verehrte Frau Abgeordnete, die Österreichische Schule der Nationalökonomie ist ein interessantes Beispiel aus unserer Geschichte, der philosophischen, wissenschaftlichen, geistesgeschichtlichen Kraft von Persönlichkeiten, die es bei uns gegeben hat. Sie ist aus meiner Sicht nicht uneingeschränkt auf die heutige Zeit anzuwenden. Es geht um anderes. Es geht

um Qualität, aber auch um Quantität. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, und Grünen-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Frau Abgeordnete, Du kannst noch Zusatzfragen stellen.

Abg. Hirschbichler MBA: Danke. Ihr Bekenntnis freut mich, Herr Landeshauptmann, aber glauben Sie mir, zu Friedrich August Hayek brauche ich keine Nachhilfestunde und wenn Sie mir aufmerksam zugehört hätten in der Eingangsfrage, dann hätten Sie gehört, dass ich gesagt habe, dass das ein riesengroßer Spagat ist zwischen den beiden Aussagen und mich hätte Ihre Position dazu interessiert. Ich freue mich aber, dass wir uns, was Friedrich August Hayek und die Chicago Boys betrifft, auf derselben zumindest Zielebene befinden. Das zum einen.

Die Fragen: Sie wissen aber, und das habe ich eingangs auch ausgeführt, dass mit dieser Aussage von Frau Dr. Rössler große Unstimmigkeiten bzw. Verunsicherungen entstanden sind und meine Unterfrage in diesem Bereich würde jetzt lauten: Haben Sie jemals für Ihre Person bzw. für die Landesregierung diese Aussage, so wie Sie es jetzt gemacht haben, richtiggestellt und wenn nein warum nicht?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Ich bin ja nicht der Erziehungsberechtigte meiner Koalitionspartner, ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Aber der Mediator!)

... sondern wir (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten) haben eine Partnerschaft unterschiedlicher Parteien. Bitte vergessen Sie nicht, das ist eine Koalition mit unterschiedlichen Parteien, die durchaus auch unterschiedliche ideologische Ansätze, unterschiedliche Vorstellungen haben, und das ist legitim. Ich glaube, dass das auch wichtig und gut ist. Wir haben uns verständigt auf ein gemeinsames Arbeitsprogramm und unser gemeinsames Arbeitsprogramm ist die Antwort auf Ihre Frage.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Abgeordnete!

Abg. Hirschbichler MBA: Herr Dr. Haslauer, Sie haben zuerst die Frage schon, die ich jetzt stellen wollte, beantwortet, nämlich Sie glauben auch nicht, dass Wirtschaft ohne Wachstum in dieser Form funktionieren könnte für Salzburg. Meine Frage auch dahingehend: Sie wis-

sen ja, wenn Sie sich so ausführlich damit beschäftigt haben, auch dass das WIFO sagt ohne ein Wachstum, einer Wachstumsrate von 2,5 % ist auch die Arbeitslosigkeit nicht zu bekämpfen bzw. sie wird nicht einmal stagnieren.

Ich frage Sie deshalb, wie Sie in Anbetracht der immer noch höchsten Arbeitslosigkeit im Bundesland Salzburg, also immer noch diese 17.000 Menschen, die sich in Salzburg entweder in Arbeitslosigkeit oder in Schulungen befinden, wie Sie hier gedenken, diese Wachstumsfrage zu beantworten.

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Wir haben im Jänner dieses Jahres ein groß angelegtes Wirtschafts- und Wachstumspaket unter dem Titel „Impulspaket“ beschlossen in der Regierung. Wir mobilisieren in unserer durchaus schwierigen budgetären Situation mehr als 100 Mio. Euro und glauben, dass wir die Konjunktur in Salzburg damit im Ausmaß von rund 350 Mio. Euro auch entsprechend ankurbeln können. Das ist aber nur eine Seite der Medaille.

Die andere Seite der Medaille, und die gehört untrennbar damit dazu, ist, dass wir aus dem Stimmungstief der unternehmerisch tätigen Menschen in diesem Land herauskommen und dieses Stimmungstief hat viele, viele Ursachen. Eine elende Diskussion über eine Steuerreform, die sich jetzt doch schon ein Jahr hinzieht, die große Verunsicherung zurückgelassen hat. Kommen Substanzsteuern? Kommt die Schenkungssteuer? Kommt die Vermögenssteuer? Wie werden Gewinne versteuert, etc., etc.? Dieses Kapitel ist jetzt abgeschlossen. Ich hoffe, dass die Verunsicherung jetzt in diesem Bereich ein Ende gefunden hat.

Ein zweiter Bereich ist ein Übermaß an Regulierung, an Bürokratie, an Behinderung, an Vorschriften und ich glaube da haben wir ein echtes riesiges Aufgabengebiet, wieder drei Prinzipien in den Vordergrund treten zu lassen. Diese drei Prinzipien heißen erstens Hausverstand. Dem Hausverstand eine Gasse. Man muss den Leuten nicht mehr alles vorschreiben. Sie sind mündig und selbständig genug, das zu machen. Zweitens Freude. Freude ist die größte Motivation, die wir haben. Freude an der Arbeit zum Beispiel. Ich kann das schon nicht mehr hören, wenn im Radio immer gesagt wird, Freitag endlich und endlich Wochenende usw. Arbeit ist eine sinnvolle, gute Geschichte. Da kann man Erfolg haben, da gibt es Herausforderungen. Es ist nicht immer einfach. Es ist oft mühsam. Aber wenn wir ein bisschen positiver über Arbeit denken, dann glaube ich ist auch eine ganz andere Stimmung im Land.

Das Dritte heißt Vertrauen. Nicht das Einfordern von Vertrauen seitens der Politik von den Bürgern, sondern wir müssen den Bürgern wieder viel mehr Vertrauen geben. Wir dürfen sie nicht automatisch als Gesetzesbrecher, als Steuerhinterzieher, als Beitragstäter etc. von Anfang an durch die Arena schicken. Das ist, glaube ich, ganz, ganz wichtig, dass es wieder

eine Wertschätzung für Arbeit, für Leistung in unserem Land gibt. Daher haben wir als zweiten Teil unseres Wachstumspaketes, nachdem ja sehr viele EU-Normen und Bundesnormen betroffen sind, aber wir unsere eigenen Hausaufgaben machen wollen, ein Projekt in der Regierung beschlossen, das heißt Deregulierung konkret.

Alle Abteilungen des Landes inklusive Bezirkshauptmannschaften sind aufgerufen, zehn konkrete Vorschläge jeweils zu unterbreiten über die Abschaffung möglicher Gesetze, Verordnungen, über Effizienzsteigerungen, etc., sodass wir in einigen Monaten ein Paket von rund 100 Maßnahmen vorstellen können, wie wir uns selbst das Leben leichter machen können, aber vor allem den Staatsbürgern. Ich sage ausdrücklich dazu es ist nicht Ziel dieses Vorhabens, Mitarbeiter im Landesdienst abzubauen. Das ist nicht das Ziel, sondern das Ziel ist Effizienzsteigerung, Vertrauen stärken und uns allen gemeinsam das Leben leichter zu machen. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Ich ersuche um Zeitdisziplin. Wir haben zwölf mündliche Anfragen. Frau Abgeordnete, Du hast die Möglichkeit einer Zusammenfassung. Bitte kurz!

Abg. Hirschbichler MBA: Ich fasse ganz kurz zusammen. Gerade weil Sie, Herr Landeshauptmann, in Ihrer letzten Beantwortung gesagt haben man soll die Wirtschaft nicht schlecht reden, gab es ja von uns diese Anfrage. Aus dem Grunde, weil Sie sich als Chef des Wirtschaftsressorts auch nicht dazu gemeldet haben.

Was die Steuerreform betrifft, möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass hier in unserem Bundesland, alleine in Salzburg 300 Mio. Euro wirksam werden, nämlich an zusätzlichem Kaufkraftschub. Sie haben gesagt es geht um Arbeit. Ich sage es geht um gute Arbeit. Es geht um die Bedingungen der Arbeit und wenn wir uns die Arbeitsplätze in unserem Bundesland ansehen, dann müssen wir feststellen, dass in den letzten 20 Jahren keine Arbeitsplätze mehr geschaffen wurden, die ganzjährig durchgängig Vollzeitbeschäftigung garantieren, und das ist auch ein sehr, sehr großes Dilemma.

Ich weiß, dass Sie ein Impulspaket geschaffen haben. Das freut uns auch. Das sind 110 Mio. Euro, jedoch fehlen viele Impulse aus unserer Sicht bei diesem Impulspaket. Es geht auch darum, dass die Betriebserweiterungen blockiert werden. Herr Landeshauptmann, als Chef der Landesregierung weiß ich: Sie könnten viel, viel mehr dazu beitragen, dass Salzburgs Wirtschaft sich noch positiver entwickelt. Dieses "nicht Schlechtreden" wäre nur ein Teil davon gewesen. Bitte stellen Sie sich Ihrer Verantwortung. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Wir kommen zur zweiten

8.2 Mündliche Anfrage der Abg. DIⁱⁿ Lindner an Landesrat Mayr betreffend den Radverkehr im Bundesland Salzburg

Bitte!

Abg. DIⁱⁿ Lindner: Sehr geehrter Herr Landesrat Hans Mayr, lieber Hans!

Die Förderung individueller Mobilität zu Fuß und mit dem Rad ist ein wesentlicher Beitrag der Gesundheit der Salzburger Bevölkerung. Die Erreichung der Gesundheitsziele, Klimaziele und die Ziele der Energiewende werden durch gute Radwege, die von der Bevölkerung gerne angenommen werden, wesentlich unterstützt. Ein gutes Radwegenetz sowie die einfache und sichere Anbindung an den öffentlichen Verkehr sind dabei wesentliche Bestandteile.

Ich stelle daher an Dich folgende mündliche Anfrage: Was ist in puncto Radverkehr, Radwege-Lückenschluss, für das Jahr 2015 geplant bzw. bereits in Bau?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Vielen Dank. Ich möchte eingangs feststellen, dass gerade der Ausbau der Radwege einen ganz, ganz großen Schwerpunkt in meinem gesamten Verkehrsressort darstellt. Es gibt jetzt schon bei den 1.400 km Landes- und Bundesstraßen parallel dazu 350 km Radwege. Im Jahr 2014 haben wir 2,52 Mio. Euro für Radwege ausgegeben, für 2015 haben wir das Budget auf 3 Mio. Euro erhöhen können. Im Rahmen des Impulspaketes, Herr Landeshauptmann, bist Du noch bereit, Geld einzusetzen gerade für Radwege, die jetzt nicht rein für den täglichen Radverkehr bestimmt sind, sondern auch einen gewissen touristischen Charakter haben. Das hilft natürlich zusätzlich, einige Ort gut zu erschließen.

Wir streben auch immer dahingehend, dass im gesamten Landesgebiet diese Radwege gebaut werden. Sechs sind es im Flachgau, zwei im Pongau, zwei im Tennengau, fünf im Pinzgau, einen in der Stadt. Im Lungau steht dieses Jahr zwar nichts zur Realisierung an, aber es sind einige Radverbindungen hier bereits in der Verhandlung und wir gehen davon aus, dass im nächsten Jahr einige realisiert werden können.

Wo liegen die Schwerpunkte? Primär sollen Geh- und Radwege gebaut werden, die für die Alltagsnutzung des Radverkehrs geeignet sind, dass wir wirklich Menschen dazu bringen, vom motorisierten Individualverkehr wegzukommen und einfach Radwege zu nutzen. Bis zu vier Kilometer ist es mit dem normalen Rad kein Problem, mit der neuen E-Bike-Technik sind Wege bis zu zehn Kilometer kein Problem. Genau diese neue Radtechnik hilft uns natürlich

sehr, viele Menschen zu bewegen, das Auto stehenzulassen und das Rad für den täglichen Verkehr zu benützen.

Wenn man sich nur in der Stadt Salzburg die Situationen ansieht, dann müsste man schon fast bei manchen Radwegen eine Ampel einbauen, weil schon ziemlich dichter Verkehr herrscht. Wir sind da völlig richtig an. Ich sage auch dazu neben den Radwegen müssen wir sehr viel tun für die ganzen Parkplätze, Park & Ride Parkplätze. Auch hier müssen wir trachten, dass überall überdachte Radabstellplätze kommen bis hin zu Fahrradboxen, wo man sicher auch teure Räder verwahren kann und auch die ganzen Utensilien, die wir dazu brauchen. Das werden die Maßnahmen sein in den nächsten Jahren und da bin ich wirklich motiviert, viel dazu zu tun.

Wichtig ist auch die permanente Bewusstseinsbildung. Es gibt jetzt eine gemeinsame Webseite mit Stadt und Land Salzburg unter der Adresse www.salzburgrad.at. Hier kriegt man alle Informationen über das Fahrradfahren und natürlich auch wo es die wichtigsten Routen gibt. Wir sind gerade dabei, das Radleitbild zu finalisieren. Es steht im Großen und Ganzen fest und muss einfach noch fertig auspräzisiert werden. Es gibt auch eine Radmotivation jedes Jahr: Wer radelt, gewinnt. Ich habe gerade heute am Morgen die Gewinnerin auszeichnen können. Die hat in dem Wettbewerbszeitraum die meisten Tageskilometer zurückgelegt.

Dann gibt es laufend die Radsicherheitsaktion, einen Radcheck, eine Radlichtaktion. Das Land Salzburg beteiligt sich auch finanziell an der Radhelmaktion für Kinder der vierten Schulstufe. Wird im Rahmen der Radfahrprüfung gemeinsam mit dem ÖAMTC, mit der AUVA unterstützt.

Aufstellung von Radboxen bei Haltestellen, also nicht nur bei Park & Ride Parkplätzen, sondern bei Haltestellen der ÖBB und der Lokalbahn, das sind wichtige Dinge. Was mir ganz stark am Herzen liegt, wir möchten unbedingt eine Prämiumradroute bauen und da stellt sich jetzt das Projekt zwischen Freilassing und der Stadt Salzburg an. Da gibt es noch ein, zwei kleinere Probleme zu lösen und ich bin ganz überzeugt, wenn wir diese Prämiumradroute schaffen, dann wird es viele Anfragen geben, wo einfach ganze Regionen sagen das möchten wir auch haben. Da geht es einfach darum, längere Strecken auch mit dem Rad auf dem schnellsten Weg und sicher abseits vom motorisierten Individualverkehr bewältigen zu können.

Also es gibt einiges. Ich bin sehr, sehr froh, dass wir die Frau Mag. Hemetsberger als Fahrradbeauftragte im Land Salzburg haben. Das war eine goldrichtige Entscheidung meines Vorgängers Wilfried Haslauer. Die lebt einfach dieses Thema und die bringt auch mich als Verkehrslandesrat immer wieder ins Schwitzen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Noch weitere Fragen?

Abg. DIⁱⁿ Lindner: Danke für die Antwort. Ich habe noch zwei Unterfragen. Die erste Frage: Wird das Budget für das Jahr 2015 auch vollständig ausgenützt? Es ist sehr wertvoll und sehr wichtig, da jetzt drei Millionen budgetiert sind, dass wir da keinen Verzug machen, sondern wirklich die geplanten Maßnahmen auch alle umsetzen können, dass die Priorität dafür hoch genug ist.

Zweitens für das Erlernen des Radfahrens. Es gibt jetzt Kinder- und Jugendbikerparks, die dienen dem sicheren Erlernen des Radfahrens. Das Benützen macht den Jugendlichen große Freude und fördert auch die Bewegung und dient der Gesundheit. Wird auch angedacht, solche Bikeparks im Bundesland Salzburg zu errichten bzw. wenn eine Gemeinde so etwas errichtet, gibt es dafür Förderungen? Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Erste Frage, da fällt mir die Antwort ganz leicht. Die Wünsche sind viel, viel höher als das Machbare. Ich muss einfach gewisse Orte, die muss ich einfach jetzt vertrösten. Einen Teil machen wir heuer, einen Teil in drei Jahren, weil wir einfach schauen müssen, dass wirklich alle 119 Gemeinden gut bedient werden. Das Budget werden wir ganz, ganz sicher ausschöpfen.

Das Zweite: Diese jugendlichen Bikeparks, ich denke das ist nicht Aufgabe des Landes und dafür wird es auch keine Förderung geben, sondern das ist vielmehr Aufgabe der Gemeinde, für die Jugendlichen der eigenen Gemeinde solche Einrichtungen zu schaffen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Abgeordnete!

Abg. DIⁱⁿ Lindner: Ich bedanke mich für das Beantworten dieser Frage. Ich bin sehr froh, dass Dir das Radfahren so wesentlich am Herzen liegt. Ich sehe darin auch eine gute Chance für das Land, für die Gesunderhaltung der Bevölkerung, weil wir wissen, dass Kinder, Jugendliche, Erwachsene, die in der Früh schon ein wenig Sport betreiben, und sei es den Weg zur Arbeit mit dem Fahrrad bewältigen, auch weniger Krankenstandstage haben. In der Schule Schüler, die etwas Sport in der Früh betreiben, sei es nur den Schulweg zu Fuß zurücklegen, in der Schule deutlich aufmerksamer und aufnahmefähiger sind.

Das Radfahren, glaube ich, kann so, wenn es gut gefördert wird und was Du gerade beantwortet hast, sehr gut dienen, die Ziele des Landes zu erreichen, und zwar sowohl in der Ge-

sundheit als auch die Klimaziele, als auch die Energieziele, wobei uns natürlich besonders die Gesundheit der Bevölkerung am Herzen liegt. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Wir kommen zur nächsten

8.3 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend zusätzliches Personal wegen steigender Asylwerberzahlen

Bitteschön!

Abg. Wiedermann: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat!

Das Land Salzburg hat aufgrund der steigenden Anzahl von Asylwerbern im Bereich des Asylwesens den Mitarbeiterstab vor wenigen Wochen von bisher fünf auf sieben aufgestockt, teilte Landesrätin Mag.^a Martina Berthold auf Anfrage der APA am 29. Juni 2015 mit.

Ich stelle an Sie deshalb gemäß § 78 a Geschäftsordnung folgende mündliche Anfrage. Erstens: Erfolgte die Aufstockung des Mitarbeiterstabes auf Basis von Personalumschichtungen innerhalb des Amtes der Landesregierung oder wurde neues Personal beschäftigt? 1.1 Sollte neues Personal beschäftigt worden sein, in welchem Beschäftigungsausmaß erfolgt das, welche Qualifikationen weist das neue Personal auf und welche Kosten sind damit verbunden? 1.2 Ist innerhalb des nächsten Jahres mit einer neuerlichen Personalaufstockung im Bereich des Asylwesens zu rechnen? Wenn ja, in welchem Ausmaß sowie in welcher Form soll die Aufstockung erfolgen und auf wie viel werden sich die zusätzlichen Kosten belaufen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Landesrat!

Landesrat DI Dr. Schwaiger: Danke Herr Abgeordneter. Zur Hauptunterfrage sind sowohl aus dem Amt zusätzliche Arbeitskräfte als auch außerhalb des Amtes Arbeitskräfte in das Referat 3/03 dazugezogen worden. Wir hatten eine Ausschreibung, die bis 12. Mai diesen Jahres gelaufen ist, eine akademische Ausschreibung im juristischen Bereich und zwei Maturanten-Ganztagsstellen, aber in drei Personen. Es hat besondere Anforderungen darauf gegeben, dass insbesondere in der juristischen Sachbearbeitung eine Maklerinnenprüfung und eine gute Kenntnis im Vertragswesen hat, weil wir mit vielen Gebäuden zu tun haben, die genau dieser Profession bedürfen und auch einen dreijährigen Berufserfahrungsbereich abdecken.

In den anderen haben wir EDV-Kenntnisse, die im Normalbereich sind, Kenntnisse und Zusammenhänge logischerweise im Sozialbereich und eines, wo jeder Mitarbeiter und Mitarbei-

terin gut beraten ist, wenn in der Planung und in der Organisation, jetzt ganz besonders gefordert in diesem neuen, relativ massiven Bereich. Die Kosten belaufen sich durch die zusätzlichen Ausschreibungen bezogen auf ein Jahr etwa bei 180.000, 190.000 Euro.

Zur Frage, ob wir künftig noch Personal brauchen. Ich bin in regelmäßigem Kontakt mit der Frau Kollegin Berthold und wir schauen auch dieser Tage schon wieder, dass wir aus dem Bestand Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die uns dabei helfen, ich habe auch mit meiner ehemaligen Abteilung ein Gespräch gehabt vor geraumer Zeit, die steht auch dieser neuen Aufgabe zur Verfügung leihweise. Wir können nicht alles durch zusätzliche Ausschreibungen und zusätzliches Personal abdecken, sondern müssen im Fundus unserer Dienststellen ganz einfach fündig werden.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Herr Abgeordneter, Du hast die Möglichkeit einer Zusammenfassung.

Abg. Wiedermann: Frau Präsidentin! Herr Landesrat!

Ich bedanke mich vorerst für die Beantwortung der Anfragen. Es ist aber doch so, gerade jetzt durch Ihre Beantwortung, wurde letztlich klar, dass nicht nur in den anderen Bereichen, die heute schon angesprochen wurden, sondern auch für die Personalkosten oder bei den Personalkosten hier zusätzliche Finanzmittel des Landes aufgewendet werden müssen, um eben dem Asylproblem oder die Asylproblematik einigermaßen zu bewältigen.

Sie haben auch ausgeführt es wird damit zu rechnen sein, dass in der nächsten Zeit aufgrund des Nichtnachlassens des Flüchtlingsstromes weiteres Personal notwendig werden wird und hier musste ich erfahren, dass auch wieder intern das Personal abgezogen wird, das heißt dass von anderen Abteilungen Personal hier zumindest einmal vorübergehend zugewiesen wird, wo das dann woanders fehlt. Das geht dann zu Lasten der einzelnen Abteilungen und der dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zusammenfassend kann man nur eines feststellen und auch gleichzeitig ersuchen, dass zumindest gewährleistet wird, dass jene Abteilungen und jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wo Personal abgezogen wird, dass auf diese Beamten nicht noch mehr zusätzliche Arbeit, zusätzliche Belastung zukommt. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Jetzt ist es so, dass die nächste mündliche Anfrage sich an den Landesrat Mayr richtet. Er ist nicht im Raum und ich ziehe daher die fünfte mündliche Anfrage vor.

8.5 Mündliche Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend das geplante Flüchtlingsquartier in der Alpenstraße

Bitteschön!

Abg. Steiner-Wieser: Danke Frau Präsidentin. Frau Landesrat Berthold!

Das Land Salzburg beherbergt aktuell mehr als 2.400 Asylwerber und muss sich nun abermals mit einer wiederkehrenden Symptombekämpfung des nicht enden wollenden Flüchtlingsstromes aus den Krisengebieten und wirtschaftlich angeschlagenen Ländern beschäftigen. Die einzige Konstante inmitten einer unkoordinierten intransparenten Flüchtlingspolitik stellt wiederum die Nichtinformation der Bevölkerung dar. Nachdem es mehrmals geheißen hat, die Stadt Salzburg erfülle ihre Quote, sollen nun trotzdem anstatt überfüllter Zeltstädte drei- bis fünfstöckige Containerdörfer am landeseigenen Gelände des Flussbauhofes an der Alpenstraße errichtet werden. 450 zusätzliche Unterkünfte sollen in Manier eines zweiten Traiskirchen geschaffen werden, dass die Stadt Salzburg schultern muss.

Im Stadt-Land-Gespräch wurde dieses Projekt bereits hinsichtlich der Inhalte und Ausgestaltung vorgestellt und kürzlich auf der Tagesordnung des Planungsausschusses der Stadt Salzburg wieder abgesetzt.

Ich stelle daher an Sie folgende Anfrage: Wie sehen die konkreten Inhalte und die Ausgestaltung des Projektes einer Flüchtlingsunterkunft, insbesondere hinsichtlich Aufenthaltsdauer und Kosten in der Alpenstraße aus? Gleich meine Unterfragen: Warum wurde der Salzburger Landtag von diesem Projekt nicht informiert und in welcher Form wurden und werden die Bürger der Stadt Salzburg in diese Entscheidung eingebunden?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Landesrätin!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Danke für diese Anfrage, denn es bietet mir die Möglichkeit, mit Falschmeldungen, die herumkursieren, umzugehen und klarzustellen, was hinter dem Projekt steckt. Die erste Korrektur ist, es wird keine fünfstöckigen Containerdörfer geben. Die ganz groben Planungen gehen in Richtung einer mobilen Holzbauweise, die maximal bis drei Stöcke gehen darf und keine fünf Stöcke und auch keine klassischen Container beinhaltet.

Die zweite Falschmeldung oder falsche Einschätzung ist, dass das 450 Plätze auf diesem Gelände sein werden. Das geht sich rein räumlich gar nicht aus. Wer den Flussbauhof kennt,

weiß, dass in diesem Gelände auch Werkstätten des Landes untergebracht sind, Tischler und auch der Wasserbau und diese Werkstätten und Büros werden erhalten bleiben. Für das gesamte Areal gibt es einen Grobplan, wie das umgebaut werden soll, nämlich auch die Werkstätten bzw. die Teile der Büros für die Wasserwirtschaft.

Morgen findet der nächste Planungsausschuss statt und auf dieser Tagesordnung steht jetzt auch die Behandlung des Themas Flussbauhof, weil wir ganz zu Beginn dieses Projektes stehen und dafür Genehmigungen der Stadt notwendig sind, was Baufuchtlinie und ähnliches betrifft. Das heißt, wir können noch keine Details nennen zu diesem Projekt, sondern nur, dass es eine Ersteinschätzung gibt, dass wir hier in mobiler Holzbauweise etwas aufstellen wollen. Dazu braucht es ein Vergabeverfahren und auch eine Ausschreibung für den Betrieb.

Was wir aber im Stadt-Land-Gespräch schon gesagt haben und was ich noch einmal auch bekräftigt habe für den morgigen Planungsausschuss: Es wird ein Quartier sein, das im Auftrag des Landes betrieben wird und sicher keine Bundesbetreuungsstelle, damit auch kein zweites Traiskirchen, weder von der Größe noch von der Betreuungsorganisation. Es wird eine Hilfsorganisation sein. Wir müssen auch wirklich alle Hilfsorganisationen fragen, ob sie es machen wollen. Das heißt eine Erfahrene wird zum Einsatz kommen. Es gibt da auch gewisse Vorgaben, was die Betreuung betrifft, was die Einbindung auch der Anrainer und Anrainerinnen betrifft. Es gibt in dieser Gegend auf der einen Seite eine stark befahrene Straße, auf der anderen Seite Wald, auf der dritten Seite eine Firma, ich glaube eine Behörde ist das auch, und dann gibt es im Eck ein Wohnhaus.

Sie fragen, warum der Landtag bis heute nicht zu diesem Projekt informiert worden ist. Wie Wolfgang Mayer das am Vormittag auch gesagt hat, das ist Management, das ist operative Aufgabe der jeweiligen Ressortführerinnen und Ressortführer, ihre Aufgabe zu erledigen. Sie werden im Landtag auf Nachfragen informiert von Projekten, aber wenn wir anfangen, ungefragt alle unsere Arbeit zu kommentieren, dann werden die Sitzungen öfter stattfinden müssen und sicher länger dauern.

Was ich Ihnen schon noch sagen kann. Sie haben auch die Frage gestellt: Wie wurden die Bürgerinnen und Bürger der Stadt eingebunden? Erstansprechpartner bei allen Projekten, die wir machen, ist der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin. Es gibt keine Volksbefragungen dazu, sondern in der Absprache mit den politischen Entscheidungsträgern werden die Projekte vorgestellt und dann gemeinsam überlegt, wie die Anrainerinnen informiert werden. Das läuft jetzt beim Quartier, das ich als Beispiel nehme, in Thalgau sehr gut. Erstinformation Gemeinde, also Bürgermeister, Vizebürgermeisterin, Gemeindevertretung, Zustimmung der Gemeinde, wir machen das, Aufbau eines Unterstützungsnetzwerkes von

Thalgauerinnen und Thalgauer und Informationsveranstaltung jetzt am 14. Juli von allen Anrainerinnen und Bürgern und Bürgerinnen von Thalgau.

Das sind die Schritte, die wir gehen. Wenn Sie festhalten, dass die einzige Konstante die Nichtinformation der Bevölkerung ist, dann, glaube ich, zeigen diese Beispiele, dass es eben nicht so ist.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Frau Abgeordnete, Du hast die Möglichkeit einer Zusammenfassung.

Abg. Steiner-Wieser: Frau Landesrätin, könnten Sie mir bitte die erste Frage noch vollständig beantworten, Aufenthaltsdauer und Kosten. Gilt aber nicht als Zusatzfrage jetzt.

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Aufenthaltsdauer, das können wir nicht sagen, weil es in jedem einzelnen Fall davon abhängig ist, wie schnell bekommen die Asylwerbenden einen positiven Bescheid. Ab dem positiven Bescheid können sie noch längstens vier Monate bleiben. Derzeit sind die Verfahren vor allem bei den Personen aus Syrien sehr schnell. Nach vier, fünf Monaten, manchmal zwei Monate, bekommen sie einen positiven Bescheid.

Das Thema der Kosten kann noch nicht gesagt werden, weil wir noch keine Details haben, wie das Projekt dann wirklich realisiert wird. Es muss eine Ausschreibung geben. Das, was wir aber kostenmäßig für heuer schon sagen können, ist, dass das gesamte Areal Flussbauhof, auch die Planungen, die auch das Ressort von Landesrat Schwaiger betreffen, € 150.000,- für Planung, Einschätzung, Abtragen von Garagen; weil auf dem Gebiet sind alte Garagen, die abgetragen werden müssen. Es wird ein Kopfgebäude noch erneuert. Also das ist der erste Schritt für das Jahr 2015.

Abg. Steiner-Wieser: Meine Zusatzfragen: Wenn schon nicht 450 Asylwerber ...

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (unterbricht): Entschuldigung, die Zusatzfragen hast Du bereits gestellt. Du hast die Möglichkeit einer Zusammenfassung.

Abg. Steiner-Wieser (setzt fort): Zwei Zusatzfragen.

(**Zwischenruf Abg. Essl:** Frau Präsidentin, zur Geschäftsordnung!)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter!

Abg. Essl: Eine Frage mit den zwei Unterfragen gegliedert und dann hat jeder Abgeordnete das Recht zu zwei Zusatzfragen und dann die zweiminütige Zusammenfassung.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Ich schaue mir das gerade jetzt noch an. Einen Augenblick noch. Ja, Du kannst noch eine Zusatzfrage stellen. Entschuldigung. Frau Abgeordnete!

Abg. Steiner-Wieser: Dankeschön Frau Präsidentin. Meine Zusatzfragen: Wenn schon nicht 450 Asylwerber rauskommen sollen in die Alpenstraße, wieviel sind tatsächlich geplant und wann ist das Projekt fertig? Wann können die ersten Leute einziehen?

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Je nach dem, wie die Detailausgestaltung ist, werden es zwischen 90 und 120, 110 Plätze sein, die dort möglich sind. Mehr geht definitiv nicht. Die Dauer ist abhängig davon, wie schnell wir die Genehmigungen und die Ausschreibung und die Planung hinbekommen. Realistischerweise wird das gegen Ende des Jahres oder Frühjahr 2016 sein. Ich hoffe, dass wir schneller sein können, weil der Bedarf einfach da ist und Sie haben zu Recht angesprochen, dass es ja darum geht, auch Ersatz für die Zelte zu finden in Salzburg.

Abg. Steiner-Wieser: Danke sehr. Frau Landesrat, die Bürger nicht einzubinden, den Landtag nicht zu informieren, so etwas nenne ich Hinterzimmerpolitik. Helfen ist ja gut, aber man kann alles übertreiben. Beim Thema Asyl wird permanent viel Geld in die Hand genommen. Da ist es egal, wenn Budgetmittel, wie wir es im Rechnungsabschluss gelesen haben, um Millionen überschritten werden. Da ist egal, wenn das Baurecht gelockert werden kann und für die Salzburger selber ist leider Gottes immer weniger Geld vorhanden. Kein Geld für bedürftige Senioren, kein Geld für Obdachlose, kein Geld für zusätzliche Streetwork und jetzt wird sogar das Flüchtlingsquartier gebaut. Und bei über 4.000 Wohnungssuchenden allein in der Stadt Salzburg ist es eine Farce. Die Quote ist erfüllt und es ist eigentlich ein Fass ohne Boden. Wenn die verfehlte Asylpolitik so weitergeführt wird, befürchte ich werden bald die Salzburger in Zelten wohnen müssen. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Ja, super!)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke für diese Zusammenfassung. Wir kommen jetzt zu

8.4 Mündliche Anfrage der Abg. Bartel an Landesrat Mayr betreffend eine vereinfachte Regelung für Aufsichtsorgane von Sondertransporten

Bitte!

Abg. Bartel: Vielen Dank Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat Mayr, lieber Hans!

Bei der Absicherung von Sondertransporten leisten die heimischen Straßentransportaufsichtsorgane und die Unternehmen der Transportbegleitung ausgezeichnete Arbeit für die Sicherheit sämtlicher Teilnehmer im Straßenverkehr. Die für die Sondertransporte ermächtigten Aufsichtsorgane werden derzeit von den jeweiligen Landesregierungen bestellt, sodass für die österreichweiten Transporte neun Bestellungen notwendig sind. Der Verwaltungsaufwand ist somit beträchtlich. Es gibt in jedem Bundesland für vereidigte Organe eigene Ausweise und Abzeichen. Um dies zu vereinfachen, sollte die Bestellung von ermächtigten Aufsichtsorganen aufgrund einer Ländervereinbarung österreichweit gelten. Eine weitere Erleichterung würde die Erteilung standardisierter digitaler Genehmigungen von Standardfällen bedeuten. Damit könnte man sowohl den hohen Verwaltungsaufwand als auch die damit verbundenen Kosten für Antragstellerinnen einerseits und für die Landesbehörden andererseits reduzieren.

Daher meine mündliche Anfrage gemäß § 78 Landtagsgeschäftsordnung an Dich. Wäre eine, wie in der Präambel beschriebene vereinfachte Regelung für Aufsichtsorgane von Sondertransporten in Salzburg möglich? Wenn ja, wie kann diese Vereinfachung von statten gehen? Zweitens: In welchem Zeitraum könnte die Umsetzung erfolgen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Vielen Dank. Es ist manchmal so, dass Dinge, die einfach und logisch erscheinen, in Wahrheit nicht so einfach sind. Es hat vor einigen Monaten eine Bundestagung der Straßenaufsichtsorgane hier in Salzburg gegeben und ich war natürlich anwesend, und konnte mir wirklich ein Bild davon machen, dass das ausgezeichnet organisiert ist. Genau diese Thematik, dass es neun Länderregelungen gibt, wurde auch bei dieser Tagung angesprochen. Das ist einfach der Schwachpunkt und da gebe ich Dir auch Recht. Nur das zu ändern, ist keinesfalls eine Ländersache, sondern müsste auf Bundesebene erfolgen und da gibt es zwei Zugangsvarianten. Entweder mit einer 15a-Vereinbarung oder es müsste sogar eine Verfassungsbestimmung in der Straßenverkehrsordnung dementsprechend geändert werden.

Jetzt können wir vom Vorstoß her entweder im Landtag einen solchen Beschluss auf Reise schicken, das wäre eine Variante oder ich bring es bei der nächsten Tagung der Landesverkehrsreferenten als Tagesordnungspunkt ein, das wäre die zweite Variante. Das können wir uns überlegen was wir machen. Sinnvoll würde ich das Ganze auf jeden Fall betrachten, weil

man das einfach den Menschen schwer erklären kann, dass man im Prinzip, wenn man quer durch Österreich fährt, für jedes Bundesland eine eigene Bewilligung hierfür braucht.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Frau Abgeordnete!

Abg. Bartel: Vielen Dank dafür. Meines Wissens haben sich die Verkehrsreferenten ja schon da auch kurzgeschlossen und es gibt da auch in den anderen Ländern schon Über-einkünfte, wo man dafür wäre. Eine rasche Erledigung wäre ja meinerseits denkbar oder unsererseits denkbar, dass man das einbringt und dass dann wirklich auch umsetzen könn-te. Wäre für die handelnden Firmen aufgrund dieser guten und man beneidet uns um diese Privatisierung, die 2003 stattgefunden hat, wirklich von Vorteil und die Kostenreduktion wäre enorm für das Land.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat, das war keine Frage und Du hast keine Chance mehr zu antworten. Danke für die Zusammenfassung. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wir werden das aber noch einmal in der Präsidiale besprechen, eine Frage, zwei Zusatzfragen. Also es war, so wie ich gesagt habe, zuerst wären keine Un-terfragen oder Zusatzfragen mehr möglich gewesen. Ich weiß, wir werden das in der Präsi-diale besprechen, immer wieder die gleiche Sache. Ich möchte es nur in den Raum stellen und hier stehen lassen bis zur nächsten Sitzung.

Wir kommen jetzt zur sechsten

8.6 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Kinderreha

Bitte Frau Abgeordnete!

Abg. Riezler: Danke Frau Vorsitzende. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

In einer Anfrage meinerseits aus dem Jahr 2014 hast Du mitgeteilt, dass der Prozess der Errichtung einer Kinder- und Jugendlichen-Reha weiterverfolgt wurde und im Gang ist und alle für die Errichtung einer Einrichtung erforderlichen Maßnahmen getroffen wurden.

Ich möchte deshalb weiter nachfragen. Welche Gespräche und Verhandlungen wurden in den letzten Monaten von Dir und von der Abteilung geführt und mit welchen Ergebnissen? Wann ist mit einer endgültigen Entscheidung betreffend den Standort für die Kinder- und Jugendlichen-Reha zu rechnen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Danke Frau Abgeordnete. Es ist tatsächlich so, dass aus Salzburger Sicht alles unternommen wurde, um hier die Achse Salzburg möglichst weit nach Wien zu treiben. Alle Beteiligten von der Sozialversicherung angefangen, Andi Huss einige Male z.B. sich beim Hauptverband rühmig gemacht für die Sache, Prof. Sperl, Gemeinde St. Veit und auch natürlich ich als Landesrat haben sehr viele fachliche und auch politische Gespräche geführt mit Hauptverband, mit Oberösterreich, mit Mitgliedern der Bundesregierung.

Zunächst war vom Hauptverband der Wunsch, dass wir uns sozusagen in der Versorgungsregion Nord, Oberösterreich und Salzburg einigen. Wir sind in drei Gesprächen aber dann ganz entschieden zur Erkenntnis gelangt, dass das keinen Sinn hat, die vorhandenen Betten aufzuteilen auf zwei Standorte, nämlich Oberösterreich und Salzburg. Keiner wollte aber nachgeben. Ich habe immer wieder betont, dass St. Veit mit Abstand der beste Standort ist. Wir haben in Salzburg sämtliche Bescheide, und das muss ich auch noch sagen, die Abteilung hat sehr gut gearbeitet auch. Wir haben in Salzburg sämtliche Abteilungen, Bescheide bereits fertig. Wir haben das Grundstück. Wir könnten jederzeit anfangen zu bauen und da sind wir sicherlich einen guten Schritt voraus.

Jetzt ist die Situation so, dass wir gesagt haben entscheiden muss der Hauptverband, sozusagen wir lassen uns das nicht zuspieren, dass wir das auspokern, sondern da braucht es eine Entscheidung vom Hauptverband. Der Hauptverband bereitet jetzt ein objektives Verfahren vor, ein Bieterverfahren, das im Herbst dann durchgeführt werden soll und im Spätherbst hat der Hauptverband vor, die Vergabe zu machen. Wie gesagt aufgrund der guten Vorarbeiten bin ich da guter Dinge, dass wir hoffentlich auch gewinnen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Frau Abgeordnete!

Abg. Riezler: Und zwar der Hauptverband hat ja die Vorgangsweise bereits beschlossen. Wurde auch in der Bundeszielsteuerungskommission am 25. Juni die Finanzierung und eben diese Ausschreibung beschlossen, also die politische Zusage zu dieser Vorgangsweise?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Die Finanzierung ist soweit abgeschlossen zwischen den Ländern und dem Hauptverband. Ich habe mich bisher geweigert, das zu unterschreiben, auch andere Bundesländer, weil wir ganz bewusst uns diese Entscheidung nicht vom Hauptverband anhängen lassen, sondern die hat der Hauptverband zu führen. Da

habe ich ein bisschen die Möglichkeit, das noch ein bisschen zu steuern, aber speziell die Achse Gebietskrankenkasse Land, mit Andi Huss bin ich da ständig in Verbindung, ist eine sehr gute und ich hoffe, wie gesagt, dass der Hauptverband dann wirklich die richtige Entscheidung trifft.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Frau Abgeordnete!

Abg. Riezler: Ich kann also zusammenfassen, dass die politische Entscheidung jetzt in der Bundessteuerungsgruppe noch nicht getroffen wurde, da auch Salzburg und auch andere Bundesländer noch nicht unterschrieben haben. Ich bitte aber weiterhin um einen intensiven Einsatz, denn es wird auf jeden Fall so sein, dass wir je Kind, das in der Einrichtung betreut wird, mitbezahlen müssen, ob das jetzt in Oberösterreich ist oder in Salzburg, aber natürlich ist es sinnvoll, dass auch die Arbeitsplätze zu uns kommen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Die nächste

8.7 Mündliche Anfrage des Abg. Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das Krankenhaus Hallein

Bitteschön!

Abg. Scheinast: Dankeschön. Sehr geehrter Herr Gesundheitsreferent, lieber Christian!

Das Krankenhaus Hallein soll vom Land Salzburg übernommen werden. Kolportiert wird ab 2017 ein Jahresverlust von annähernd 1,5 Mio. Euro. In dieser Größenordnung wird wohl auch das Landesbudget belastet werden.

In diesem Zusammenhang stelle ich an Dich folgende Frage: Welche budgetären Auswirkungen hat diese Maßnahme auf das Land Salzburg?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Danke Herr Abgeordneter, lieber Joschi. Das ist gar keine so einfache Frage, weil die Auswirkungen, die budgetäre Auswirkung kann momentan nicht so wirklich beurteilt werden bzw. wir können die vergangenen Jahre anschauen und da hat das Krankenhaus Hallein eine Abgangsdeckung von jeweils oder einen Abgang oder die Stadtgemeinde hat einen Abgang von zwischen 300.000 und 900.000 Euro zu leisten. Abgesehen vom 8 %igen Abgang, in etwa bei 290.000 liegt der, gab es Zuschüsse seitens des Landes, damit die Stadt als Rechtsträger nicht die sämtlichen übrigen Abgänge

sozusagen tragen musste. Jetzt hat sich die Sache insoferne zugespitzt, seit einem dreiviertel Jahr, dass die Chirurgie wahnsinnig schwer nachzubesetzen ist und jetzt sind die Belegzahlen und die Belegstage sehr in den Keller gerasselt. Das heißt es bleibt uns gar keine andere Wahl als diese Zusammenführung Halleiner Krankenhaus mit der SALK, damit wir sozusagen rechtlich dann die Möglichkeit schaffen können, die chirurgische Abteilung auch über die Häuser hinweg zu führen. Wir haben aber diese Chirurgie jetzt sofort begonnen. Der sublierende Leiter der Chirurgie in Salzburg kümmert sich mitunter auch jetzt um Hallein. Wir werden die Hernien wieder hochfahren. Wir werden dort oder wir überlegen, gefäßchirurgische Operationen zu treffen, Varizen usw.

Wir wollen das Halleiner Krankenhaus jetzt wieder ganz massiv und hoffentlich gelingt es auch, weil wir entsprechendes Personal brauchen, wieder auslasten und dadurch hoffen wir, dass eben dieser kolportierte Abgang von mindestens 1,5 Mio. nicht eintreffen wird.

Wir haben jetzt die Möglichkeit, dass wir im Jahr 2015, wo wirklich der Abgang, die Belegzahlen in den Keller gegangen sind und damit der Abgang in die Höhe geschneilt ist. wir haben noch die Möglichkeit, dass wir, jetzt im Sommer wird es schwer, weil wir in der Urlaubszeit kaum zusätzliche Ärzte finden werden, aber ab September hoffentlich können wir das Krankenhaus wieder besser auslasten und dann den Abgang senken. In Zukunft wird es ja dann, wenn das Haus auch beim Land ist, liegt es dann in unserer Hand, das Haus so auszulasten durch bestimmte Synergien mit dem Landeskrankenhaus, so gut auszulasten, dass der Abgang wieder wesentlich geringer ist als der jetzig prognostizierte.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Herr Abgeordneter!

Abg. Scheinast: Danke. Zwei Zusatzfragen: Wie schaut es in Zukunft dann mit der finanziellen Beteiligung der Stadt Hallein aus? Wird sich die reduzieren oder bleibt die in einer ähnlichen Größenordnung auf Sicht? Die zweite Zusatzfrage: Wie schaut eigentlich der Finanzreferent dem Gesundheitsreferenten über die Schulter bei solchen Entscheidungen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Ich fange mit der zweiten Frage an. Der schaut ständig nicht nur über die Schulter, sondern er sitzt praktisch im Nacken, im Gnack, um es pongauerisch auszudrücken. Da schauen wir natürlich sehr darauf. Gerade deshalb, weil ich überzeugt bin, dass nur die enge Zusammenführung, die Vernetzung, das Denken regional und nicht krankenhausesbezogen zur besseren Wirtschaftlichkeit führt, das ist sozusagen der Finanzreferent und der Gesundheitsreferent, der sorgt sich dafür, dass eine gute Basisver-

sorgung in der Region vorhanden ist und wenn nötig damit die Häuser ausgelastet sind auch bestimmte spezielle Angebote sozusagen getätigt werden können.

Die Aufgabe der Stadt Hallein war, als Rechtsträger jetzt die Abgänge zu finanzieren, aber wie gesagt in den letzten Jahren haben wir auch 72 % seitens des Landes von diesen Abgängen der Stadt Hallein wieder refundiert. Früher waren es einmal 50 %. Ich habe auch angekündigt, dass wir das in den nächsten Jahren wieder zurückführen auf 50 %, aber das wird für Hallein dann nicht mehr notwendig sein, weil sie ja dem Land gehören.

Die Stadt Hallein wird ab dem Zeitpunkt, ab dem es kein Krankenhaus mehr hat, also nicht mehr Rechtsträger ist, für das Krankenhaus Hallein nicht mehr direkt zahlen, sondern in den SAGES-Topf einzahlen. Die Höhe hängt von der Einwohnerzahl ab und von der Wirtschaftskraft der Stadt. Das wird sich zwischen ca. 900.000,- bis schätze ich 1,1 Mio. bewegen, je nachdem wie die Stadt Hallein jeweils abschließt und die Wirtschaftskraft entsprechend eingeordnet wird.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter, willst Du eine Zusammenfassung machen?

Abg. Scheinast: Ich danke für die Beantwortung.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Kurz und bündig. Die nächste

8.8 Mündliche Anfrage des Abg. Essl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Übernahme des Krankenhauses Hallein

Bitteschön!

Abg. Essl: Danke Frau Präsidentin. Ich steige gleich in die Materie ein. Christian, wie sieht das Konzept der SALK im Hinblick auf die medizinische Basisversorgung der Tennengauer Bevölkerung aus?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Das Konzept für Hallein wird, und deshalb haben wir ja vom 1. Jänner 2017 gesprochen, jetzt in intensiver Zusammenarbeit zwischen dem Krankenhaus Hallein und der SALK erarbeitet. Die Vorgaben sind, dass die Basisversorgung Chirurgie, Geburtshilfe und Gynäkologie, Anästhesie, dann Interne natürlich und die Palliativversorgung weiter bestehen bleibt, wir in Abstimmung dafür sorgen werden, in Ab-

stimmung beider Häuser dafür sorgen werden, dass die Auslastung verbessert wird und wir sind da in intensiven Gesprächen, welche Maßnahmen wir z.B. verstärkt nach Hallein geben. Wir denken viel auch an tagesklinische Angebote, z.B. Gallenblase oder eben Varizenoperationen, sodass die OPs in Hallein gut ausgelastet sind und automatisch die Operationssäle in der Chirurgie der Universitätsklinik damit entlastet werden.

Wir haben oft in der Hauptchirurgie, sozusagen der Chirurgie der Landeskliniken, die Situation, dass wir bei elektiven, also terminlichen Eingriffen oft am Tag oder am Tag davor absagen müssen, obwohl die Patienten schon Wochen oder Monate warten, weil plötzlich ein sehr schwerer Fall kommt und damit die entsprechenden Chirurgen dann gebunden sind. Das können wir durch das Ausweichen nach Hallein sicher in Zukunft besser stellen.

Aber wie gesagt für die Versorgung, habe ich vergessen, unfallchirurgische Versorgung, das Satellitendepartment wollen wir auf jeden Fall auch aufrechterhalten. Hier ist es allerdings in den nächsten Jahren gar nicht so einfach zu sagen wo geht die Reise hin. Das hat nichts damit zu tun, dass ich kein Konzept habe, sondern dass hat damit zu tun, dass wir nicht genau wissen, was uns von oben her noch diktiert wird, nämlich durch die Zusammenführung Orthopädie, Unfallchirurgie in ein neues Fach. Das ist seit 1. Juli umzusetzen. Es gibt Übergangsbestimmungen und wir müssen dann je nach dem, welches ärztliche Personal wir bekommen können, wir dann entsprechende Schwerpunkte setzen.

Abg. Essl: Die zweite Unterfrage: Und der Schwerpunktsetzung Stoffwechselerkrankungen?

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Stoffwechselerkrankung ist in der Interne weiterhin ein Fall, also ein Schwerpunkt. Die Adipositas-Operationen, dieser Schwerpunkt, den gibt es nicht mehr.

Abg. Essl: Gibt es nicht mehr. Jetzt komme ich zur ersten Zusatzfrage bezüglich die Auswirkung, finanzielle Auswirkung auf die Gemeinden. Jetzt haben wir nur von der Stadt Hallein geredet, was gibt es da Neues zu berichten?

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Auswirkungen auf die Gemeinden sind so, dass solange das SAGES-Gesetz gilt und solange der jetzige Finanzausgleich gilt, haben Gemeinden, die Sozialversicherung und der Bund eine gewisse Deckelung in der finanziellen Auswirkung, weil die Höhe der Einzahlung in den SAGES-Topf abhängt von einem Mischsatz zwischen Mehrwertsteuer usw. und Beiträgen. Wenn das SAGES-Gesetz neu verhandelt wird, und der Finanzausgleich wird ja auch ab 2017 neu gestaltet, dann weiß ich nicht, ob die Gemeinden dann für das Gesundheitswesen mehr beitragen müssen, weniger beitragen müssen. Da kann ich den Verhandlungen nicht vorausgreifen.

Abg. Essl: Danke. Dann hätte ich noch eine Zusammenfassung, Frau Präsidentin. Es ist so, dass natürlich die Bevölkerung, weil die ganze Causa jetzt politisch geworden ist, schon ein bisschen verunsichert ist. Deshalb wäre es schon wichtig, dass die Bevölkerung über die Schritte aufgeklärt wird, informiert wird, weil es nämlich für die Basisversorgung des Gaus von enormer Bedeutung ist. Das ist mein Wunsch, Christian, dass man da auf dem Gebiet sicherlich die Bevölkerung einbindet und auch informiert.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Wir kommen zur Anfrage Nummer neun.

8.9 Mündliche Anfrage der Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend die Situation von weggewiesenen Männern

Bitte!

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Eine Wegweisung seitens der Polizei kommt in Betracht, wenn aufgrund bestimmter Tatsachen – insbesondere nach einer Misshandlung oder Drohung – die Gesundheit, Freiheit oder sogar das Leben des Opfers gefährdet ist. Der Täter kann dann sofort aus der Wohnung oder dem Haus des Opfers weggewiesen werden. Die Polizei nimmt in einem solchen Fall sofort die Schlüssel zur Wohnstätte ab und spricht ein Betretungsverbot aus.

Personen, meist Männer, die weggewiesen werden, bekommen danach allerdings nur ein Informationsblatt mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und Notschlafstellen von der Polizei und stehen dann auf sich allein gestellt auf der Straße. Um die Personen wird sich danach weder in psychologischer Hinsicht, noch in weiterer Hinsicht, wie mit weiteren Informationen, gekümmert. Diese Personen verlieren sich in der Folge der Wegweisung oftmals in Wut und Aggression. Ohne eine fachgerechte Hilfe und Unterstützung kann jemand, der in dieser Extremsituation auf sich allein gestellt ist, nicht nur zu einer Bedrohung für sich selbst, sondern auch für Familie und die Gesellschaft werden.

Ich stelle daher folgende Frage: Wie viele Männer wurden im Zeitraum von 1. Juli 2014 bis 1. Juli 2015 in Salzburg weggewiesen? Welche Einrichtungen sind im Land Salzburg für weggewiesene Männer zuständig? Wie und mit welchen Konzepten werden weggewiesene Männer seitens des Landes unterstützt?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitte!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Danke für das Aufgreifen dieses wichtigen Themas. Heute vor gut vier Stunden ist in Mühlbach am Hochkönig wieder eine Frau ermordet worden von ihrem Mann. Eine 58-jährige Frau von ihrem 65-jährigen Mann. Streit, Aggression, Alkohol, Messer, Tod. Dieses Thema der Gewalt in der Familie, im familiären Umkreis ist ein ganz brisantes und da braucht es ein Anknüpfen, ein Angehen auf verschiedensten Ebenen und auch genau bei dem von Dir wichtigen Thema der Unterstützung für weggewiesene Männer.

Die Familie ist der Ort, der für die Frau der gefährlichste ist. Nicht ein Quartier von Asylwerbenden, nicht eine Gruppe von Unbekannten, sondern das sind Menschen, meist Männer, im familiären Umkreis.

Zu den Fragen von Dir. Ich kann Dir die Information des Kalenderjahres 2014 geben. Im Kalenderjahr 2014 sind im Bundesland Salzburg 442 Betretungsverbote ausgesprochen worden. Die Einrichtungen, die sich um weggewiesene Männer kümmern bzw. Anlaufstellen im Bundesland sind einerseits der Verein Männerwelten. In den Männerwelten sind, und ich habe gestern den neuen Jahresbericht/Überblick 2014 erhalten, 155 Männer neu in Beratung und 58 bestehende Beratungen. Davon sind 20 Männer, die mit Betretungsverböten belegt sind. 20 Männer, die weggewiesen sind, werden betreut im Verein Männerwelten.

Es gibt darüber hinaus noch das Männerbüro der Katholischen Männerbewegung und dieses Männerbüro hat UWE betrieben, das war eine – also Abkürzung für eine Unterkunft für weggewiesene Männer in Hallein vom April 2014 bis April 2015, ist jetzt ausgelaufen. Es wurden in dieser Zeit 24 Klienten dort beherbergt und der Grund, warum es in Hallein nicht mehr gemacht wird, sind, dass einkalkulierte Mindestbeiträge der Klienten nicht bezahlt worden sind, so sind wir informiert worden von Eberhard Siegl vom Männerbüro. Das Männerbüro überlegt jetzt, in der Stadt Salzburg ein ähnliches Projekt auf die Beine zu stellen. Darüber hinaus gibt es auch den Verein Neustart, der auch mit weggewiesenen und gewaltbereiten Männern arbeitet.

Ich möchte jetzt noch einmal eingehen auf den Verein Männerwelten, der mir persönlich ein großes Anliegen ist und dessen finanzielle Unterstützung ich in meinem ersten Budget, für das ich verantwortlich war, erhöht habe, nachdem es im Vorjahr Kürzungen von meiner Vorgängerin gegeben hat. Der Verein Männerwelten erhält €22.500,-- aus dem Bereich des Familienbüros und erhält aus dem Bereich des Sozialressorts der Kinder- und Jugendhilfe auch ungefähr €30.000,-- für Jugendliche und Kinder, die unterstützt werden.

Du hast es richtigerweise angesprochen, und auch Harald Burgauner in seiner vorgestrigen Pressemitteilung: Es ist ganz wichtig, dass diese Beratungsstellen zusammenarbeiten, ver-

netzen und ein sehr engmaschiges Netz an Unterstützung für die weggewiesenen Männer aufbauen. Daher gibt es ja in einigen Bezirken sehr gute Vernetzungskreise. Im Pinzgau das Pinzgauer Gewaltfrei, es gibt im Tennengau sehr engagiert vom Herrn Bezirkshauptmann auch mitinitiiert eine Vernetzung, wo die Männerwelten, Vertreter der Männerwelten und des Gewaltschutzzentrums immer wieder mit dabei sind.

Das heißt Deine Frage zu den Konzepten: Wir unterstützen die Einrichtungen, die es schon gibt, und es werden die Männerwelten sicher im nächsten Budget nicht gekürzt werden. Wie weit eine Erhöhung möglich ist, kann ich zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht sagen. Es wird auch die finanzielle Unterstützung für das Männerbüro nicht gekürzt werden. Das sind jetzt € 19.000,--. Aber nicht die Klienten des Männerbüros nehmen Unterstützung für weggewiesene Männer in Anspruch, weil es viele andere Projekte, auch Präventivprojekte, gibt.

Das Thema des Zusammenwirkens der Vernetzung greift wieder in diesen Gesamtprozess dieses Gewaltpräventionsmasterplans, wo ja auch dieses Zusammenspiel von allen Einrichtungen ein wichtiges Thema ist. Im Herbst 2015 ein großes Vernetzungstreffen, das auch aufbaut auf diesen Bezirksvernetzungen, vom Frauenressort organisiert werden. Ganz wichtig ist, dass das Land Salzburg auch allen Frauenhäusern für die Gefahrenpotentialabschätzung kostenfrei ein neues Modell inklusive Schulungen auch der Mitarbeiterinnen zur Verfügung stellt, das in anderen Ländern schon gut eingesetzt worden ist. Es heißt Dyrias und bietet die Möglichkeit, dieses Gefährdungspotential bei den Partnern noch mehr abzuschätzen.

Grundsätzlich ist dieses Thema ein Zusammenspiel von vom Land und vom Bund finanzierten Einrichtungen. Das Gewaltschutzzentrum ist für mich auch eine wichtige Partnerin im Bereich der Gewaltpräventionsarbeit und Du hast auch gesagt, sie haben zu wenig Unterstützung für aufsuchende Begleitung. Die Männer bekommen diese Informationen. Es gibt aber keine Verpflichtung für sie, dass sie diese Beratung in Anspruch nehmen. Das ist der Haken oder die Schwierigkeit in der ganzen Situation, dass man nicht lückenlos die Männer, die weggewiesen sind, dann auch in Beratungseinrichtungen wirklich ankommen.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Danke Frau Landesrätin. Ich glaube wir sind uns einig, dass wir hier auch präventiv arbeiten müssen ganz stark. Genau das ist, glaube ich, das Problem, dass man ja niemanden dazu zwingen kann, weil wenn ich höre 442 Wegweisungen hat es gegeben und von den 155 betreuten Männern in der Männerwelten sind nur 20 davon eben weggewiesene Männer gewesen, dann scheint mir das eine sehr niedrige Zahl zu sein. Daher würde ich es begrüßen, wenn man diese Vernetzung verstärken würde und die Konzepte dahingehend auch noch einmal überprüfen könnte. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Stunde der mündlichen Anfragen ist abgelaufen. Es liegen noch drei mündliche Anfragen vor, drei mündliche Anfragen der SPÖ an Landesrat Schwaiger, Landesrätin Berthold und Landesrat Schellhorn. Ich ersuche, diese drei Anfragen schriftlich zu beantworten.

8.10 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Energiesparmaßnahmen

8.11 Mündliche Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Online-MitarbeiterInnenbefragung

8.12 Mündliche Anfrage der Zweiten Landtagspräsidentin Mosler-Törnström an Landesrat Schellhorn betreffend Gratiseintritt für junge Menschen in Museen

Mir wurde das Signal gegeben der schriftlichen Beantwortung und ich nehme dieses Signal dankend an. Wie wir in Zukunft dann damit umgehen, das werden wir so wie mit den Unterfragen auch bei der Präsidiale und bei der neuen Geschäftsordnung klären. Ich glaube da gehören mehr eindeutige Sätze in die Geschäftsordnung. Jetzt kommen wir zu

Punkt 9: Dringliche Anfragen

Für diese Anfragen oder pro Anfrage haben wir 45 Minuten Zeit. Wir können also noch eine dringliche Anfrage vor der Mittagspause bearbeiten. Ich ersuche jetzt den Schriftführer, Abgeordneten Hofbauer, um die Verlesung der dringlichen Anfrage.

9.1 Dringliche Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Verlängerung der Lokalbahn

(Nr. 001-ANF der Beilagen)

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Frau Präsidentin! Ich möchte vorschlagen, im Interesse aller, glaube ich, dass diese Anfrage auch schriftlich, wenn der Herr Landesrat sagt er beantwortet es schriftlich die dringliche Anfrage, dann können wir das auch schriftlich machen. (Allgemeiner Beifall) Das musst Du entscheiden Herr Landesrat.

Landesrat Mayr: Im Sinne des Teams selbstverständlich.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Dann bekommen wir diese schriftlich beantwortet und dann werden wir jetzt in die Mittagspause gehen. Ich wollte unbedingt noch weiter

arbeiten bis halb zwei. Es tut mir leid, Kolleginnen und Kollegen, das ist so die Kraft vor der Urlaubszeit. Ich wünsche guten Appetit!

(Unterbrechung der Sitzung: 12:30 – 19:36 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir setzen unsere Sitzung hier im Haus wiederum fort. Ich rufe nunmehr auf

Punkt 10: Berichte und Anträge der Ausschüsse

Ich werde wie üblich die einstimmig verabschiedeten Anträge der Ausschüsse zusammenziehen. Ich verlese also nunmehr jene Berichte, welche im Ausschuss einstimmig erledigt wurden. Sollte eine Debatte gewünscht sein, so bitte ich mit einem Zeichen der Hand mich darauf aufmerksam zu machen. Die Schriftführer werden das genau beobachten. Ich lasse dann alle zusammengezogen in einem abstimmen.

Einstimmig verabschiedet wurden Top

10.4 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landarbeiterkammergesetz 2000 geändert wird

(Nr. 999 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Schnitzhofer)

10.5 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird

(Nr. 1000 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl)

10.6 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Beamtenengesetz 1987 und das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000 geändert werden

(Nr. 1001 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)

10.8. **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, Klubvorsitzenden Steidl, Klubobmann Schwaighofer, Klubobmann Dr. Schnell und Klubobmann Naderer betreffend eine Novelle zum Salzburger Parteienförderungsgesetz
(Nr. 1003 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl)

10.9 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Vermögensstand und die Gebarung des Salzburger Brandverhütungsfonds für das Jahr 2014
(Nr. 1004 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Obermoser)

10.10 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Stand und die Gebarung des Fonds zur Erhaltung des ländlichen Straßennetzes im Lande Salzburg (Ländlicher Straßenerhaltungsfonds) im Jahr 2014
(Nr. 1005 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Schnitzhofer)

10.11 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Nationalpark Hohe Tauern für das Jahr 2014, insbesondere über die Gebarung des Salzburger Nationalparkfonds
(Nr. 1006 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)

10.13 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Brand betreffend die Interne Notaufnahme in den SALK
(Nr. 1008 der Beilagen – Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

10.14 **Bericht** des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. DIⁱⁿ Lindner und Scheinast betreffend ein Konzept für Park-and-Ride-Parkplätze im Bundesland Salzburg
(Nr. 1009 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. DIⁱⁿ Lindner)

10.15 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die zeitliche Beschränkung der Funktionsperiode des Landesamtsdirektors
(Nr. 1010 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Blattl)

10.16 **Bericht** des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die Transparenz bei den Geschwindigkeitsreduktionen auf A1 und A10 nach IGL
(Nr. 1011 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

10.17 **Bericht** des Petitionsausschusses zur Petition betreffend die Bahnhaltestelle Seekirchen Süd als regionaler Umsteigeknoten

(Nr. 1012 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)

10.18 **Bericht** des Rechnungshofes betreffend die Tätigkeit des Rechnungshofes, Themen der öffentlichen Finanzkontrolle, Nachfrageverfahren 2013 und Internationales

(Nr. 1013 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)

10.19 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Präsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Ing. Sampl und Obermoser (Nr. 489 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Novellierung des Ehrungsgesetzes für das Land Salzburg und seine Gemeinden

(Nr. 1014 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Sampl)

10.20 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Mag. Scharfetter und Obermoser (Nr. 492 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Abschaffung der Abgabe auf den Eigenverbrauch von Strom aus Photovoltaikanlagen

(Nr. 1015 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

10.21 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Mag.^a Gutschi (Nr. 493 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) bezüglich einer Neugestaltung der Turnusarztausbildung

(Nr. 1016 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi)

10.22 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch, Klubobmann Schwaighofer und Klubobmann Naderer (Nr. 741 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend eine Neuregelung der Unterstützungserklärungen im Zusammenhang mit Volksbefragungen in Salzburg

(Nr. 1017 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

10.23 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Mag. Scharfetter, Obermoser und Ing. Schnitzhofer betreffend die Schulungsmaßnahmen und Vermittlungsaktivitäten durch das Arbeitsmarktservice

(Nr. 1018 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Obermoser)

10.24 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Riezler und Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (Nr. 96 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Koppelung von Wirtschafts- und Tourismusförderungen des

Landes Salzburgs an Qualitätsmerkmale am Arbeitsplatz und betriebliche Frauenförderung
(Nr. 1019 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)

10.25 **Bericht** des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Antrag der Abg. Riezler und Klubvorsitzender Steidl (Nr. 260 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend LEADER-Projekte in der neuen Förderperiode 2014 – 2020
(Nr. 1020 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)

10.26 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler und Dr.ⁱⁿ Solarz (Nr. 262 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Umsetzung des „Salzburger Masterplan gegen Häusliche Gewalt“
(Nr. 1021 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)

10.27 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Mag. Schmidlechner (Nr. 169 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Beschaffung von gerecht gehandelten Produkten und das Verbot von Produkten aus Kinderarbeit im Land Salzburg
(Nr. 1022 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz)

10.28 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl, Mag. Schmidlechner und Riezler (Nr. 93 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend ein Modellprojekt "Zentrum für Integrativbetreuung und Übergangsversorgung"
(Nr. 1023 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Klubvorsitzender Steidl)

10.29 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Schneglberger Ebola-Schutzstandorte in Österreich
(Nr. 1024 der Beilagen – Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

10.30 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Wiedereinführung des Arbeitslosengeldes für Nebenerwerbslandwirte
(Nr. 1025 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)

10.31 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend den Erhalt der Tourismusschule Bischofshofen im vollem Umfang
(Nr. 1026 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Blattl)

10.32 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth betreffend Barrierefreiheit in der Landtagskommunikation – Gebärdensprache
(Nr. 1027 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

10.33 **Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA (Nr. 178 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend Überprüfung der technischen Möglichkeiten zum Schutz der Rehkitze im Zuge der Frühjahrsmahd
(Nr. 1028 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Fürhapter)

10.34 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA (Nr. 269 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend Rückforderung der Saalforste von Bayern entsprechend der Salinenkonvention von 1829/1957
(Nr. 1029 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Klubobmann Naderer)

10.36 **Bericht** des Finanzüberwachungs- und Finanzausschusses zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend den Rechnungsabschluss 2014
(Nr. 1101 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

10.37 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler betreffend Gehaltserhöhungen von KindergartenpädagogInnen
(Nr. 1102 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz)

10.40 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutsch, Klubobmann Schwaighofer und Klubobmann Naderer betreffend eine Änderung des Salzburger Grundverkehrsgesetzes 2001
(Nr. 1105 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutsch)

10.41 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Schulorganisations- Ausführungsgesetz 1995 und das Salzburger Schulzeit-Ausführungsgesetz 1995 geändert werden
(Nr. 1106 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutsch)

10.42 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem ein Gesetz über die Ausübung der Diensthoheit über die in einem Dienstverhältnis zum Land Salzburg stehenden Landeslehrpersonen und Landesvertragslehrpersonen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen sowie an konfessionellen Privatschulen erlassen wird (Salzburger Landeslehrpersonen-Diensthoheitsgesetz 2015 – LDHG 2015)

(Nr. 1107 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

10.45 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über Auskunftspflicht, Dokumentenweiterverwendung, Datenschutz, Landesstatistik und Geodateninfrastruktur geändert wird

(Nr. 1110 der Beilagen – Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)

Ich wiederhole die einstimmigen nicht mehr. Wer mit der Verabschiedung der einstimmig und jetzt verlesenen Tops einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Keine. Damit stelle ich die einstimmige Annahme der aufgerufenen Ausschussberichte fest.

Ich rufe nunmehr auf Top

10.1 **Bericht** des Finanz- und Finanzüberwachungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2014

(Nr. 996 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Im Ausschuss war das Abstimmungsverhältnis ÖVP, Grüne, Team Stronach gegen SPÖ und FPÖ. Wer für die Annahme ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, Team Stronach. Gegenstimmen? Gegen SPÖ und FPÖ und Abgeordnete Steiner-Wieser. Daher ist dieser Ausschussbericht mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

10.2 **Bericht** des Finanz- und Finanzüberwachungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen der Gebarung 2014

(Nr. 997 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss: ÖVP, Grüne, Team Stronach gegen SPÖ und FPÖ. Wer für die Annahme ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, Team

Stronach. Gegenstimmen? SPÖ, FPÖ und gegen die Stimme der Abgeordneten Steiner-Wieser.

Ich rufe auf

10.3 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem ein Interessentenbeiträgegesetz 2015 erlassen und das Anliegerleistungsgesetz geändert wird

(Nr. 998 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss: ÖVP, Grüne, Team Stronach gegen SPÖ und FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, Team Stronach. Gegenstimmen? SPÖ, FPÖ und Kollegin Steiner-Wieser.

Ich rufe nunmehr auf

10.7 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Beamtenengesetz 1987 und das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000 geändert werden

(Nr. 1002 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss: ÖVP, Grüne, FPÖ, Team Stronach gegen SPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, Team Stronach, FPÖ. Gegenstimmen? Gegen SPÖ. Steiner-Wieser stimmt für den Antrag.

Ich rufe auf Top

10.12 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg.

Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler betreffend freiwillige Zahlung von Pensionsbeiträgen

(Nr. 1007 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss: ÖVP, Grüne, Team Stronach gegen SPÖ und FPÖ. Wer für die Annahme ist, ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, Team Stronach. Gegenstimmen? Gegen SPÖ, FPÖ und Kollegin Steiner-Wieser.

Nunmehr rufe ich auf Top

10.35 **Bericht** des Finanzüberwachungs- und Finanzausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Subventionsberichtes des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2014

(Nr. 1100 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss: ÖVP, SPÖ, Grüne und Team Stronach gegen FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, SPÖ, Grüne, Team Stronach. Gegenstimmen? Gegen FPÖ und Kollegin Steiner-Wieser.

Ich rufe auf Top

10.38 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend den Aufnahmestopp von Asylwerbern und Flüchtlingen

(Nr. 1103 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss: ÖVP, SPÖ, Grüne und Team Stronach gegen FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, SPÖ, Grüne, Team Stronach. Gegenstimmen? Gegen FPÖ und Kollegin Steiner-Wieser.

Ich rufe auf Top

10.39 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Klubvorsitzenden Steidl, Klubobmann Schwaighofer und Klubobmann Naderer betreffend ein Gesetz betreffend raum- und baurechtliche Sonderbestimmungen für die Unterbringung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden

(Nr. 1104 der Beilagen – Berichterstatter: Klubobmann Abg. Schwaighofer)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss: ÖVP, SPÖ, Grüne und Team Stronach gegen FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, SPÖ, Grüne, Team Stronach. Gegenstimmen? FPÖ und Kollegin Steiner-Wieser.

Ich komme zu Top

10.43 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Bezügegesetz 1998 und das Gemeindeorgane-Entsündigungsgesetz geändert werden

(Nr. 1108 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Sampl)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss: ÖVP, Grüne und Team Stronach gegen SPÖ und FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, Team Stronach. Gegenstimmen? SPÖ, FPÖ und Kollegin Steiner-Wieser.

Ich rufe auf Top

10.44 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend eine Verordnung der Salzburger Landesregierung, mit der die Salzburger Finanzgeschäfte-Verordnung geändert wird

(Nr. 1109 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss: ÖVP, SPÖ, Grüne und Team Stronach gegen FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, SPÖ, Team Stronach. Gegenstimmen? FPÖ und Kollegin Steiner-Wieser.

Damit haben wir alle Punkte erledigt. Ich rufe nunmehr auf

Punkt 11: Beantwortung schriftlicher Anfragen

Zu folgenden Beantwortungen wurde eine Debatte angemeldet.

11.22 **Anfrage** der Abg. Dr. Schöchgl, Bartel und Neuhofer an die Landesregierung (Nr. 956 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend weggeworfene Lebensmittel im Bundesland Salzburg (Nr. 1051 der Beilagen)

ÖVP.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 11.26 – ÖVP.

11.26 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 845 der Beilagen) betreffen das Europäische Jahr für Entwicklung 2015

(Nr. 1055 der Beilagen)

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Auch zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 11.33 – ÖVP.

11.33 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 848 der Beilagen) betreffend die Tagesbetreuung von Senioren

(Nr. 1062 der Beilagen)

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Wir ziehen alle angemeldeten Anträge zurück.

11.34 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Ing. Sampl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 849 der Beilagen) betreffend den Sozialbericht des Landes Salzburg

(Nr. 1063 der Beilagen)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Ebenfalls zurückgezogen. Danke.

11.1 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 834 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Auswirkungen der neuen ESVG Berechnungsregeln auf Salzburg

(Nr. 1030 der Beilagen)

11.2 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 835 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Förderungen an türkische Verbände in Salzburg

(Nr. 1031 der Beilagen)

11.3 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an die Landesregierung (Nr. 831 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Unternehmen für Familien

(Nr. 1032 der Beilagen)

11.4 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 839 der Beilagen) betreffend Abmeldungen vom Religionsunterricht

(Nr. 1033 der Beilagen)

11.5 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 838 der Beilagen) betreffend Schulversuche in Salzburg (Nr. 1034 der Beilagen)

11.6 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Hofbauer an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 840 der Beilagen) betreffend die schulische Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) im Bundesland Salzburg (Nr. 1035 der Beilagen)

11.7 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 832 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Besteuerung illegaler Glücksspielautomaten (Nr. 1036 der Beilagen)

11.8 **Anfrage** der Abg. Brand und Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 863 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend finanzielle Unterstützung der Gemeinden (Nr. 1037 der Beilagen)

11.9 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 862 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Verkehr (Nr. 1038 der Beilagen)

11.10 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr.841 der Beilagen) betreffend die Reinigung von Kaminen (Nr. 1039 der Beilagen)

11.11 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler an die Landesregierung (Nr. 788 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend Glücksspiele und Wettbüros (Nr. 1040 der Beilagen)

11.12 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 832 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend die Besteuerung illegaler Glücksspielautomaten (Nr. 1041 der Beilagen)

11.13 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 833 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend Betriebsschließungen nach dem Glücksspielgesetz (Nr. 1042 der Beilagen)

11.14 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 842 der Beilagen) betreffend Klimaschutz- und Luftreinhalteaktivitäten (Nr. 1043 der Beilagen)

11.15 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 966 der Beilagen) betreffend die Auswirkungen der Einführung der Umweltplakette in Oberösterreich (Nr. 1044 der Beilagen)

11.16 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 680 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Finanzgeschäfte mit der Hypo Salzburg (Nr. 1045 der Beilagen)

11.17 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 834 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend die Auswirkungen der neuen DSGVO Berechnungsregeln auf Salzburg (Nr. 1046 der Beilagen)

11.18 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 720 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend anonyme Bewerbungen (Nr. 1047 der Beilagen)

11.19 **Anfrage** der Abg. Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 844 der Beilagen) betreffend Gehaltsvereinbarungen für die Vorstände der Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation (Nr. 1048 der Beilagen)

11.20 **Anfrage** der Abg. Brand und Meisl an die Landesregierung (Nr. 863 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betref-

find finanzielle Unterstützung der Gemeinden
(Nr. 1049 der Beilagen)

11.21 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 865 der Beilagen) betreffend KH Tamsweg Essen auf Rädern
(Nr. 1050 der Beilagen)

11.23 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 864 der Beilagen) betreffend die Notaufnahmen in den SALK
(Nr. 1052 der Beilagen)

11.24 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Dr.in Solarz und Riezler an die Landesregierung (Nr. 831 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Unternehmen für Familien
(Nr. 1053 der Beilagen)

11.25 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 835 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Förderungen an türkische Verbände in Salzburg
(Nr. 1054 der Beilagen)

11.27 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 846 der Beilagen) betreffend 15a-Vereinbarung über die sprachliche Frühförderung in Kinderbetreuungseinrichtungen
(Nr. 1056 der Beilagen)

11.28 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 847 der Beilagen) betreffend Verteilerzentrum Salzburg/Kobenzl
(Nr. 1057 der Beilagen)

11.29 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an die Landesregierung (Nr. 831 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Unternehmen für Familien
(Nr. 1058 der Beilagen)

11.30 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 720 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend anonyme Bewerbungen
(Nr. 1059 der Beilagen)

11.31 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler an die Landesregierung (Nr. 788 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend Glücksspiele und Wettbüros
(Nr. 1060 der Beilagen)

11.32 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 835 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend Förderungen an türkische Verbände in Salzburg
(Nr. 1061 der Beilagen)

11.35 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 850 der Beilagen) betreffend die Gewährung des Heizkostenzuschusses
(Nr. 1064 der Beilagen)

11.36 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 960 der Beilagen) betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Mai 2015
(Nr.1073 der Beilagen)

11.37 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Drⁱⁿ. Rössler (Nr. 983 der Beilagen) betreffend die Ausweisung von Natura-2000-Gebieten
(Nr. 1074 der Beilagen)

11.38 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 959 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend das Messezentrum Salzburg
(Nr. 1075 der Beilagen)

11.39 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 961 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend die Außenstände durch die

Behandlung von ausländischen Patienten

(Nr. 1076 der Beilagen)

11.40 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 969 der Beilagen) betreffend das neue Sparpaket für das Land Salzburg

(Nr. 1077 der Beilagen)

11.41 **Anfrage** der Abg. Riezler und Brand an Landesrat Mayr (Nr. 860 der Beilagen) betreffend Sicherheit der Verkehrsteilnehmer auf der B 159 zwischen Werfen und Tenneck

(Nr. 1078 der Beilagen)

11.42 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 861 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend die Kosten für Versorgung von Fremden

(Nr. 1079 der Beilagen)

11.43 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 862 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Verkehr

(Nr. 1080 der Beilagen)

11.44 **Anfrage** der Abg. Brand und Meisl an die Landesregierung (Nr. 863 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend finanzielle Unterstützung der Gemeinden

(Nr. 1081 der Beilagen)

11.45 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 917 der Beilagen) betreffend Ausschreibungen SVG

(Nr. 1082 der Beilagen)

11.46 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 918 der Beilagen) betreffend Stand der Abrechnungen zwischen SVG und den Verkehrsunternehmen

(Nr. 1083 der Beilagen)

11.47 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 919 der Beilagen) betreffend weitere Details zum Einsatz von Niederflurwaggons

(Nr. 1084 der Beilagen)

11.48 **Anfrage** der Abg. Brand und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr 863 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag^a Berthold MBA - betreffend finanzielle Unterstützung der Gemeinden
(Nr. 1085 der Beilagen)

11.49 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 861 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag^a Berthold - betreffend die Kosten für Versorgung von Fremden
(Nr. 1086 der Beilagen)

11.50 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 862 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schwaiger - betreffend Verkehr
(Nr. 1087 der Beilagen)

11.51 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 861 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Kosten für Versorgung von Fremden
(Nr. 1088 der Beilagen)

11.52 **Anfrage** der Abg. Brand und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 863 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend finanzielle Unterstützung der Gemeinden
(Nr. 1089 der Beilagen)

11.53 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 978 der Beilagen) betreffend die Hilfe in besonderen Lebenslagen im Jahr 2014
(Nr. 1090 der Beilagen)

Als nächsten Top rufe ich auf

Punkt 12: Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat

Zu Top

12.1 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 2. Juli 2014 betreffend Open Government Data (OGD) und zum Antrag der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und

Mag. Schmidlechner (Nr. 13 der Beilagen d.1.S.d.15.GP) betreffend die Einführung des Open Government Data im Land Salzburg
(Nr. 1065 der Beilagen)

wurde Debatte von den Grünen angemeldet. Bitte Kollegin Sieberth!

Abg. Mag.^a Sieberth: Ich will es nicht künstlich verlängern, aber wir haben um den Bericht gebeten und das ist ein Bericht über einen Bereich, wo wir bis vor kurzem noch Schlusslicht in der Bundesländerliste und jetzt up to date sind. Wir haben 91 Datensätze online, wir haben hohe Zugriffszahlen, wir haben eine gute Zusammenarbeit mit der Stadt. Es geht um Open Government Data und ein rundum gelungenes Projekt. Ich möchte der Projektgruppe in der Abteilung danken. Dort ist ein Knopf gelöst worden, die haben sehr produktiv gearbeitet und über das freue ich mich einfach. Das wollte ich noch kundtun. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für die positive Wortmeldung. Zu

12.2 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 17. Dezember 2014 betreffend Salzburger Investitionsprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft
(Nr. 1066 der Beilagen)

hat ÖVP Debatte angemeldet. Verzichtet. Danke.

12.3 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 4.Juni 2014 (Nr.687 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend Krankenhaus der Barmherzigen Brüder; Schaffung eines onkologischen Schwerpunktkrankenhauses
(Nr. 1070 der Beilagen)

Damit haben wir auch diesen Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe nunmehr auf den

Punkt 13: Beschluss über das Ende der 3. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Wir haben diesen Beschluss über das Ende der 3. Session der 15. Gesetzgebungsperiode zu fassen. Ich nehme an es gibt weder Wortmeldungen noch Gegenstimmen. Da hier kein Einwand erhoben wurde, haben wir diese Gesetzgebungsperiode beschlossen. Ich beende

die Sitzung und weise darauf hin, dass bereits im September mit Ausschussberatungen fortgesetzt wird und wir das neue Arbeitsjahr beginnen.

Ich wünsche Euch allen einen schönen erholsamen Urlaub. Danke für die gute Zusammenarbeit und die guten konstruktiven Diskussion und auch Debattenkultur, die wir doch haben. Danke für die gute Zusammenarbeit und berufe die nächste Sitzung für Mittwoch, 7. Oktober 2015 um 9:00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 19:48 Uhr)

.....

Zusammenstellung der Landtagsarbeit der 3. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

8 Plenarsitzungen an 8 Sitzungstagen

25 Ausschusssitzungen

4 Sitzungen des Finanzüberwachungsausschusses gem. § 45 Abs. 3 GO-LT

6 Sitzungen der Enquete-Kommission zur Vorbereitung neuer Mittel der Teilhabe, Mitbestimmung und direkten Demokratie für Salzburgs Bürgerinnen und Bürger
(Enquete-Kommission Demokratiereform)

8 Sitzungen des Unterausschusses Kinderbetreuung, Konstituierung am 8. Oktober 2014

Erster landesweiter Salzburger BürgerInnen-Rat, 17./18. Oktober 2014, Schloss Goldegg;
Präsentation der Ergebnisse und Übergabe des Endberichtes am 21. Oktober 2014

Hearing Landesrechnungshofdirektor

Beratungen der Landtagsparteien

- 26 Klubberatungen der ÖVP
- 30 Klubberatungen der SPÖ
- 30 Klubberatungen der Grünen
- 24 Klubberatungen der FPÖ
- 27 Klubberatungen des TSS

Themen zur Aktuellen Stunde gemäß § 81a GO-LT

- 01.10.2014 – Sparkurs auf Kosten der BürgerInnen! – Was erwartet die Salzburger Regionen? (SPÖ)
- 29.10.2014 – Raumordnung: Versiegelung vermeiden, Bauen ermöglichen (Die Grünen)
- 17.12.2014 – Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Landesregierung im Jahr 2015 (ÖVP)
- 04.02.2015 – Impulspaket 2015 – Maßnahmen zur Konjunkturbelebung im Land Salzburg (TSS)
- 18.03.2015 – Gefährdet die grüne Blockadepolitik den Wirtschaftsstandort Salzburg? (FPÖ)
- 29.04.2015 – Steuerreform – Auswirkungen auf Salzburgs Bevölkerung und Wirtschaft (TSS)
- 03.06.2015 – Hilfe für Menschen auf der Flucht! Verantwortung wahrnehmen – Chancen eröffnen – Was tut Salzburg? (SPÖ)
- 08.07.2015 – Die Zukunft der Gesundheitsversorgung im Bundesland Salzburg (ÖVP)

Veranstaltungen und Besuchstermine

- 15.09.2014 - Informationsgespräch zum Thema „Barrieren“ im Chiemseehof mit dem Verein knack:punkt
- 18.09.2014 - Präsentation des „Forschungsprojektes Holzwand 2020“ von Fachleuten der Zimmerei Egger, Dorfgastein
- 15.10.2014 - Abstimmungsgespräch mit Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und HR Dr. Prucher betreffend das allgemeine Landeshaushaltsgesetz
- 27.10.2014 - Gespräch über die Anpassung der Obergrenzenverordnung für Seniorenheime mit der Fachgruppe der Gesundheitsbetriebe der Wirtschaftskammer Salzburg
- 29.10.2014 - Vorstellung „Naturpark Salzachauen“ durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler
- 18.11.2014 - Informationsgespräch mit Dr. Sollgruber (Europäische Kommission, Vertretung in Österreich) über die neue Kommission und das Arbeitsprogramm
- 19.01.2015 - Informationsgespräch mit Direktor Unterwurzacher (Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik)
- 26.01.2015 - Gespräch zum Thema „Gendermedizin“ in der Paracelsus Medizinischen Universität
- 27.02.2015 - Gesprächstermin zum Thema „Hospiz- und Palliativversorgung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Bundesland Salzburg“
- 23.04. bis - Besuch in Litauen
- 27.04.2015
- 21.05.2015 - Besichtigung des Hausgemeinschaftsmodells im Seniorenwohnheim Hellbrunn (Haus Freisaal)
- 21.05.2015 - Vortrag und Diskussion mit Generaldirektor-Stellvertreter Dr. Burtscher (Generaldirektion für Forschung und Entwicklung) zum Thema „Horizont 2020“ das neue Programm für Forschung

- 05.02.2015 - 1. SchülerInnenparlament
- 23.04.2015 - 2. SchülerInnenparlament

Diverse Besuche von Klassen Salzburger Volksschulen, Hauptschulen, Berufsschulen, Gymnasien, Handelsakademien, Polytechnische Schulen und Sonderschulen

Behandlungen durch den Landtag

- 188 Berichte und Anträge der Ausschüsse
- 4 Vereinbarungen gemäß Art 15a B-VG
- 63 Zuweisungen von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
- 140 Anträge von Abgeordneten, davon 20 dringliche
- 293 Schriftliche Anfragen von Abgeordneten, davon 19 dringliche
- 74 Mündliche Anfragen von Abgeordneten
- 416 Beantwortung schriftlicher Anfragen
- 9 Berichte des Landesrechnungshofs

- 8 Berichte des Rechnungshofs
- 1 Bericht der Volksanwaltschaft
- 4 Petitionen

Gesetzesbeschlüsse

Neue Gesetze:

- Allgemeines Landeshaushaltsgesetz - ALHG
- Flüchtlingsunterkünftegesetz
- Interessentenbeiträgegesetz 2015
- Kinder- und Jugendhilfegesetz
- Landeshaushaltsgesetz 2015
- Landeslehrpersonen-Diensthoheits-gesetz 2015 LDHG 2015
- Nationalparkgesetz 2014 S.NPG
- Salzburger Bauproduktegesetz - BauProdG
- Wohnbauförderungsgesetz 2015 - S.WFG 2015

Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG

- Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots
- Vereinbarung gemäß Art. 15a Abs. 2 und 116a Abs. 6 B-VG zwischen dem Land Oberösterreich und dem Land Salzburg über die Bildung von Gemeindeverbänden, welchen Gemeinden beider Länder angehören
- Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung und die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten geändert werden
- Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18

Novellen:

- Anliegerleistungsgesetz
- Baupolizeigesetz 1997
- Bautechnikgesetz
- Behindertengesetz 1981
- Bezügegesetz 1998
- EVTZ-Anwendungsgesetz
- Flurverfassungs-Landesgesetz 1973
- Gemeindeorgane-Entschädigungsgesetz
- Gemeindeordnung 1994
- Gesetz über Auskunftspflicht, Dokumentenweiterverwendung, Datenschutz, Landesstatistik und Geodateninfrastruktur

- Grundverkehrsgesetz 2001
- Güter- und Seilwegegesetz 1970
- Jagdgesetz 1993
- Jugendgesetz
- Krankenanstaltengesetz 2000
- Kulturförderungsgesetz
- Kurtaxengesetz 1993
- Land- und Forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1991
- Landarbeiterkammergesetz 2000
- Landarbeitsordnung 1995
- Landes-Beamtenengesetz 1987
- Landesbeamten-Pensionsgesetz
- Landeselektrizitätsgesetz 1999
- Landeshaushaltsgesetz 2015
- Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000
- Landesverwaltungsgerichtsgesetz
- Landtagswahlordnung, Novellierung
- Leichen- und Bestattungsgesetz 1986
- Magistrats-Bedienstetengesetz
- Mindestsicherungsgesetz
- Objektivierungsgesetz
- Ortstaxengesetz 2012
- Parteienförderungsgesetz
- Pflegegesetz
- Salzburger Stadtrecht 1966
- Schulorganisations-Ausführungsgesetz 1995
- Schulzeit-Ausführungsgesetz 1995
- Sozialhilfegesetz
- Vergabekontrollgesetz 2007
- Volksbefragungsgesetz

Dieses Protokoll wurde

am **7. Oktober 2015**

in der Sitzung des Salzburger Landtages

genehmigt.

Landtagspräsidentin:

Schriftführer/in:

